


Info-Verteiler, 10. September 1993

Interview mit zwei palästinensischen GenossInnen von der PFLP

Frage: Wie schätzt ihr die Situation in Palästina im allgemeinen ein, welche Veränderungen seht ihr nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Chinas. Welche Auswirkungen ergeben sich daraus auf Palästina?

Genosse: Der Zerfall (der SU) bzw. die Veränderungen in der Welt jetzt spiegeln sich sehr direkt in der Palästinenserfrage wieder. Erstens haben die Palästinenser damit eine starke Unterstützung vor allem im militärischen, wissenschaftlichen und sogar im wirtschaftlichen Bereich verloren. Aber das wichtigste, das die Palästinenser damit verloren haben, ist die politische Unterstützung auf der internationalen Ebene. Diese Veränderung ist aber nur ein Teil dessen, was sich auf palästinensischer Ebene wiedergespiegelt hat. Auf der anderen Seite hat sich auch intern - auf palästinensischer Ebene - etwas getan, nämlich einige linke Organisationen haben darauf mit verschiedenen Spaltungen reagiert, mit verschiedenen Krisen. Das ist sehr deutlich zu sehen. Es gibt hauptsächlich drei linke Organisationen bei den Palästinensern. Da ist zuerst einmal die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und die palästinensische KP (KPP). Wir werden jetzt versuchen, jede dieser Organisationen unter die Lupe zu nehmen.

Die DFLP hat sich gespalten. Der Großteil dieser Organisation hat ihre Ideologie, ihre politische Linie, ihre organisatorische Struktur beibehalten und sie sind sozusagen links geblieben, während ein anderer Teil - das war eine Minderheit - nach rechts gegangen ist. Dieser Teil vertritt jetzt eine reaktionäre Linie. Wir sehen daher, daß diese Organisation sich in zwei Teile gespalten hat.

Die KPP hat zuerst einmal ihren Namen geändert, sie heißt seitdem Palästinensische Volkspartei. Sie hat ihre Ideologie geändert und auch ihre organisatorische Struktur, diese leninistische Struktur. Hier können wir beobachten, daß viele die Partei verlassen haben. Andere haben versucht, trotzdem unter dem Namen KPP weiterzuarbeiten. Aber das ist eine kleine Gruppe geblieben. Wieder andere haben versucht, eine andere Organisation zu bilden unter dem Namen Palästinensische demokratische Vereinigung. Aber die sind alle sehr klein und marginal.

Die dritte Organisation, die PFLP, ist dem Einfluß von außen fern geblieben und hat ihre Einheit sowohl auf ideologischer wie auch auf organisatorischer Ebene beibehalten. Und zuletzt hat sie auch einen Kongreß abgehalten, wo sie ihre Ideologie, ihre organisatorische Struktur, ihre Einheit beibehalten hat. Man kann sagen, daß die PFLP aus all diesen Veränderungen etwas gelernt und für sich etwas gewonnen hat.

Es gibt noch einen dritten Einfluß, diesen allerdings auf der Volksebene, bei den Massen. Man kann sagen, daß der Zerfall des Sozialismus und der ganzen linken Bewegung weltweit einen negativen Einfluß auf die palästinensische Bevölkerung gehabt hat. Dies kam den

Inhalt

öS 20,-
Abo: Mindestens öS 250,- an:
Infoladen Wien
Margaretengürtel 122-124/1/ Keller
A-1050 Wien

Islamisten sehr zugute, denn dadurch haben sie einen starken Zulauf aus der Bevölkerung bekommen.

Das ist kurz gefaßt die eine Seite der Veränderungen auf internationaler Ebene. Jetzt möchte ich auf die andere Seite, nämlich auf die kapitalistische Welt und die Veränderung in Richtung eines einzigen Poles zu sprechen kommen. Die USA sind zur Zeit die einzigen Herrscher auf der Welt und sie haben die Hände frei, alles zu tun. Diese Situation hat den USA dazu verholfen, den Krieg gegen den Irak zu führen und den Irak zu vernichten. Nachdem die USA den ersten Teil der Kette, nämlich die Zerstörung des Irak vollendet haben, gehen sie jetzt den nächsten Teil der Kette an, nämlich die Zerschlagung der palästinensischen Sache.

Und jetzt möchte ich über das Palästinaproblem reden. Ich glaube, daß die USA zeigen wollen, daß die Herrschaft des einzigen Poles mit der Zerschlagung des Nahen Ostens beginnt. Hier wollen sie auch versuchen, ihre Vision für die Welt im Nahen Osten unter Beweis zu stellen. Dazu braucht man zwei Sachen. Die Zerschlagung des Irak zuerst und die Liquidierung der palästinensischen Sache als zweites. Das bedeutet auch die Beendigung der Auseinandersetzung zwischen Arabern und Israelis. Deshalb sind sie mit diesem Plan von den Verhandlungen Madrid-Washington gekommen. Ich sehe den amerikanischen Plan so: Zerschlagung der palästinensischen Sache durch die Sicherung des zionistischen Gebildes als einen anerkannten Staat in der Region sowie die Sicherung der amerikanischen Interessen in der Region, vor allem des arabischen Öls durch die Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in der Region. Das ist auch ein Teil der Folgen der Zerschlagung des sozialistischen Systems in Bezug auf die palästinensische Sache.

Frage: Du hast gesagt, der Irak war der erste Teil dieser Veränderung. Vor der Agression gegen den Irak war uns hier nicht so klar, daß der Irak ein ganz wichtiges Land in dieser Region war. Kannst du erklären, warum ihr das so gesehen habt?

Genosse: Das war nicht so deutlich, weil der Irak seine militärische und wissenschaftliche Stärke sehr heimlich aufgebaut hat. Außerdem hat der Irak die US-Pläne, was das Öl in dieser Region angeht, abgelehnt. Der Irak hat auch nicht die Meinung der anderen arabischen Regime, was das Öl betrifft, geteilt. Das heißt, der Irak sah im arabischen Öl ein Mittel zur Entwicklung der arabischen Völker und nicht ein Mittel zur Unterstützung der Regime. Das ist der Grund, warum die USA im Irak eine sehr große Gefahr gesehen haben.

Der Irak ist einer der Staaten, die die palästinensische Sache unterstützen. Und Irak versteht die palästinensische Sache als eine arabische Sache. Das war der Grund, warum er auch die palästinensische Sache unterstützt hat. Nach dem Krieg unterstützt der Irak die palästinensische Sache theoretisch immer noch. Nur, er hat jetzt die Bedingungen nicht mehr so wie früher, sie politisch, militärisch und wirtschaftlich zu unterstützen, denn der Irak wird belagert. Da kann man auch sehen, daß die Golfstaaten zur Zeit die PLO bekämpfen, indem sie zur selben Zeit den Geldhahn abgedreht haben, wo der Irak aufgrund seiner jetzigen Situation die PLO überhaupt nicht unterstützen kann.

Frage: Wie sieht jetzt in Palästina die längerfristige Strategie der Linken aus, speziell der PFLP?

Genossin: Unsere Analyse ist, daß die Intifada nicht ein ganzes Befreiungsprojekt ist. Sie ist ein Teil davon. Verschiedene Intifadas sind im Entstehen. Nicht "die einzige" Intifada. Deshalb hatten wir es nicht eilig, die Ernte einzufahren, sondern diese Leistungen zu verwenden, soziale, ökonomische, politische, informationsmäßige Leistungen. Wir dachten, diese Intifada könnte mal aufhören aus verschiedenen Gründen, und das würde uns nicht schokkieren. Natürlich wären wir schockiert, aber das würde uns nicht davon abhalten zu sagen, daß unser Volk immer noch den Willen hat, seinen Befreiungskampf fortzuführen. Deshalb denken wir, daß dieses Volk mit seinem eigenen inneren Impuls wirklich wirkungsvoll ist für eine Weile. Aber die Revolution, wie wir aus der Geschichte gelernt haben, hat ihre Hochs und Tiefs. Deshalb brauchen wir nicht pessimistisch sein in Bezug auf die Kraft unseres Volkes, denn eines Tages im Jahre 1987, am 9. Dezember, konnte sich niemand vorstellen, daß diese Intifada, die an diesem Tag begonnen hatte, so umfassend werden würde, so gewaltig, groß. Wenn du dir einen Tag davor von außen die palästinensische Gesellschaft angesehen hättest, hättest du gesehen, daß dieses Volk dem Prozeß der Einbürgerung in den Feind, in die Besetzung unterliegt. Weil all unsere Produktions- und Lebensmittel waren okkupiert und drei oder vier Jahr davor konntest du kaum eine Demonstration sehen.

Das zeigte uns, daß die Volksbewegung manchmal versteckt ist, innerlich, und dann kann sie wieder hervorbrechen, eines Tages, auch wenn es keine Entscheidung einer politischen Partei gibt. Aber als politische Parteien: Sind wir bereit, ein neuerliches solches Ereignis zu verdauen, aufzunehmen, in Anspruch zu nehmen? Ich denke, das wichtigste ist, daß wir politisch, ökonomisch und ideologisch, militärisch bereit sein müssen für eine solche Bewegung.

Welche Art von Ökonomie würden wir als Linke akzeptieren, wie denken wir über unsere Ökonomie? Hier hat die Linke ihre eigene Analyse, und die Rechte hat auch ihre eigene. Sie denken sich den Staat als sehr schnell erreichbar. Die ökonomischen Strategien führen zu einem Staat, deshalb wollen sie eine staatliche Infrastruktur aufbauen. Dazu wollen sie genug Geld, das von ich weiß nicht wem kommen soll, von der EG, von den USA? Aber diese Bedinungen führen zu ökonomischen Entscheidungen, zu politischen Entscheidungen.

Wir sehen das so, daß wir nicht industrialisieren sollten unter einer Autonomie, die eine Industrialisierung nur zuläßt unter der Bedingung, uns gegenüber anderen Ländern zu verschulden und uns so von ihnen abhängig macht. Also ist auf dieser Ebene unsere einzige Möglichkeit der Aufbau von Kooperativen oder kleinen Produktionsmethoden, die zu einer gewissen Integration der Ökonomie führen würden, zusammen mit Kooperativen von Bauern, Arbeitern etc. Das würde uns längerfristig überleben helfen, wenn wir eines Tages einen zivilen Ungehorsam vorschlagen gemäß unserer Analyse.

Leider wurde alles ziemlich verwirrt mit dem Friedensprozeß und dem, was dabei herauskam. Ich würde die Rechte im Exekutivkomitee der PLO nicht verantwortlich machen für das Scheitern der Friedensverhandlungen, weil sie mit einem falschen Dialog begonnen haben. Deshalb werden sie mit den falschen Antworten enden auf das, was wirklich korrekt und gerecht ist. Die falsche Analyse bei ihnen ist, daß sie das Volk als Werkzeug sehen für eine stabile Lösung, die erzielt werden könnte, wenn die Intifada noch zwei oder drei Jahre weiter geht. Sie können sich nicht vorstellen, daß die Menschen das länger überleben. Ihr Horizont ist so eng, daß sie die Bewegung des Volkes nicht sehen. Deshalb können sie auch nicht mit der Kontinuität der Intifada arbeiten. Sie dachten, nach einem oder zwei Jahren dieser Intifada würde der Staat entstehen und wir von der Welt anerkannt werden, die Intifada würde uns alles geben. Deshalb meinten sie, die Ernte der Intifada so schnell wie möglich einfahren zu können. Das ist eine kurzsichtige Analyse.

Und der Golfkrieg. Im selben Moment, in dem das Exekutivkomitee der PLO dachte, daß wir schwanken, dachten sie, jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Laßt uns den Friedensprozeß akzeptieren, laßt uns da (von der Intifada) wegkommen. Jetzt haben wir die Chance, die Autonomie zu erreichen. Der Friedensprozeß hat die palästinensische Frage in der UNO beendet, und sie wird nie wieder aufs Tapet gebracht werden, so daß von Palästina und dem Mittleren Osten keine Probleme mehr kommen werden. Das ist eines. Also sollte diese Frage nicht beendet werden. Sie sollte von den Friedensverhandlern zurück kommen zu den Vereinten Nationen, weil die für die palästinensische Frage verantwortlich bleiben müssen für den Beginn einer Lösung.

Die andere Strategie ist die Menschen zu mobilisieren, in der Bildung, der Ökonomie, politisch und sozial, um gegen die Vereinnahmung Widerstand leisten zu können, die stattfindet, die Israel durchzusetzen versucht. Und die nach einem oder zwei Monaten Realität wird, wie Jerusalem, wie die Siedlungen, wie die Wasserfrage, die Elektrizität, die grundlegenden Bedingungen. Wir können über Alternativen reden, theoretisch, aber der einzig gangbare Weg ist, das Volk aufzuklären über seine Lage.

Wir glauben, daß die anderen arabischen Völker zwar schlafen, aber sie sind nicht tot. Und ein schlafender Mensch wacht einmal auf. Und wir haben unsere

eigene Analyse von diesen Menschen, daß sie wieder eine Allianz mit der palästinensischen Befreiungsbewegung bilden werden. Andererseits sollten unsere politische und Informationspropaganda und die Beziehungen zu der revolutionären Linken in der Welt ausgeweitet werden zu einem Grad, daß - nein, es ist Zeit zu sagen, daß nicht nur die Palästinenser von dem einen Pol betroffen sind. Europa ist betroffen von der einpoligen Welt, Europa, Asien, alle Widersprüche und Konflikte, die sich auftun, die die Menschen auf der Welt spalten, in Sarajevo, Bosnien-Herzegowina, den ehemaligen sozialistischen Ländern etc. Die einzige Möglichkeit, daß dieser eine Pol weiter bestehen kann als einziger Pol ist, daß er jeden Tag einen Konflikt auf dieser Welt inszeniert. Deshalb müssen wir uns darum kümmern, integrale Beziehungen mit Revolutionären überall zu haben als eine Konfrontation gegen die Vereinigten Staaten; und im Auge haben, daß die USA nicht die USA von Madrid 1991 bleiben. Die Vereinigten Staaten können verändert werden, weil auch ihre ökonomische Situation veränderbar ist. Und sie schaffen sich in sich selbst, in ihrem eigenen Herzen, ihren Feind, sie schaffen ihren Feind in den heimatlosen, hungrigen und arbeitslosen Menschen.

Also beziehen wir unsere Hoffnung auf Veränderung in der Welt, wie du sehen kannst, aus unserer marxistischen Analyse und dem Wissen über die Revolutionen auf dieser Erde. Manche Revolutionen bleiben wieder stehen und warten auf ihre Zeit, und dann kommen sie wieder hoch und bereiten sich vor für eine neue, höhere Ebene, um weiterzugehen.

Frage: Du hast gesagt - wenn ich das recht verstanden habe -, daß Palästina nur ein Teil der revolutionären Lösung für die gesamte arabische Welt ist. Daß die arabische Welt schläft, ausgenommen Palästina.

Genossin: Ich meinte, daß die arabische Welt, die Revolutionäre in der arabischen Welt in Bezug auf die Repression durch die Regimes und auf die ökonomische Situation tatsächlich schlafen. Sie spielen nicht die erwartete Rolle zur Unterstützung der palästinensischen Frage, so wie wir das in den 50er und 60er Jahren erwartet haben. Jetzt schlafen sie. Aber wir wissen, wenn sie schlafen, werden sie auch wieder aufwachen. Wir haben unsere Hoffnungen auf die arabischen Völker und die arabischen Revolutionäre nicht verloren. So hast du das richtig verstanden.

Frage: Es gibt das Konzept von Revolution, daß, wenn du eine große Region hast, man einen Teil davon befreit, von wo aus man weiter kämpfen kann und immer mehr Teile befreit. Meine Frage ist, seht ihr die Rolle von Palästina so?

Genossin: Wir haben mit der arabischen nationalen Bewegung begonnen, bis wir zur Transformation kamen, indem wir den Marxismus aufgegriffen haben. Unsere nationale Sichtweise auf dieses Problem war nicht so genau, wie wir es heute sehen. Wir haben immer gesagt, daß der zentrale Punkt oder die Achse der Befreiung der arabischen Welt die palästinensische Revolution sein wird. Das ist so nicht schlecht. Das stimmt. Aber es wird nur dann stimmen, wenn die revolutionären Kräfte um Palästina, in den arabischen Ländern rund um Palästina, ihre demokratischen Forderungen in ihren eigenen Ländern aufstellen, um eine große Front der Konfrontation mit Israel zu errichten. Was dabei nicht gestimmt hat, ist die Praxis, daß bis zu einem gewissen Punkt die palästinensische Revolution zum Ersatz wurde für die Revolution in diesen arabischen Ländern. Dadurch haben sie mit ihren demokratischen Forderungen gewartet, sind ruhig geblieben.

Das hatte zwei Auswirkungen. Eine Auswirkung auf die arabischen revolutionären Bewegungen selbst und auf die arabischen Völker. Weil bis zu einem gewissen Grad die arabischen revolutionären Bewegungen sich die Begeisterung gegenüber den palästinensischen Brüdern zunutze machen könnten. Das lernen wir nach einer Menge Erfahrungen, die wir hatten im Libanon, in Jordanien, in der Golfregion, überall. Wir können nicht die Rolle der arabischen revolutionären Kräfte spielen. Sie sollten diese Rolle spielen, sie sollten die Bedürfnisse der Menschen aufgreifen, um die Autorität zu haben, um demokratische Regimes zu erreichen. Auch wenn es eine Menge fortschrittliche, revolutionäre Bewegungen gibt in der arabischen Welt, was können sie schon tun, wenn sie nicht die Autorität haben?

Also, wie Dr. Habbash in den 60er Jahren sagte: Der Weg nach Palästina beginnt in Amman. Es geht nicht, daß wir an der Front sitzen mit unseren Waffen, das können wir nicht machen, bevor nicht Amman demokratisch ist. Bevor nicht Amman seinen nationalen Erfolg hat und das Interesse an einem befreiten Palästina. Auch der Libanon, auch Syrien, die Ölstaaten, die die Revolution unterstützen würden. Also ich denke, daß die palästinensische Revolution in dieser Art von Analyse die Öffnung zu einer erfolgreichen fortschrittlichen arabischen nationalen Bewegung wäre. Darin eingebunden.

Frage: Bei der Analyse der Welt heute hast du gesagt, daß sich die Widersprüche innerhalb der USA zuspitzen. Meintest du damit, daß es eine Chance bedeutet für Palästina, weil es im Rücken des Feindes verstärkte Widersprüche gibt, die auch die palästinensische Revolution weiterbringen? Gibt es diese Chance, oder gibt es dafür keine Anzeichen?

Genossin: Du meinst: können wir den Feind infiltrieren, um die Schwachstellen im Feind für unseren Vorteil ausnützen zu können?

Frage: Ja, auch weil es in den 1948 besetzten Gebieten eine Menge Leute gibt, die mit Gewalt dort hingebracht worden sind, die verschleppt wurden.

Genossin: Jüdische oder palästinensische Menschen?

Frage: Ich habe meine Schwierigkeiten mit der Definition "jüdisch". Ich denke, eine Menge Leute wurden verschleppt, um als Soldaten für Israel zu dienen. Sie wurden als "Juden" bezeichnet, hatten aber nie etwas zu tun mit Juden oder "Jüdischsein". Ein wichtiges Beispiel dafür sind Menschen aus Afghanistan oder aus Äthiopien.

Genossin: Dazu gibt es für mich drei Dimensionen, über die ich reden kann. Eine ist die über unseren Feind. Einer dieser Feinde ist etwas anders, weil er nicht militärisch präsent ist, sondern als Siedler. Sie unterwandern unsere Gesellschaft. Und die, die seit 1948 nach Israel kamen, entweder weil sie als Juden Schutz suchten, wofür ich die europäischen Bewegungen verurteile, weil diese nicht wirklich die Judenfrage aufgenommen haben. Daß sie wirklich eine zweite Nationalität seien oder daß sie wirklich akzeptiert worden wären in der Gesellschaft. Damit hätten sie uns davor bewahrt, daß wir noch eine Immigration haben. Wenn sie in ihren eigenen Ländern respektiert worden wären. Diese Leute brauchten oder wollten Schutz oder sind der Propaganda des Chauvinismus in Europa erlegen.

In dieser Dimension kannst du nicht mit Bewußtseinsbildung arbeiten, du kannst einen Soldaten nicht dazu bringen, daß er dir freiwillig seine Waffen abgibt. Du kannst ihn zu dem Punkt bringen, wo er sie fallenläßt, aber nicht dazu, daß er sie dir aushändigt. Das ist die eine Sache. Sie sind vollgestopft mit Progaganda über den



"Heiligen Krieg". Und daß sie kommen, um Schutz zu suchen. Sie schaffen es nicht, über ihre Vorurteile über "diese Palästinenser" hinwegzukommen. Das ist die erste Dimension.

Die zweite Dimension ist, daß es stimmt, wir können jede Art von Schwäche beim Feind ausnützen. Zum Beispiel die ökonomische. Der größte Teil, der schwache Teil der israelischen Ökonomie ist abhängig von den billigen palästinensischen Arbeitskräften. Und deshalb, wenn du sie davon abschneidest, mit welchen Mitteln auch immer, als einen demonstrativen Schritt nur, z.B.: Manche der israelischen Arbeitgeber würden gerne palästinensische Arbeiter aufnehmen, sie in ihren Häusern wohnen lassen. Weil sie nicht höhere Löhne bezahlen möchten für jüdische Arbeiter. Das ist eine Schwachstelle. Wenn du aber diese Leute davon abhältst, nach Israel zu gehen - aber da mußt du auch die Verantwortung dafür übernehmen, daß du dann eine so große Anzahl von Arbeitslosen hast.

Die Friedensbewegung in Israel: Sie machen einen guten Druck auf die israelische Regierung. Aber bei diesem Aspekt sollte man wissen, mit welchen Friedenskräften man arbeiten will. Wer sind sie? Was ist das minimale politische Programm, das mit dem deinen übereinstimmt? Und vor allem mußt Du aufpassen, daß diese Friedensbewegungen nicht als demokratische Arena für die (israelische) Regierung herhalten. Daß sie nicht verwendet werden und eine negative Rolle übernehmen. Also, in diesem Zusammenhang sagen wir, daß jegliche Form von Aktivität mit israelischen Friedensbewegungen, jegliche Aktivität, die auf der Grundlage z.B. der Freilassung der Gefangenen besteht, oder auf der Möglichkeit der Rückkehr der Deportierten, oder in der Zusammenarbeit von Familien verschiedener Nationalitäten, daß jegliche von diesen Kampagnen machbar ist, aber nicht unter politischen Slogans gemacht werden kann. Weil egal was du da machst, du erreichst damit keine minimale politische Übereinstimmung. Eine Friedenskoalition von verschiedenen Parteien hätte verschiedene Minimalforderungen z.B. zu Jerusalem: vereint oder nicht vereint. Da wird es Differenzen geben. Ein palästinensischer Staat oder Autonomie? Manche Friedensbewegung wird sich für eine Autonomie aussprechen, oder für die Freilassung der Gefangenen. Also ist das eine Möglichkeit. Es ist wieder eine Möglichkeit der Unterwanderung des Feindes.

Frage: Wie war die Entwicklung der Intifada im letzten halben Jahr und wie schätzt ihr ein, daß sie sich in nächster Zeit entwickeln wird?

Genosse: Vielleicht ist es besser, wenn wir mal über die Intifada allgemein, in ihrer ganzen Entwicklung reden, damit wir dann eine bessere Übersicht haben und eine bessere Vorstellung haben von der wahrscheinlichen zukünftigen Entwicklung.

Zuerst muß man zugeben, daß die Intifada in letzter Zeit in einem Rückgang ist. Als die Intifada ausgebrochen ist, war das ein Ausdruck des Gegensatzes zwischen der Besatzung und dem palästinensischen Volk. Gleichzeitig war es Ausdruck des palästinensischen Kampfes in all seinen Möglichkeiten. Von Anfang hatte die Intifada ihre Leitmotive, nämlich die Unabhängigkeit und die Befreiung. Wenn man das graphisch darstellen will, dann kann man sagen, in den ersten beiden Jahren gab es einen starken Anstieg, danach kam eine flache Ebene, und seit ungefähr eineinhalb Jahren kann man sagen gibt es einen leichten Abstieg. Es gibt dafür mehrere Gründe. Einige betreffen die Palästinenser selbst, andere betreffen die Besatzung, und wieder andere betreffen die arabische Lage allgemein. Wir werden versuchen, jeden einzeln zu überprüfen.

Wenn wir die israelische Seite nehmen: Ein Monat nach Beginn der Intifada hat die israelische Besatzung verstanden, daß dies hier ein großer und umfassender Krieg ist, und auch ein Kampf zwischen zwei Nationalitäten um ihre Existenz. Aufgrund dieses Verständnisses hat die Besatzungsmacht einen umfassenden Krieg gegen das palästinensische Volk erklärt. Vor der Intifada war die Reaktion der Besatzung auf die verschiedenen Aufstände immer sehr begrenzt. Aber mit der Intifada ist es ein erklärter Krieg auf allen Ebenen geworden. Wir werden einige Beispiele geben, um diesen umfassenden Krieg verstehen zu können. Die Besatzung hat die gesamte wirtschaftliche Infrastruktur zerstört. Sie hat verhindert, daß die Gelder, die aus dem Ausland gekommen sind, von den Palästinensern in den Golfstaaten etc., in die besetzten Gebieten fließen. Alle lokalen Projekte und wirtschaftlichen Entwicklungsprojekte wurden bekämpft. Das hat dazu beigetragen, daß die arabischen Arbeiter in Israel nicht arbeiten durften. Kurz gesagt, sie arbeiten daran, die Palästinenser auszuhungern.

Was die Sicherheit, die direkten Kontakte mit Palästinensern betrifft: die Besatzung hat starke Sicherheits- und militärische Kräfte eingesetzt, um die Palästinenser zu zerschlagen. Sie hat mehrere Gefängnisse bzw. Anhaltelager eingerichtet, wie z.B. in den Wüstenregionen. Man kann dazu einige Zahlen bringen, um eine Idee vom Ausmaß dieses umfassenden Krieges zu bekommen. Die Zahl der Leute, die seit Anfang der Intifada bis heute in irgendeiner Weise im Gefängnis waren bzw. verurteilt wurden oder angehalten wurden, übersteigt 200.000. Die Anzahl der Verletzten übersteigt jetzt 120.000. Und die Toten, die von der Polizei oder den Sicherheitskräften ermordet wurden, zählen über 2.000. Sogar die Bäume blieben nicht verschont, über 80.000 Bäume wurden entwurzelt. Heutzutage sind - um auch die Gefängnisse als Beispiel zu nehmen - ständig rund 15.000 Gefangene inhaftiert. Hier muß man sagen, daß wir von weniger als 2 Millionen Menschen reden. Das Ausmaß des Schadens im Verhältnis zur relativ kleinen Bevölkerungszahl ist sehr groß.

Auch auf sozialer Ebene gab es einen großen Schaden durch die ständigen Ausgangssperren, durch die Isolierung von mehreren Gebieten, durch das Abschneiden der Gebiete voneinander. Über den Versuch, die Intifada politisch zu liquidieren, werden wir später noch reden. Man muß sagen, daß die Stärke der Besatzungsmacht und ihre faschistischen Methoden dazu beigetragen haben, daß die Menschen derzeit irrsinnig müde sind.

Als die Intifada ausgebrochen ist, hat es darüber zwei Meinungen gegeben. Die eine vertrat, daß dies ein langwieriger Prozeß, ein sehr langer Krieg ist. Und deswegen muß man die Pläne neugestalten und alle Ressourcen und Möglichkeiten der PLO darauf richten, daß dieser Prozeß sehr lange dauern wird. Diese Meinung vertrat die PFLP. Die andere Meinung hat die Intifada nicht so verstanden, sondern betrachtete sie als ein sehr schnelles Ereignis, weshalb man ihre Früchte sehr schnell ernten sollte. Daß man sofort die Unabhängigkeit, den eigenen Staat gründen muß. Diese Meinung wurde von Al Fatah vertreten. Also von der Fatah-Organisation und von der gesamten palästinensischen Rechten, die im Grunde genommen die Schlüsselpositionen in der PLO innehat, vor allem militärisch, wirtschaftlich und politisch. Dadurch wurden dann die Energien der PLO nicht auf einen langen Kampf vorbereitet. Arafat hat gesagt, daß der palästinensische Staat innerhalb von einem bis eineinhalb Jahre kommen wird. Und wir sagen, daß das eine Illusion ist. Das gibt keine Möglichkeit für eine langfristige Planung bzw. zum richtigen Denken.

Aber das Gefährlichste, das die Intifada treffen kann, sind die sogenannten Friedensverhandlungen von Madrid und Washington. Diese Verhandlungen sind nichts anderes als das Ausschlachten der Intifada. Man kann sagen, daß seit Beginn dieser Verhandlungen die palästinensische Bevölkerung gespalten ist zwischen Befürwortern und Gegnern der Verhandlungen. Diese Spaltung hat auch dazu beigetragen, daß die palästinensische Position schwächer geworden ist.

Drittens die arabische Lage: Wir glauben, daß Palästina nicht allein von und durch die Palästinenser befreit werden kann, sondern zusammen mit den arabischen Kräften. Die meisten arabischen Regime haben vor der Intifada Angst bekommen, daß sie sich auf ihre Länder ausbreiten könnte, weil diese Regime ihre eigenen Völker unterdrücken. Hier haben die arabischen Regime Druck auf die Palästinenser ausgeübt, damit sie ein Teil der Verhandlungen werden. Die arabischen Massen, die unterdrückt sind, haben ihre Rolle nicht gespielt. Ihre richtige Rolle. Die Intifada ist im arabischen Bewußtsein nur durch Gedichte, Lieder zum Ausdruck gebracht worden und sonst durch nichts. Sie hat auch keinen Ausdruck bekommen in richtiger Solidarität, richtiger Unterstüt-

zung durch die arabischen Massen. Diese Schwierigkeiten haben dazu beigetragen, daß die graphische Darstellung der Intifada nicht in einem steilen Anstieg geblieben ist, sondern schwächer geworden ist.

Was die Zukunft betrifft: wir glauben, daß die Grundlage des Kampfes noch immer vorhanden ist. Und daß die Leitmotive Befreiung und Unabhängigkeit nicht verwirklicht worden sind. Deshalb wird der Kampf weitergehen und wahrscheinlich neue Formen annehmen. Was uns beunruhigt, ist dieser politische Plan, der von den USA vertreten wird. Bis jetzt können wir nicht sagen, daß die Intifada zu Ende oder gescheitert ist. Es stimmt, daß die Intifada in letzter Zeit als Massenbewegung schwächer geworden ist. Aber auf der anderen Seite beobachten wir eine Steigerung der militärischen Aktionen. Um es kurz zu sagen, der Kampf bleibt. Ich kann nicht sagen, wann wir siegen werden, oder ob die Intifada zerschlagen wird. Aber ich glaube, daß der Kampf weitergehen wird. Und die Methoden sich ändern werden. Aber unser Wunsch ist es, und dafür müssen wir auch sehr hart arbeiten, daß die Intifada als eine Massenbewegung, eine Volksbewegung weitergeht.

Frage: Wie beurteilt ihr die derzeitige Lage im Libanon?

Genosse: Wir sehen den Kampf des libanesischen Volkes gegen Israel und gegen die Besatzung als eine - hauptsächlich moralische - Unterstützung der palästinensischen Sache. Die letzte Aggression gegen den Libanon, die darauf ausgerichtet war, den Libanon zu zerschlagen, hat ihr Ziel nicht erreicht. Sie hat keine negativen Auswirkungen auf die Intifada gehabt.

Frage: Was sind die Aufgaben der Solidaritätsbewegung?

Genosse: Wir haben große Hoffnungen und Erwartungen in unsere Freunde in der ganzen Welt, die strategisch mit uns verbunden sind und für die wir auch eine große Bedeutung haben. Die Unterstützungsmethoden kann man sehr genau begrenzen: erstens einmal die politische Unterstützung. Uns zu helfen, die amerikanischen Pläne, die palästinensische Sache zu liquidieren, zu entlarven. Und auch eine Medienunterstützung, um die Schwierigkeiten und die Situation der Palästinenser zu erklären, und den Kampf des palästinensischen Volkes und seinen Kampf zu erklären. Auch eine materielle Unterstützung des palästinensischen Volkes, das jetzt darunter leidet, das es wirtschaftlich boykottiert und belagert wird. Das sind einige der Punkte, die die antikolonialistischen Bewegungen vielleicht in ihren Programmen verabschieden könnten. Und hier können wir auch sagen, daß die Vertiefung der Beziehungen zwischen diesen Bewegungen und dem palästinensischen Volk sehr wichtig ist, durch gegenseitiges Kennenlernen, durch gegenseitige Besuche. Und ich betrachte dieses Interview als einen Teil der Solidarität mit uns.

Frage: Und wir danken euch, daß ihr uns dieses Interview gegeben habt.

GenossInnen aus Heidelberg

Zur Aggression gegen den Libanon

Am 25. Juli begann die 4. Aggression gegen den Libanon. Eine Woche lang donnerten die Bomber über die Köpfe der an der Grenze zu Israel ausharrenden deportierten Palästinenser und luden ihre tödliche Fracht über libanesische Dörfer ab. Erklärtes Ziel der israelischen Führung ist die Vertreibung der Bevölkerung Südlibanons. Innerhalb von vier Tagen wurden mindestens 500.000, wenn nicht sogar eine Million Menschen vertrieben und eine unbekannte Zahl getötet. 80% der südlibanesischen Dörfer sind nach einer Woche zerstört.

In letzter Zeit ist es wichtig geworden, Worte für die Verbrechen des Imperialismus zu finden, aber dieses hat in vielfacher Hinsicht eine neue Qualität:

Es wurden wohl noch nie in so kurzer Zeit so viele Menschen vertrieben und dieses Ziel auch noch nie so verschleiert propagiert und verfolgt. Rabin sprach ganz offen von der Umsetzung des Prinzips der verbrannten Erde und davon, den Südlibanon unbewohnbar zu machen. Die Tatsache, daß die Luftangriffe zur Zerstörung von Dörfern und nicht etwa von militärischen Stellungen geflogen wurden, wurde - als wäre das eine völlig normale Maßnahme - nie bestritten.

Der kaltschnäuzigen Grausamkeit und der Unverblümtheit der zionistischen Aggression steht die unbegreifliche Gleichgültigkeit, Kritiklosigkeit und sogar das Verständnis zur Seite, mit der die Verbrechen hier von der Öffentlichkeit und den Medien toleriert werden.

Offener Terror gegen die Zivilbevölkerung, nach allen internationalen Vereinbarungen verboten, wird zum "legitimen" Mittel der Politik.

Die Aggression gegen den Libanon ist eine weitere Steigerung in der Eskalation der Barbarei, die mit der Vernichtung des Irak begonnen hat. Umso erschreckender ist der Grad der Abstumpfung, mit der die Öffentlichkeit hier auf dieses Verbrechen reagiert.

Libanon und die zionistische Expansion. Die Hintergründe der Aggression

Israel deklariert seine Bombardements als Vergeltung für Angriffe libanesischer Guerillas. Die Bezeichnung "Operation Abrechnung", unter der die Bombardements im israelischen Militärbericht laufen, läßt den Krieg als Rache für die Angriffe libanesischer Widerstandskräfte, die alle unter dem Pauschalnamen Hisbollah zusammengefaßt werden, erscheinen.

Davon abgesehen, daß die Aktionen einer Handvoll WiderstandskämpferInnen nicht die Vertreibung eines ganzen Volkes rechtfertigen, entlarvt auch ein Blick auf die Kontinuität israelischer Expansionspolitik diese Lüge. Eines der Staatsziele Israels ist die Expansion, speziell die nach Norden in Richtung Libanon. Die leider nur auszugsweise veröffentlichten Tagebücher von Mosche Scharid, dem ersten israelischen Außenminister, beweisen dies auch in ihren veröffentlichten Teilen. Der augenblickliche Schlag gegen Libanon steht in einer langen Reihe von Angriffen gegen dieses Land. Die erste direkte Intervention einer imperialistischen Macht in der nachkolonialen Phase erfolgte 1958 durch die USA. Damals griff die 6. US-Flotte direkt in den libanesischen Bürgerkrieg ein und richtete ein Massaker unter den fortschrittlichen Kräften an. Die offene zionistische Aggression begann mit der Präsenz der PLO, die 1971 nach der Vertreibung aus Jordanien ("Schwarzer September") ihre Operationsbasis in den Libanon verlegt hatte. Die Präsenz der PLO führte zu einem Erstarken auch der libanesischen revolutionären Kräfte, was sowohl Syrien, das die reaktionären Strömungen im Libanon unterstützt, als auch dem Imperialismus Kopfzerbrechen bereitet. Seit dem Zeitpunkt führt Israel einen Zermürbungskrieg, der durch alltägliche Bombardierungen und mittlerweile 4 großen militärischen Operationen gekennzeichnet ist:

Im Februar/März 1978, kurz nachdem Israel im Zuge der Camp-David Vereinbarungen mit Ägypten Truppen aus dem Si-



Hisbollah-Miliz im Südlibanon während der israelischen Aggression

nai nach Norden gegen Libanon verlegt hatte, erfolgte die erste Invasion mit Bodentruppen. Der nächste Versuch fand vom 16. bis zum 31. Juli 1980 statt.

Beide Angriffe wurden von einem Bündnis palästinensischer und libanesischer Widerstandskräfte unter großen Opfern zurückgeworfen und endeten militärisch für Israel mit Niederlagen.

1982 folgte der große Libanonfeldzug, der mit dem Abzug der PLO-Kräfte aus dem Libanon und der faktischen Annexion des Südens endete.

Aber auch diese Aggression scheiterte in ihren endgültigen Zielen am Widerstand der PalästinenserInnen und der libanesischen Nationalbewegung.

Dennoch markieren diese Daten auch den Niedergang und die Zermürbung der Widerstandsfähigkeit des Landes. Natürlich hat auch der Bürgerkrieg von 1975/76 entscheidend dazu beigetragen, der sowohl für die libanesische fortschrittliche Bewegung als auch für die PalästinenserInnen unter Führung der PLO sehr verlustreich war.

So kommt der jetzige Schlag nicht, weil der Kampf gegen Israel sehr stark, sondern genau umgekehrt, weil die Widerstandskraft durch den langen Zermürbungskrieg geschwächt ist. Im übrigen genau in der Situation, in der sich der Libanon von den Folgen des Bürgerkrieges zu erholen begann und auf dem Wege war, sich zu stabilisieren.

Parallel zur Zermürbung Libanons gelang es Israel und dem Imperialismus Schritt für Schritt die arabischen Frontstaaten auszuschalten. Syrien betrachtet den Libanon als eigenes Territorium, was historisch durchaus korrekt ist, allerdings unter der gegenwärtigen syrischen Regierung katastrophale Folgen hat. Wie die anderen reaktionären arabischen Regimes hat Syrien kein Interesse an einem demokratischen Libanon und an einer starken palästinensischen Befreiungsbewegung, da dies Ansporn und Beispiel für die revolutionären Kräfte im eigenen Land wäre. Folgerichtig sorgt das syrische Regime - finanziell unterstützt durch Saudi-Arabien - schon lange dafür, daß die Verhältnisse im Libanon nicht zum Sieg der Revolution führen. Das haschemitische Königreich Jordanien wurde in den 20er Jahren von den Kolonialmächten gegründet. Dieser Staat war Teil der imperialistischen Strategie, die auch die Gründung Israels zum Ziel hatte. Das jordanische Regime hatte immer die Rolle des antirevolutionären arabischen Vasallen. In ihrer schrecklichsten Konsequenz führte das zur Niederschlagung der palästinensisch-jordanischen Revolution vom September 1970 bis zum Juli 1971 ("Schwarzer September").

Ägypten war seid dem Camp David-Abkommen neutralisiert und schuf damit die direkte Basis für die Aggression gegen den Libanon: Es waren die Soldaten, die von Ägypten abgezogen wurden, die im Libanon einfielen.

Als letzter arabischer Staat, der ein Gegengewicht gegen die zionistische Expansion war, wurde der Irak ausgeschaltet.

Die Zermürbung des libanesischen Widerstandes und die Ausschaltung der arabischen Frontstaaten sind die Voraussetzungen für die zionistischen Annexionspläne den Libanon betreffend, die mit der Aggression vom 25. Juli den Beginn ihrer Verwirklichung erfahren.

Totaler Krieg gegen die Völker der Drei-Kontinente?

Der Angriff gegen Libanon reiht sich ein in die imperialistischen Kriege nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Staatenblocks. Die Brutalisierung der internationalen Politik vollzog sich mit atemberaubender Geschwindigkeit.

Das erste Opfer war Panama, wo eine "Festnahmeaktion" eben mal 7000 Menschen das Leben kostete. Der Irak wurde 1991 mit einem - gemessen an der Sprengstoffmenge pro Zeit und Fläche - Rekord-Bombardement zerstört. Die Zerschlagung Jugoslawiens durch Anzettelung eines grausamen Bürgerkrieges unter Federführung der BRD läutete die nächste Runde ein. Dann kam Somalia, wo die Intervention - in deren Schlepptau die Öl-Sucher von US-Firmen das Land nach Öl absuchten und auch fündig wurden[1] - in dem Augenblick kam, als die Revolution gegen den dem Imperialismus ergebenen Diktator Siad Barre sich konsolidierte. Und nun der Libanon.

Nicht zu vergessen, das immer häufiger angewandte Mittel der Hungerblockade, wie gegen Irak, Libyen, Cuba, Rest-Jugoslawien, Nord-Korea und den Sudan, das natürlich am allerwenigsten die politischen Führungskräfte sondern zuallererst die Ärmsten trifft.

Betrachten wird die Weltkarte so wird deutlich, daß die Hauptstoßrichtung der Aggression auf die arabische Welt zielt. Andererseits ist kein Land der Erde sicher vor der militärischen Drohung einer Bombardierung aus der Luft. Das Damoklesschwert der Vernichtung schwebt über allen, die sich dem Diktat der imperialistischen Weltordnung widersetzen. - Das Ausmaß und die Verflechtung der mehr oder weniger subtilen ökologischen und politischen Zwangsmaßnahmen durch IWF, Weltbank und UNO ist eine eigene Untersuchung wert, übertrifft aber mit Sicherheit alles an Repression, was die gesamte Menschheitsgeschichte bis heute gesehen hat.

Es stellt sich die Frage, was der Imperialismus mit dieser unvorstellbaren Skrupellosigkeit bezweckt. Seine Herrschaft bietet den Völkern keinen Ausweg mehr an außer Widerstand. Die ökonomische, insbesondere die Versorgungslage in den meisten Ländern der Welt ist katastrophal und schreit nach Veränderung. Viele Völker leben im Aufstand und die ungenannten Kriege übertreffen in ihrer Zahl bei weitem die spektakulären Großangriffe, die medienwirksam aufbereitet bis zu uns vordringen. Die Situation in weiten Teilen der Welt läßt kein Überleben ohne Revolution mehr zu und das wissen auch die Strategen in den Denkfabriken der reichen Länder. Dennoch wird die Schraube immer enger angezogen und die militärischen Strafexpeditionen finden immer häufiger statt, als wären sie das eigentliche Ziel der imperialistischen Strategie. Die einzig mögliche Erklärung ist die, daß Menschenvernichtung in bisher nie gekanntem Ausmaß geplant ist: der totale Krieg gegen die Völker.

Solidarität hilft siegen - Keine Partnerschaft mit Rehovot!

Die Weltgeschichte steuert auf einen Wendepunkt zu, an dem sich entscheidet, ob der Imperialismus besiegt wird, oder ob er die Welt mit in den Abgrund reißt. Für AntiimperialistInnen in den Metropolen besteht die Aufgabe, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und die Scheinrealität der Medien zu bekämpfen. Die Palästina-Frage ist wie kaum eine andere Gegenstand verschiedener Legenden, die der Rechtfertigung von Israels offenem Faschismus dienen. Ein Teil der prozionistischen Propaganda in Heidelberg ist die Städtepartnerschaft mit Rehovot, deren zehnjähriges Bestehen parallel zur Vernichtung der libanesischen Dörfer und der Vertreibung hunderttausender Menschen mit einem Besuch von Oberbürgermeisterin Weber in Rehovot gefeiert wurde. Die Heidelberger Rundschau hat es fertig gebracht, in unerträglich provokanter Weise über dieses "Ereignis" zu berichten, ohne die Worte Palästina oder Libanon auch nur zu erwähnen. Es ist an der Zeit und eine gemeinsame Aufgabe für die Kündigung dieser Städtepartnerschaft zu arbeiten. Schreibt Protestbriefe an den Gemeinderat und an die Oberbürgermeisterin! Es wäre ein Zeichen gegen Rassismus und Faschismus, statt mit Rehovot eine Partnerschaft mit einem palästinensischen Flüchtlingslager aufzunehmen.

[1] Die Ölmultis waren schon vorher dort und fündig ebenfalls. Nachzulesen im Infoverteiler Nr. 34, April 93.



Arbeiterpolitik, 34. Jg., Nr.3, 5.7.1993

Die Politik der türkischen Regierung und die Kurdistanfrage

Das nachfolgende Interview wurde Ende März dieses Jahres mit einer Journalistin geführt, die sich bereits seit vielen Jahren mit diesem Gegenstand befaßt. Es schließt an das in der "Arbeiterpolitik" Nr.3-4/1992 veröffentlichte Interview zum gleichen Themenkomplex an.

Im Herbst vergangenen Jahres war es in Nordirak zu heftigen Kämpfen zwischen Truppen der PUK (Demokratische Partei Kurdistans) und der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) gekommen. Zur gleichen Zeit wurden die PKK-Kämpfer von der türkischen Armee über die Grenze hinweg bis auf irakischen Boden verfolgt und bekämpft. Die PKK drohte zwischen zwei Fronten aufgerieben zu werden.

Die PKK reagierte darauf mit einem politischen Kurswechsel. Einerseits initiierte sie ein Bündnis zwischen den verschiedenen kurdischen Parteien in der Türkei, die allerdings alle weit weniger Mitglieder haben als sie. Als wichtigste neben der PKK ist hier die PSK (Sozialistische Partei Kurdistans) zu nennen; die ihr nahestehenden Kulturvereine bilden in der BRD den Zusammenschluß Komkar. Diese neue Gemeinsamkeit fand Ausdruck in der 100.000 Teilnehmer starken Demonstration in Bonn am 29. Mai dieses Jahres.

Andererseits arrangierte sich die PKK mit der irakischen PUK. Beide Seiten veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung (s. a. Kurdistan-Report vom April 1993). Der PKK wird Bewegungsfreiheit in der von den Kurden kontrollierten Zone des Nordirak zugestanden, wogegen die PKK ihrerseits offene Grenzen zur Türkei garantiert.

Am 15. März erklärte die PKK einseitig den Waffenstillstand für ihre Truppen in der Türkei. Sie forderte eine Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungswege mit der türkischen Regierung. Dabei verzichtete sie erstmals ausdrücklich auf die Forderung eines unabhängigen Kurdistan und erklärte sich mit einer föderativen Lösung einverstanden. Den Waffenstillstand verband sie mit folgendem Forderungskatalog:

★ Freiheit für alle politischen Gefangenen/Totalamnestie
★ muttersprachlicher Unterricht an den Schulen
★ Presse-/Sendefreiheit für die kurdischen Medien
★ Aufhebung des Ausnahmezustandes in den kurdischen Provinzen
★ Einstellung aller türkischen Militäraktionen
★ Aufhebung des Dorfschützersystems
★ Legalisierung der kurdischen Organisationen
★ Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen PKK und türkischer Regierung.

Die herrschende Klasse der Türkei ist in sich uneins über die Haltung zu den Kurden und insbesondere zur PKK. Staatspräsident Özal war ein wichtiger Repräsentant in jener Richtung, die einen Ausgleich mit den türkischen Kurden auf dem Verhandlungsweg anstrebt. Mit seinem Tod wurde die Position des türkischen Militärs gestärkt, das sich jedem Ausgleich mit der PKK entgegenstellt.

In dieser Situation kam es zu einem Zwischenfall: In der Nähe von Bingöl hielt eine PKK-Einheit einen Bus an, in dem sich 30 türkische Soldaten in Zivil befanden und erschoß diese. Die Gegner einer Verhandlungslösung nahmen dies zum Anlaß, eine Offensive der Armee gegen die türkischen Kurden zu entwickeln. PKK-Generalsekretär Öcalan übernahm die Verantwortung für die Kommandoaktion, erklärte gleichwohl den Fortbestand des Waffenstillstands seitens der PKK. Nachdem nun auch der neue Staatspräsident sich öffentlich gegen Verhandlungen mit der PKK erklärte, beendete diese Anfang Juni den Waffenstillstand.

Die Neuorientierung der deutschen Türkeipolitik "nach Genscher", auf die im Interview hingewiesen wird, erfuhr durch den Besuch des Bundeskanzlers Kohl und insbesondere durch die Art und Weise seines dortigen Auftretens eine eindeutige Bekräftigung. Eine wichtige Konsequenz dieser Politik besteht erklärtermaßen darin, die linken türkischen und kurdischen Organisationen in der BRD noch stärker als bisher unter Druck zu setzen. Redaktion Arbeiterpolitik, 1.6.1993.

Frage: Ende vergangenen Jahres gab es eine militärische Offensive der türkischen Regierung gegen die PKK, bei der türkische Truppen längere Zeit auf irakischem Territorium operierten. Gleichzeitig kam es zeitweilig zum Kampf irakischer Kurden gegen Kämpfer der PKK - nicht zu deren Verbrüderung gegen die eingedrungene türkische Armee. Was waren die Gründe für diese Vorgänge? Was ist das Ergebnis dieser Offensive?

Antwort: Das ist kein Konflikt, dessen Beginn man im Herbst letzten Jahres ansiedeln kann. Seit es das selbstverwaltete Kurdistan im Irak gibt, gibt es diesen Konflikt. Ungefähr drei Monate, nachdem das Gebiet unter Kontrolle der Kurden gekommen war, gab es erste Auseinandersetzungen mit der PKK, vor allem aus zwei Gründen. Einer ist außenpolitisch. Es stimmt, daß Kurdistan ein Stück weit erpreßbar ist. Südkurdistan ist von der Türkei abhängig. Der einzige offizielle Weg in das kurdische verwaltete Gebiet geht durch die Türkei. Der einzige offizielle Grenzübergang, wo nicht nur geschmuggelt werden kann, sondern wo auch LKW verkehren können, ist der türkische. Ferner ist dies der einzige Weg, auf dem auch Journalisten oder Hilfsorganisationen nach Südkurdistan kommen können, ohne von einem Bagdader Visum abhängig zu sein. Seit dem Sommer 1992 erteilt Bagdad das Visum nur noch an die UN. Seitdem ist für alle anderen Hilfsorganisationen, die z. T. noch größere Projekte als die UN betreiben, der Weg über die Türkei unumgänglich, um nach Kurdistan zu gelangen. Diese Straße, ein Teil der berühmten Seidenstraße, ist für Kurdistan mehr denn je eine Lebensader geworden. Es ist klar, wenn sich die Türkei in einer derart mächtigen Position befindet gegenüber Südkurdistan, sie diese dann auch dazu ausnutzt, ihre Gegner auszuspielen, mit der Drohung, wenn ihr die PKK unterstützt, dann wird die Straße eben zugemacht. Das ist einer der Hauptpunkte der Auseinandersetzung.

Dazu muß man noch sagen, daß die PKK, dadurch, daß sie auf irakisch-kurdischem Territorium drei große und mehrere kleine Niederlassungen hatte, einen enormen militärischen Vorteil besaß. Sie verfügte über Stinger-Raketen und ähnliche Waffen auf irakischer Seite und konnte damit auf türkische Gendarmerie-Posten auf der anderen Seite schießen. Das hat ihr einen erheblichen Vorteil im Guerilla-Kampf eingebracht. Von daher wird auch klar, daß die Türkei dieses Erpressungsmittel nicht von ungefähr eingesetzt hat, nicht nur wegen des Prinzips. Gespräche zwischen irakischer und türkischer Regierung einerseits sowie PKK und irakischer Regierung hat es über ein Jahr lang gegeben. Auch in der Bevölkerung gab es sehr lange Zeit schon die Diskussion, wann die beiden wohl aufeinanderschlagen werden.

Der zweite Punkt ist innenpolitischer Natur. Natürlich stellt die PKK auch eine politische Konkurrenz zur kurdischen Regierung dar. Und das in einer Zeit, in der mit großer Euphorie Wahlen stattgefunden hatten, aber die Regierung dann das Embargo nicht aufheben konnte, mit der Folge, daß die wirtschaftliche Situation trotz Regierung von Tag zu Tag schlimmer wurde. Die enormen Erwartungen, die die kurdischen Politiker im Wahlkampf genährt hatten, laßt uns erst mal wählen, dann wird alles gut, diese Erwartungen konnten gar nicht erfüllt werden. Jeder, der einigermaßen logisch denkt, konnte das vorher wissen. Aber so logisch hat der größte Teil der Bevölkerung, der das erste Mal seine Regierung gewählt hat, nicht gedacht. In einer solchen Phase ist es gerade für die Demokratische Partei Kurdistans sehr unattraktiv gewesen, eine oppositionelle Kraft im Lande zu haben, die auch über einige Stärke verfügt. Das gilt aus geographischen Gründen besonders für die Demokratische Partei. Die PKK operiert nicht im Süden, wo die Patriotische Union stärker ist. Sie operiert im Norden an der türkischen Grenze, in der traditionellen Hochburg der Demokratischen Partei. Der Kampf gegen die PKK kann deshalb nicht ausschließlich auf eine Erpressung durch die Türkei zurückgeführt werden. Da sind schon Machtinteressen auf beiden Seiten im Hintergrund.

Der PKK wurde zu Recht vorgeworfen, daß sie nicht akzeptiert, daß die Bevölkerung und die politischen Strukturen von Südkurdistan diesen Aufstand gemacht haben und daß sie selber daran keinen Anteil hat und damit nicht einfach über

ein Gebiet verfügen kann, das andere erobert haben. Bei der PKK hieß es einfach: Das ist Kurdistan, und deshalb haben wir das Recht dazu. Diese kurz skizzierte Auseinandersetzung lief über eineinhalb Jahre, bis zum Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzung.

Die Ergebnisse kann man kurz zusammenfassen. Einmal hat sich die Türkei durchgesetzt. Sie hat es geschafft, daß die PKK von der Grenze vertrieben wurde, wenn auch vielleicht nur kurzfristig. Aber im Moment sind ihre militärischen Stellungen nicht mehr dort. Zweitens war das für die Türkei die Probe auf's Exempel, in den Irak einmarschieren zu können. Es gab ja keine völkerrechtlichen Proteste dagegen. Die Türkei hat klargemacht, wie groß ihr Einfluß gegenüber dem Irak ist und daß sie die maßgebliche Regionalmacht ist. Zwischen den beiden kurdischen Seiten kam es schließlich zum Waffenstillstand. Der ist von der Patriotischen Union bis heute ausgebaut worden. Der Nashiewah, der zweite Mann der Patriotischen Union, hat seinen eigenen Standort direkt an der irakisch-iranischen Grenze aufgegeben und ihn der PKK während des Waffenstillstands zur Verfügung gestellt. Die PKK hat damit ein Terrain direkt an der iranisch-irakischen Grenze, wo sie sich mit ihren Waffen aufhalten und direkt in den Iran wechseln kann. Knapp 100 km nördlich liegt die Türkei. Sie ist also nicht völlig ausgeschaltet. Die Patriotische Union hat seit dem November, als der Waffenstillstand abgeschlossen worden war, versucht, diese Entspannung zu vertiefen, während die Demokratische Partei versucht hat, sie zu hintertreiben. So wurde im Dezember 1992 im Fernsehen berichtet, es wären wieder PKK-Guerillas an der Grenze und man müßte sie von dort vertreiben. Ich habe daraufhin den Fernsehsprecher gefragt, wo er das her hat. Er sagte, aus der Hürriyet, also aus der gleichgeschalteten türkischen Tageszeitung.

Die kurdische Autonomie im Irak hatte der PKK enorme Möglichkeiten erschlossen. Diese Lager, von denen ich eben gesprochen habe, konnten ja erst entstehen, als das Gebiet kurdisch kontrolliert wurde. Die PKK hatte da vorher zwar auch schon Stützpunkte mit Billigung der irakischen Regierung. Aber sie zu so einer Größe auszubauen und zu Angriffen zu nutzen, das konnte sie erst, als die Kurden das Gebiet kontrollierten. Der Fehler, den ich der PKK ankreide, war, das nicht als einen großen Vorteil für sich zu begreifen und ein Stück Rücksicht zu nehmen, also auch abzusprechen, was gemacht werden kann und was nicht, sondern zu sagen, das ist Kurdistan, und wir sind die Führung aller Kurden und können uns deshalb dort bewegen. Das genau war der Punkt, auf den dann aggressiv reagiert wurde. Schon 6 - 7 Wochen nach dem Aufstand ist es zu ersten Konkurrenzgeschichten gekommen. Danach hat sich das Verhältnis zwar immer wieder ein bißchen erholt, aber nie stabilisiert. Es ist auf jeden Fall ein Fehler zu sagen, das ist ja alles Kurdistan: Irak, Iran, Türkei. Denn diese Teile haben jetzt 70 Jahre getrennte Geschichte. Das nicht zu sehen ist der PKK auch von kritischen Kräften in Südkurdistan übel genommen worden. Als die ersten Korruptions- und Schmuggelfälle der kurdischen Regierung bekannt geworden waren, hatte die PKK auch Zulauf erhalten, als Kanalisation für den Unmut der Leute, die gesehen haben, daß auch kurdische Machthaber nicht unbedingt Engel sind. Die Kurdische Freiheitspartei, der irakisch-kurdische Arm der PKK, die 1991 gegründet wurde, hatte damals in der Provinz Dohuk in einem Monat von 100 auf 500 Mitglieder aufstocken können, die danach zwar z.T. auch wieder rausgegangen sind. Aber das stellte immer eine Herausforderung dar für die Machthaber dort.

Profitiert von der militärischen Auseinandersetzung hat nur die Türkei. Die Patriotische Union ist inzwischen auch so klug gewesen, das einzusehen und zu machen, was ich für wesentlich produktiver halte, als die Auseinandersetzung mit der PKK einzugehen, indem sie eine sehr aktive Rolle spielt bei der Frage, ob es in absehbarer Zeit Verhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung geben wird. Für die PKK und die kurdische Regierung hat die Auseinandersetzung mehr Nach- als Vorteile gebracht. Für die PKK liegt das auf der Hand, und die kurdische Regierung hat sich der Türkei in einem Maße ausgeliefert, daß ich bei allem Verständnis für ihre Erpreßbarkeit fragen muß, ob das nicht überzogen war.

Frage: Die Umsiedlungspolitik, d.h. die Entvölkerung der kurdischen Provinzen in der Türkei, geht weiter. Gleichzeitig gehen Rückzugsgebiete für die Kämpfer der PKK in Anrainerstaaten verloren. Entzieht das nicht den militärischen Möglichkeiten der PKK auf kurdischem Gebiet zunehmend die Grundlagen? Wie läßt sich die Politik der PKK gegenwärtig beschreiben?

Antwort: Einmal stimmt es, daß die PKK im Verlauf des letzten Jahres zunehmend Probleme bekommen hat. Einmal durch die Politik der Türkei und Syriens, die zwar nicht in Harmonie leben, aber eine reale Annäherung aneinander vollzogen haben. Syrien hat zwar seit 1985 schon oft versprochen, die PKK rauszuwerfen, hat aber niemals auch nur den kleinsten Schritt dazu unternommen. Die Tatsache, daß letztes Jahr im April das Lager in der Bekaa-Ebene zwischenzeitlich geräumt wurde, nach Gesprächen zwischen Syrien und der Türkei, zeigt, daß Syrien sich gezwungen sieht, ein Stück weit ernst zu machen. Syrien konnte in der Vergangenheit immer auf eine sehr starke militärische und wirtschaftliche Unterstützung durch die SU zurückgreifen. Seitdem das nicht mehr der Fall ist, muß Syrien sich der Türkei und dem Westen insgesamt als weniger unberechenbarer Faktor präsentieren und da muß es auch einige echte Zugeständnisse machen. Syrien hatte aus Mangel an eigener ökonomischer Substanz seine Stellung innerhalb des Nahen Ostens einmal auf militärische Stärke begründet, was jetzt ins Wanken gerät, weil sie ja viele Waffen immer aus der SU bezogen haben. Der zweite Punkt ist, daß Syrien Oppositionsgruppen aus dem gesamten Mittleren Osten unterstützt, um sie als Verhandlungsmasse parat zu haben. Diese Politik kann in voller Konsequenz nicht weitergeführt werden, wenn sie sich dem Westen als vertrauenswürdig darstellen wollen. Es gibt zwar immer noch sehr gute Beziehungen zwischen der syrischen Regierung und der PKK, die aber zumindest fragwürdiger geworden sind. Eine Veränderung dieser Beziehungen ist wahrscheinlicher als etwa vor 4 Jahren. Da hat die PKK in ihrer Strategie zumindest jetzt ein Fragezeichen mehr.

Im Iran scheint ihre Situation im Moment noch relativ gut zu sein. Aber klar ist, daß die Bewegungsfreiheit, die sie 1991 hatte, in alle drei Länder nach Belieben ausweichen zu können, zunehmend eingeschränkt ist. Gleichzeitig gibt es Hinweise, daß jetzt mehr PKK-Lager auf iranischem Gebiet existieren, in einer Phase, wo die iranisch-türkischen Beziehungen angespannt sind. Ich habe die militärische Lage vor dem Angebot der Waffenruhe so eingeschätzt, daß das so eine Art Patt ist. Die türkische Armee ist nicht in der Lage, die PKK ganz aus Kurdistan rauszuwerfen. Sie könnte das nur, wenn sie wie der Irak C-Waffen einsetzen und eine Politik der völlig verbrannten Erde betrieben würde, und das ist im Moment politisch nicht möglich. Dafür ist sie als NATO-Mitglied viel mehr eingebunden, als das der Irak je war. Mit konventionellen Kräften ist es nicht möglich, Kurdistan PKK-frei zu machen.

Andererseits ist es der PKK nicht möglich, befreite Gebiete zu schaffen, weil die Bedrohung durch die türkische Luftwaffe wie ein Damoklesschwert über allen Gebieten schwebt. Die PKK hat sehr viele militärische Stellungen auch in türkisch Kurdistan. Sie ist nicht nur auf die Nachbarländer angewiesen. Während der Auseinandersetzungen war es auch so, daß sie ihre schweren Waffen nicht in ihr Rückzugsgebiet genommen, sondern über die Grenze in die Türkei gebracht hatte, und die gibt es da jetzt noch, Flugabwehr und ähnliches. Die Einschätzung der deutschen Zeitungen, daß die PKK den Waffenstillstand angeboten habe, weil sie militärisch am Ende sei, ist schon insofern unlogisch, weil der türkische Geheimdienst ja auch gut informiert ist und die Armee in einem solchen Fall den Waffenstillstand nicht hätte annehmen müssen. Die hätte dann zu Nevroz noch mal richtig draufschlagen können, damit die PKK auch die letzte politische Glaubwürdigkeit verliert, und dann wäre Ruhe gewesen. Aber die Türkei erwägt ja sehr ernsthaft, auf das Angebot einzugehen, das heißt, daß schon eine gewisse Stärke vorhanden sein muß.

Die PKK hat sicherlich 1992 einige Rückschläge hinnehmen müssen. Andererseits war sie in der Bevölkerung noch nie so populär und breit verankert wie im Moment. Was man zudem nicht vergessen darf, ist die zunehmende Verankerung der PKK in den westlichen Metropolen der

Türkei. Dieses Jahr hat es nur einen Toten in Adana (türkisch Kurdistan) gegeben, aber dafür Aktionen in großem Maßstab in Ankara. In Istanbul leben eine Million Kurden. Daß die Türkei auf das Verhandlungsangebot einzugehen scheint, hängt damit zusammen, daß die Auseinandersetzung aus Kurdistan in das Kernland überzuschwappen droht oder z. T. schon stattfindet. Als Gegenmaßnahme hat man faschistische Schlägertruppen organisiert, die in den kurdischen Vierteln Schlägereien anzetteln, die türkische Bevölkerung aufhetzen. In Adana gab es eine anonyme Flugblattaktion, wo den Leuten gesagt wurde, die Kurden hätten es auf ihre Läden abgesehen und würden zu Nevroz rauben und plündern. Man versucht also schon, dem entgegenzuwirken, aber der Kampf der PKK hat in der politischen Öffentlichkeit der Türkei eine höhere Legitimität erhalten, auch in demokratischen Kreisen, als er sie vor zwei Jahren noch hatte. Daher trifft nicht zu, daß die PKK die Waffenruhe ausrufen mußte, weil ihr alle Felle wegschwimmen, ohne indes ihre Position so überbewerten zu wollen, wie sie das selber tut. Die PKK hat den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen strategischen Wechsel gewählt, weil sie weiß, daß die Türkei nicht einfach sagen kann, mit Terroristen reden wir nicht.

Die Umsiedlungspolitik hat in der kurdischen Bevölkerung eine enorme Radikalisierung bewirkt. Es ist ja keine gezielte Umsiedlungspolitik wie im Irak, wo die Leute aus ihren Dörfern geholt wurden und woanders angesiedelt wurden, wo sie kontrollierbar sind. Dafür ist die Türkei zu arm. Mit einem derart verschuldeten Haushalt und bei der Wirtschaftskrise, wie sie im Augenblick in der Türkei herrscht, ist es unmöglich, eine gezielte und systematische Umsiedlungspolitik zu betreiben, wie sie der Irak mit seinen Petro-Dollars ohne weiteres machen konnte. Deshalb werden die Leute einfach nur aus ihren Dörfern vertrieben.

Aber die Leute bleiben in Kurdistan. Nicht so sehr aus Überzeugung, sondern weil viele kein Geld haben, woanders hinzugehen, oder aber sie gehen nach Adana oder Izmir in die kurdischen Armenviertel, die sich dort mittlerweile gebildet haben. Dort bilden sie ein Potential, das derzeit den größten Sprengstoff in der Gesellschaft der türkischen Republik darstellt. Deshalb kommt die Umsiedlungspolitik weniger der türkischen Regierung als der PKK zugute, weil die Leute nicht befriedet, sondern aufgestachelt werden. Jemand, dem alles weggenommen wird und der auf die Straße geworfen wird, ist nicht mehr loyal zur türkischen Regierung, egal was die sonst noch macht. Damit legt sich die Regierung eine Zeitbombe, denn die Entwicklung im Westen, die ich beschrieben habe, ist ja nicht dadurch gekommen, daß die Bevölkerung dort von Tag zu Tag sensibler geworden ist, sondern vielmehr dadurch, daß immer mehr entwurzelte Menschen aus Kurdistan, die alles verloren haben, in den Westen gekommen sind. Das hat Auswirkungen bis in türkische Kreise hinein.

Frage: Eine Zeitlang sah es im letzten Jahr so aus, als versuchte die türkische Regierung ihre Staatsgrenzen zu Lasten des im Kriege geschlagenen Irak zu verschieben. Davon ist jetzt nichts mehr zu hören. Gab es diese Absicht tatsächlich, und was ist daraus geworden? Ferner: Was steckte hinter den Spannungen zwischen der Türkei und Syrien um die Wasser-Kontingente aus dem Atatürk-Staudamm?

Antwort: Zur Frage der türkischen Staatsgrenzen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Es gab ja immer den Vorwurf, die Türkei habe Mossul und Kirkuk, vor allem Mossul, nie ganz aufgegeben und warte nur auf den geeigneten Zeitpunkt, um sich dieses Gebiet zurückzunehmen. Es ist auch richtig, daß Mossul ein Extrapunkt bei den Verhandlungen von Lausanne war, der auch nicht entschieden wurde, wo es ein Zusatzprotokoll gab und die Türkei noch jahrelang Anteile an den Öleinkünften von Mossul bekommen hat, weil nicht klar war, ob dieses Gebiet endgültig dem Irak zugerechnet werde. Es gibt in diesem Zusammenhang Widersprüche innerhalb der Türkei. Da gibt es die Militärs und die traditionellen Kemalisten, für die die jetzigen Grenzen einfach heilig sind. Nicht aus metaphysischen Gründen, sondern weil die Verteidigung dieser Grenzen nach außen und nach innen, vor allem aber nach innen, die Existenzgrundlage des Militärs in der türkischen Gesellschaft darstellt. Das Militär hat hier immer noch eine mit keinem anderen NATO-Staat vergleichbare Position in der Gesellschaft. Der Generalstab ist dem Verteidigungsministerium gleich - und nicht untergeordnet. Diese Stellung ist auch ökonomisch untermauert. Es gibt eine Riesenholding, die OYAK, die ihren Arm in allen Staatsunternehmen hat, die dem Militär gehört. Dann gibt es verschiedene Fonds zur Unterstützung der Marine, der Luftwaffe und so fort. Der Marineunterstützungsfonds besitzt z.B. einen 12%-Anteil an der türkischen Mercedes-Niederlassung in Istanbul und Ankara. Das Militär war bisher immer eine Bürgerkriegsarmee und durfte deshalb so mächtig sein, weil es die Kurden, die Kommunisten oder andere, in erster Linie aber die Kurden niederhalten mußte. Dieses Heer hatte außer der Invasion Zyperns außenpolitisch nie etwas zu tun gehabt. Es ist deshalb eine Kraft, die dem Expansionsstreben der Türkei immer entgegengestanden hat.

Ferner gibt es in der Türkei nicht nur die konservativen, reaktionären Kräfte, die einen Expansionismus unterstützen, und die liberalen, moderneren, die dagegen sind, sondern eine Strömung, für die lange Zeit auch Özal stand. Diese würde eine Expansion durchaus in Kauf nehmen im Rahmen eines Programms, eine Vormacht in diesem Raum nach westlichem Muster zu werden. Da könnte man sich dann Mossul einverleiben oder Gedanken machen über Aserbaidschan oder den Balkan. Das erste Ziel wäre dann aber nicht, diese Gebiete zu annektieren, sondern ein bis über die Ohren subventionierter westlicher Sheriff im Mittleren Osten zu sein und sich das dann auch leisten zu können.

Im letzten Jahr hat sich herausgestellt, daß man der Türkei diese Vormachtstellung zugesteht, wenn die existierenden Grenzen nicht angetastet werden. In dem Moment, wo die türkische Regierung auf territoriale Optionen ausdrücklich verzichtet hat, durfte sie auch Grenzen überschreiten. Das gilt nicht nur für den Irak, sondern auch für den Iran, wo sie kurz einmarschierte. Sie darf auch laut darüber nachdenken, ob sie die Aseris gegen die Armenier unterstützen oder Militär nach Bosnien schicken will. Diese Überlegungen waren international erst akzeptiert, nachdem die Türkei mit ihrer Politik klar gemacht hatte, daß sie die Grenzen nicht verändern will.

Die Behandlung der Wasserfrage liefert ein gutes Beispiel für die gegenwärtige Politik der Türkei. Sie hat im Moment bestimmte Möglichkeiten, ihren Einfluß im Nahen Osten zu stabilisieren. Seit dem 4.3. hat sie wieder einen Botschafter in Bagdad, ihre Beziehungen zum Irak sind also normalisiert. Daß sie das so schnell



macht, hat meines Erachtens nicht nur mit den Kurden zu tun, sondern auch damit, daß sie vorbauen will, wenn das Embargo gegen den Irak wieder aufgehoben wird. Das wird meiner Ansicht nach 1993 geschehen. Sie kann dann gleich vor der Tür stehen mit den ganzen Joint-Venture-Unternehmen, die es in der Türkei schon gibt, und sagen, ihr braucht jetzt doch ganz viel und wir sind da und machen das für euch. Das ist ein Wettbewerbsvorteil, den sie im Moment ganz massiv zu schaffen versucht. Das andere ist das Wasser. Die Türkei kann die Wasserzufuhr nach Syrien und dem Irak, mehr nach Syrien, weil die Dammprojekte am Euphrat weiter sind als am Tigris, u. a. weil der Tigris genau durch das Kampfgebiet fließt, da kann sie bis hin zur Elektrizitätsversorgung von Damaskus Einfluß nehmen. Das weiß Syrien natürlich und mit zunehmender Fertigstellung der Staudämme wird diese Möglichkeit der Türkei natürlich ausgebaut, weil Syrien zu 70% vom Euphrat abhängig ist, was die Bewässerung der Landwirtschaft und die Elektrizität angeht. In einer Zeit, die für Syrien sowieso ökonomisch schwierig ist, kann sich Syrien weniger denn je einen Wasserkleinkrieg leisten.

Frage: Um den Versuch der türkischen Regierung, sich als allseits anerkannte Regionalmacht zu etablieren, ist es, zumindest in der hiesigen Presse, still geworden. nun bietet die türkische Regierung Truppen für den Einsatz in Bosnien-Herzegowina an, natürlich unter UN-Kommando. Ist das als weiterer Beleg für einen türkischen Expansionismus zu werten?

Antwort: Die Türkei versucht mehr denn je, sich als regionale Vormacht zu etablieren, und sie ist unter allen Anwärtern die stabilste hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Westen. Da spielt alles Mögliche mit hinein, einmal, daß das geplante arabische Verteidigungsbündnis bis heute nicht zustandegekommen ist. Das zweite ist, daß der Iran nach wie vor ein unberechenbarer Faktor ist. Die deutsche Außenpolitik unter Genscher hatte eher auf den Iran als auf die Türkei gesetzt. Aber die fundamentalistische Mullah-Fraktion hat sich als durchsetzungsfähiger erwiesen als angenommen, so daß bestimmte Reformpläne Rafsandjanis, die den Iran als Partner des Westens hätten profilieren können, nur zögerlich oder gar nicht vorangekommen sind. Die Türkei hat sich also nicht profiliert aufgrund eigener Substanz, sondern wegen fehlender Substanz der anderen Kandidaten.

Das gilt auch für Zentralasien. Der Westen hält sich da zurück. Das sind zwar attraktive Gebiete, weil sie fast alle Öl- und Gasvorkommen haben. Es ist aber zum einen noch unsicheres Terrain, und man hütet sich zum anderen, in offene Konkurrenz zu Moskau zu treten, da sie alle zumindest infrastrukturell noch nach Moskau orientiert sind und sich außer Aserbaidschan nur sehr zögerlich von Moskau gelöst haben und zumindest militärisch noch enge Bande zu Moskau haben. Die Strategie, regionale Vorboten zu schicken und die die Arbeit machen zu lassen, hat neben dem politischen auch noch den ökonomischen Vorteil, daß es so die Türkei und der Iran sind, die Straßen bauen und Luftlinien anlegen. Diese Erschließungsaufgaben müssen ja nicht unbedingt die USA oder Japan erledigen. Das können auch die Nachbarstaaten. Im Wettlauf um diese Erschließung liegt die Türkei doch ziemlich weit vorn. Sie hat gegenüber dem Iran den Vorteil, daß sie laizistisch ist, was von den zentralasiatischen Republiken außer Tadschikistan und mit Abstrichen Usbekistan als Vorteil eingeschätzt wird. Gerade Kasachstan als der reichste dieser Staaten hat eine klare laizistische Ausrichtung. In Kirgisien ist es genau so klar gesagt worden, in den anderen Republiken eher verdeckt. Zum zweiten bildet die Türkei für diese Staaten eine bessere Brücke zu den Industriestaaten als der Iran. Die Türkei ist zwar nicht vorherrschend, weil es noch den Iran gibt und Pakistan, aber sie hat doch eine relativ gute Stellung, zumal Saudiarabien seine Politik mit ihr Abstimmt, weil das Interesse an der Eindämmung des iranischen Einflusses bei den Saudis dominiert. Deshalb können die sich soviel erlauben, angefangen vom Einmarsch in den Irak über die Propagandakampagne gegen den Iran, der für alle Morde und Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan verantwortlich gemacht wird. Daß diese Politik in Europa erfolgreich ist, zeigen die Finanzspritzen, die die Türkei im letzten Jahr bekommen hat, die Tatsache daß der deutsche Waffenstop sehr schnell schüchtern wieder aufgehoben worden ist und seitdem nie wieder erneuert worden ist, obwohl die militärischen Auseinandersetzungen mit den Kurden eskaliert und nicht zurückgegangen sind. Das alles zeigt, daß die Türkei die Position, die sie anstrebt, mit gewissen Abstrichen auch erhalten hat.

Die großen Fragezeichen liegen für mich im Moment auf einer anderen Ebene. Einmal versucht man der Türkei im Augenblick beizubringen, daß sie eine wirtschaftlich westlich orientierte Vormacht in dem Raum sein kann, wenn sie auf Ideologie (vor allem den Panturanismus) und Expansionismus verzichtet. Da hat es in den letzten Monaten ein interessantes Beispiel gegeben. Nach dieser Katastrophe in Armenien im Januar, wo ein ganzer Landstrich verwüstet worden ist und es keine Stromversorgung gab, hat Armenien von der Türkei humanitäre Hilfe und Elektrizität angefordert. Der Präsident von Aserbaidschan hat daraufhin in Ankara angerufen und gesagt, er wollte das nicht, weil er befürchte, daß mit der humanitären auch militärische Hilfe nach Armenien gelange. Das hat sich einen Monat hingezogen. Ankara hat fünfmal mit Aserbaidschan telefoniert. Letztlich aber war der Druck des Westens so stark, daß Strom und Hilfsgüter geliefert wurden und eine Transiterlaubnis für westliche Hilfsgüter nach Armenien gegeben wurde. Das hat der Türkei einerseits ganz gut getan, weil ihre Bedeutung klar wurde, aber andererseits wurde auch deutlich, daß sie sich in dem Konflikt nicht so klar festlegen kann, sondern sich ein Stück weit heraushalten muß. Sie kann zwar mit Aserbaidschan eine Menge Joint-Venture-Unternehmen machen, kann aber Armenien nicht den Aseris zu Gefallen verbluten lassen. Es gibt immer wieder Punkte, wo die Türkei Rücksichten nehmen muß. Andererseits hat sie es geschafft, in der Frage, wo die Gas- und Ölpipeline zwischen Baku und Europa zu verlaufen hat, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Es gab drei Modelle für die Pipeline, über den Iran an den Golf, über die Türkei ans Mittelmeer oder nur bis ans Schwarze Meer und von dort ins Mittelmeer mit Schiffen. Für die letzte Variante hatte man sich im Februar entschieden. Da hat die Türkei erklärt, daß sie soviel Verkehr im Bosporus nicht dulden könne, sodaß sie aus technischen Gründen diese Variante nicht akzeptieren könnte. Am 9.3. wurde dann die Variante durch die Türkei unterschrieben. Das zeigt, daß sie nicht ohne Einfluß ist. Der ist aber vom Westen her klar bestimmt. Daher bin ich sicher, daß wir es nicht mit einer expandierenden Türkei zu tun haben werden, die sich als natürlicher Führer aller Turkvölker versucht, ein neues Reich zu schaffen, aber durchaus mit einer Türkei, die Brückenkopf der EG oder der USA zu den zentralasiatischen Republiken sein kann; und weil sie im Moment dafür der erfolgversprechendste Kandidat ist, räumt man ihr eine gewisse Narrenfreiheit ein.

Es gibt nur eine Gefahr für die Türkei im Moment, und die liegt nicht auf politischem oder militärischem Gebiet, sondern auf ökonomischem. Es gibt derzeit eine intensive Diskussion über die türkische Privatisierungskampagne für Staatsbetriebe. Eigentlich wird deren Scheitern festgestellt, einmal von türkischen Wirtschaftswissenschaftlern, aber es ist auch offenkundig, weil sie staatliche Zucker- oder Butterfabriken einfach nicht losbekommen. Bei attraktiven Betrieben wie der Fluglinie hat die Privatisierung noch geklappt, aber bei den unrationellen, verschuldeten staatlichen Großbetrieben auf dem Lebensmittelsektor oder verwandten Sektoren oder beim Stahlwerk in Iskenderum versuchen sie das schon seit über einem Jahr vergeblich. Dann sind jetzt drei Sachen ziemlich parallel passiert. Eine Weltbank-Inspektion stellte fest, daß die osteuropäischen Länder mit der Privatisierung später angefangen hätten als die Türkei, aber schon weiter seien. Die Weltbank hat dann relativ viele mittelfristige Projekte in der Türkei gestrichen, bis sich ihre wirtschaftliche Situation stabilisiert hat. Dann gibt es einen OECD-Report darüber, daß die Privatisierung in der Türkei auf enormen Widerstand stößt. In diesem Report steht wörtlich drin, daß man bestimmten großen gesellschaftlichen Gruppen wie z. B. den Gewerkschaften einen zu großen Handlungsspielraum einräumt. Gleichzeitig ist eine Inspektorin einer privaten Unternehmervereinigung in die Türkei gekommen und hat festgestellt, daß die Gewerkschaften, die um Arbeitsplätze

fürchten, einer der ganz großen Hemmschuhe für die Privatisierung sind. Der zweite Hemmschuh, das hat die Frau ganz richtig festgestellt, ist das türkische Großkapital, das eine wirkliche Konkurrenz auf einem freien Markt nicht gewohnt ist und auch nicht darauf eingestellt ist. Die großen Holdings, die es in der Türkei gibt, haben sich ihre Bereiche ganz gut aufgeteilt und existieren nebeneinander her. Wenn die Privatisierung voll durchgezogen würde, würde eine ganz andere Konkurrenz auf dem Markt herrschen, worüber die bestimmt nicht begeistert wären.

Eine weitere Diskussion wird derzeit über den staatlichen Einfluß in der Wirtschaft geführt, nachdem die Wirtschaftsministerin Tansu Ciller (inzwischen designierte Ministerpräsidentin, die Red.) gegen den Willen der Zentralbank Anfang Februar 1990 eine Senkung des Leitzinses dekredierte. So entsteht die Gefahr, daß die Türkei sich militärisch und außenpolitisch für die genannte Rolle profilieren kann, aber gleichzeitig ihre Wirtschaft kollabiert oder westliche Unternehmen oder die Weltbank das Vertrauen in ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verlieren. Das kann natürlich auch eine neue Repressionswelle gegen die Gewerkschaften zur Folge haben.

Frage: Wenn das Hauptmotiv des staatlichen Terrors gegen die türkischen Kurden heute die wirtschaftliche Erschließung und Ausbeutung ihrer Provinzen durch den türkischen Staat und private Investoren ist, kann man dann sagen, daß diese Politik erfolgreich ist und sich auszahlt?

Antwort: Das obige Beispiel mit der Pipeline zeigt bereits, daß die kurdische Region unverzichtbarer denn je für die türkische Regierung geworden ist, geographisch wegen des Zugangs nach Zentralasien, wirtschaftlich, weil es, wenn diese Pipeline gebaut wird, dort auch Pumpstationen gibt, wo das billige Öl abgepumpt werden kann. Iskenderum liegt ja praktisch am Rande von Kurdistan, so daß die Pipeline fast gar nicht durch türkisches Territorium geht. Ich könnte nicht sagen, daß diese Politik bis heute erfolgreich war und sich ausgezahlt hat. Es ist im Gegenteil immer noch eine ungelöste Aufgabe. Das ist einer der Punkte, warum die ganze wirtschaftliche Entwicklung, vor allem Joint-Ventures mit ausländischen Unternehmen, sich so verzögert und es im Moment Kritik und Zweifel an der türkischen Wirtschaft gibt. Es ist eine conditio sine qua non, um die Einbindung der Türkei in den Westen oder eine Akzeptanz als westlicher Statthalter in der Region zu erreichen, diese Region ohne größere Hindernisse wirtschaftlich verwerten zu können. Aber dieses Ziel hat sie bis heute noch nicht erreicht, weil eine Stabilität in dieser Region nicht hergestellt werden konnte. Deshalb ist auch die militärische Lage der PKK nicht nur verzweifelt.

Die PKK hat in Bezug auf die ökonomische Entwicklung Kurdistans keine sehr differenzierte Position. Es wird immer wieder gesagt, daß Kurdistan für die Türkei attraktiv ist, die es auf die Bodenschätze und die strategische Lage Kurdistans abgesehen hat. Es ist mir aber nicht genau begründet, warum gerade jetzt und aus welchen Gründen. Das kam immer tröpfchenweise. Mal wurde auf das GAP eingegangen, mal auf das ganze Verhältnis Türkei und Irak. Aber insgesamt wird schon gesagt, daß es ökonomische Gründe hat, warum Kurdistan für die Türkei heute so attraktiv ist.

Zur gewerkschaftlichen Entwicklung kann ich nur sagen, daß die Entwicklung weitergeht, die Gewerkschaft Petrol Is, die Ölarbeitergewerkschaft, in diesem Jahr Thesen und Sachen zur Kurdistan-Frage in ihre türkeiweiten Versammlungen einbringen und da auch diskutieren lassen konnte und der Vorsitzende der Petrol Is nach Batman gekommen ist und mit den Arbeitern über ihre nationalen Forderungen und deren Berechtigung diskutiert hat. Gerade die Chemie-Gewerkschaft, also die Petrol Is, hat es geschafft, die Auseinandersetzung in Kurdistan zur landesweiten Diskussion in ihrer Gewerkschaft zu machen. Das ist ein sehr dynamischer Prozeß in den letzten zwei Jahren.

Frage: Die deutsche Regierung hatte unter Genscher noch gegen die türkische Regierung aufgetrumpft und militärische Lieferungen von Zugeständnissen in der sogenannten Menschenrechtsfrage abhängig gemacht. Zwischenzeitlich besuchte Verteidigungsminister Rühe die Türkei, und das Einvernehmen scheint wieder hergestellt. Gibt es eine neue Politik der Bundesregierung, und was sind die Gründe dafür?

Antwort: Es ist offenkundig, daß es eine Kehrtwendung in der deutschen Politik gegeben hat. Die läßt sich nicht nur an dem Waffenstopp festmachen. Schon ein Jahr vor dem Waffenstopp hat die Bundesrepublik ihr Ziehkind Türkei zunehmend kritisiert, indem z.B. Menschenrechtsverletzungen thematisiert wurden, während der Kuwait-Krise die Beziehungen nicht gut waren, Minister Stoltenberg beim Besuch der Eingreiftruppe größten Wert auf den inoffiziellen Charakter des Besuchs gelegt hatte. Das alles hatte meines Erachtens den Hintergrund, daß die BRD die Politik der USA gegenüber der Türkei mißbilligte und sowohl der Türkei als auch den USA zeigen wollte, daß man die Nahost-Politik damals nicht richtig fand.

Özgür Gündem, 4.9.1993, 7.9.1993, 8.9.1993

Ali Sapan in Italien festgenommen

Der ERNK-Europasprecher Ali Sapan wurde am 3.9.1993 in Rom nach einer Pressekonferenz im internationalen Pressezentrum über die Lage der von der ARGK gefangenen Touristen in Kurdistan zusammen mit Kemal Sahin und Ahmed Yakin festgenommen. An dieser Pressekonferenz nahmen über 30 Vertreter von Presse und Rundfunk teil. Bei dieser Pressekonferenz sagte Ali Sapan, daß die Politik weiter auf ihrer seit 70 Jahren andauernden Politik der Massaker beharrt und durch ihre ignorante Haltung eine friedliche Lösung verhindere. Er forderte die europäischen Länder auf, sich von dieser Politik abzukoppeln und im Falle der festgehaltenen Touristen direkte Verhandlungen mit der ERNK aufnehmen.

Laut Nachrichtenagentur ENSA wurde der Haftbefehl mit einem Gerichtsurteil vom 13.4.1993 des Gerichtes Adana (Türkei/Nordkurdistan) begründet. Die Kommission für äußere Angelegenheiten der PDS schlug der Regierung ein Maßnahmenpaket zur friedlichen Lösung der Kurdistanfrage vor. Außerdem fordert die PDS, daß die Repression des türkischen Staates gegenüber dem kurdischen Volk vor europäische und internationale Institutionen gebracht wird. Kemal Sahin und Ahmed Yakin wurden noch am Tag ihrer Festnahme wieder freigelassen.

Am 7.9.1993 wurde Ali Sapan wieder freigelassen. Der Staatsanwalt hatte erklärt, daß er weder einen Haftbefehl gegeben noch eine Einvernahme angeordnet hätte. Der Außenminister kritisierte die Polizei, daß sie ihn von der Festnahme Ali Sapans nicht informiert hätte. Ein Sekretär des Umweltministers erklärte: “Es waren nur noch zwei Schritte zur Freilassung der Touristen, aber sie haben alles vermasselt.” Am 6.9.1993 besuchte eine Parlamentarierdelegation (Eugenio Nelandrio, Giovanni Rossopena, Luciano Pettinari) Ali Sapan im Gefängnis. Der Sprecher für Äußeres der PDS, Pettinari, sagte: “Italien ist die Polizei von Ankara.” Zahlreiche Vereine, Parteien und Institutionen haben gegen Sapans Festnahme protestiert. Walter Paruzni, der Vorsitzende des Golf-Komitees, sagte, “falls Sapan etwas zustößt, ist der Mörder das Justizministerium”.

Zur Freilassung Ali Sapans erklärte das zuständige Gericht in Rom, daß die behaupteten Vorwürfe für die italienische Rechtssprechung unerheblich seien und deshalb die Freilassung veranlaßt wurde.

Ali Sapan erklärte, daß seine Festnahme nichts mit den von den PKK festgenommenen Touristen zu tun habe, sondern von einer Geheimdienstgruppe innerhalb der italienischen Polizei, die enge Beziehungen zum türkischen Geheimdienst hat, veranlaßt wurde. Er bestätigte auch, daß der italienische Justizminister von diesem Vorfall nicht informiert worden war. Weiters sagte er: “Auch meine Freilassung hat mit den Touristen nichts zu tun. Die Sache wurde in Italien zu einem Skandal, es gab breite öffentliche Reaktionen und aufgrund dieser Reaktionen wurde ich freigelassen. Vor dem Gefängnis haben uns Parlamentarier und Minister empfangen. Unsere Beziehungen zu Europa sind besser als je zuvor.”

Quellen: News and Views from (the former) Sovietsky Soyuz, Autoren vermutlich Anarchosyndikalisten (vom 93.05.08)(1); Behind the Strike Wave, Renfrey Clarke (vom 93.06.17) (2); Donbas Miners Point the Way by Mike Davidow, Moscow Correspondent of the People's Weekly World, New York, 18th June, 1993, (3); Labour Information Centre KAS-KOR Monthly Digest No. 2 vom 23 März 1993 (4); Coal Miners Mount Struggles in Ukraine and Russia, by Renfrey Clarke (vom 93.07.06) (5); KAS-KOR Digest Vol. 3 No. 6 June 1993 (6)

Informationen über die soziale Lage in Rußland und der Ukraine

Ökonomie, Löhne und Lebensstandard

Russische Föderation. Im Februar 1993 lag die Inflationsrate bei 29% im Monat. Die Durchschnittslöhne fielen im Jänner 1993 um 381 Rubel auf 15.690, im Vergleich zu 16.071 Rubel im Dezember. Die Minimallöhne und Stipendien für StudentInnen lagen bei 2.250 Rubel. (1 US-$ = 740 Rubel, Anfang April 1993) Laut einer Studie des Ökonomieministeriums lebt ein Drittel der Bevölkerung Rußlands unter dem offiziell festgesetzten Existenzminimum. Während die Preise im letzten Jahr um das 26fache stiegen, wurde die durchschnittliche Lohnrate nur um das 13,5fache angehoben. (1)

Die Konsumentenpreise haben sich seit Jeltsins Präsidentschaft um 1500% erhöht. Die Kriminalitätsrate stieg um 28%, die Todesrate übersteigt die Geburten, der Neubau von Wohnungen ist auf dem Stand von 1956. (3)

Ukraine. Die Hyperinflation hat die Mindesteinkommen so weit reduziert, daß sie nur mehr 10% des Lebensminimums abdecken. Im Jahr 1992 stiegen die Konsumentenpreise um mehr als 2000%, die Erzeugung von notwendigen Konsumgütern fiel um 10,9%, die von Lebensmitteln um 14,9%. Das Bruttonationalprodukt fiel um 10% während des ersten Quartals 1993 im Vergleich mit 1992. (2) Ein Kilo Wurst kostet ein Monatseinkommen. (3) Die ukrainischen Politiker sind unter dem Druck des IWF, 'Austerity'-Politik zu betreiben und die Privatisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Aber mit der ökonomischen und politischen Krise in Rußland vor Augen sind die meisten Ukrainer in höheren Positionen zu Recht skeptisch über Jeltsins Weg der 'Schock-Therapie' (2)

Die Situation ist in allen ehemaligen Sowjetrepubliken ähnlich. Die Produktion in Litauen nahm um 52% (verglichen mit 1992) ab, in Estland um 42% und in Lettland um 43%. In der ganzen Union der Unabhängigen Staaten beträgt die Industrieproduktion 25% der Produktion der UdSSR von 1980, die landwirtschaftliche Produktion 18% von 1974, Kapitalbildung die Hälfte und Transport 36% des Standes von 1972, während der Außenhandel auf die Hälfte des Standes von 1977 gesunken ist. Die Konsumation von Fleisch, Milch, Butter, Eiern und Zucker in den ländlichen Gegenden Rußlands, Belorußlands und Moldaviens ist heute unter dem Stand der 60er Jahre und in den zentralasiatischen Republiken am Stand von 1952-53. Die Ukraine, einst als eine besser versorgte Gegend betrachtet, gleicht sich ziemlich schnell an.(3)

Arbeitslosigkeit

Im vergangenen Jänner stieg die Arbeitslosigkeit in Rußland weiter, aber langsamer als vorausgesagt. Am ersten Februar überschritt die Zahl der Menschen, die ihren Job verloren hatten, auf Arbeitssuche oder am Arbeitsamt registriert waren, auf über eine Million (1,028.808). Nur 628.000 von ihnen haben offiziell den Status "arbeitslos". Abgesehen von den offiziell registrierten Arbeitslosen sind mehr als zwei Millionen RussInnen teilweise arbeitslos. Rußlands "offizielle" Arbeitslose, weniger als ein Prozent der Arbeitskräfte, sind nur ein Bruchteil derer, die chronisch ohne Arbeit sind. Ausgehungert an Krediten und Rohmaterialien werden die Fabriken normalerweise eher für einige Wochen pro Monat stillgelegt, als daß Massenentlassungen durchgeführt werden. In etwa 5% der Arbeitskräfte sind teilzeitbeschäftigt. Diese Zahl wird stark steigen, wenn die neue Gesetzgebung eingeführt ist, die zuläßt, daß Verlustunternehmen für bankrott erklärt werden. Laut inoffiziellen Zahlen liegt die Arbeitslosigkeit schon bei 7 bis 8 Millionen Menschen. (1)

Frauen

Wie kürzlich vom Arbeitsminister Gennady Melikyan vorgestellt wurde, ist die "Lösung" der russischen Regierung für die Arbeitslosigkeit eine aus dem Westen vertraute Linie - "Frauen: zurück an den Herd!" Mehr als 70% der Arbeitslosen Rußlands sind Frauen. Auf einer Pressekonferenz am 10. Februar sagte Melikyan, er sehe keine Notwendigkeit für spezielle Programme, um den Frauen zu helfen wieder zu den Arbeitsprozeß zurückzukehren. Einige weitere Zitate des Ministers: "Wieso sollten wir versuchen für die Frauen Jobs zu finden, wenn Männer arbeitslos sind und Arbeitslosenunterstützung beziehen?" "Lassen wir die Männer arbeiten und die Frauen sollen auf ihre Häuser und Kinder aufpassen." "Ich will nicht die Gefühle der Frauen verletzen, aber ich bin wirklich nicht der Meinung, daß Frauen arbeiten sollten, während Männer nichts tun." "Rußland ist das einzige Land mit so vielen arbeitenden Frauen." Ironischerweise ist Melikyan weit davon entfernt, der skrupelloseste Minister der russischen Regierung in der Frage von Lohn und Arbeit zu sein. Auf der Pressekonferenz hat er des öfteren der Politik des Kabinetts widersprochen, indem er argumentierte, daß, wenn größere soziale Unruhen vermieden werden sollen, es den privatisierten Betrieben drei bis fünf Jahre lang verboten werden sollte, ihre Arbeitskräfte zu reduzieren. "Wir müssen an unserem Reformprogramm Korrekturen anbringen, auch wenn das bedeutet, die Reformen zu verzögern." (1)

Noch vor einigen Jahren machten die Frauen 51% des russischen Arbeitskräftepotentials aus. Aber die Regierung kürzt. Der Drang der Regierung, die Frauen wieder in die Haushalte und Kinderstuben zu bringen, wurde in einigen Entwürfen für ein neues Familiengesetz deutlich, die vom Obersten Sowjet debattiert werden. Der erste Entwurf hätte das Recht der Frauen auf Abtreibung potentiell aufgehoben und verboten, daß Frauen mit Kindern unter 14 Jahren mehr als 35 Stunden pro Woche arbeiten. Nach Protesten von Frauen- und Menschenrechtsgruppen wurden die umstrittensten Bestimmungen fallen gelassen. Der gegenwärtige Entwurf enthebt den Staat der Verpflichtung, die Tagesversorgung von Kindern arbeitender Frauen sicherzustellen. Als "Kompensation" werden Frauen mit drei oder mehr Kindern Unterstützungen gewährt, damit sie zu Hause zu bleiben und für sie sorgen. Die Bemühungen der Regierung, die Arbeitslosigkeit auf Kosten der Frauen zu senken, wird grausame Konsequenzen für die betroffenen Frauen und ihre Familien haben. Eine Familie mit einem Lohn zu erhalten war in der alten Sowjetunion schon schwer genug; jetzt ist es praktisch unmöglich. (1)

Flüchtlinge

Laut dem Federal Migration Service lag die Zahl der Flüchtlinge, die in Rußland eine Unterkunft suchten, bei 391.484. Das Innenministerium setzte sie bei 315.054 an. Die Flüchtlinge sind hauptsächlich in Südrußland, am nördlichen Kaukasus, der Orenburg-Region (Ural) und in Moskau konzentriert. Moskau ist traditionell eines der Zentren für Flüchtlinge. 5.000 Menschen sind dort offiziell registriert, weitere 3.000 sind in der Region Moskau registriert. Vor kurzem stoppten die Moskauer Behörden die Registrierung von Neuankömmlingen. Unter den Flüchtlingen, die in Rußland Unterkunft suchen, sind 50.000 TürkInnen, 48.000 ArmenierInnen und 5.000 Azeris. Mittlerweile sind die Mehrheit der Flüchtlinge RussInnen (1988-89 waren es ein Drittel, jetzt ca. 80%). Nachdem die Beihilfen der Regierung für Flüchtlinge einigermaßen hoch sind, ist es ziemlich üblich, daß die lokalen Behörden die Zahlen der Flüchtlinge in ihrer Region überhöht angeben. Das Problem wird noch durch die Militärtruppen, die jetzt aus den früheren Sowjetrepubliken nach Rußland zurückkommen, verschärft. Flüchtlinge sind ein allgemeines Ziel nationalistischer Propaganda und sie sind in allen Regionen mit dem Haß der Eingesessenen konfrontiert. Das Flüchtlingsproblem wird als eine der Hauptursachen für ein mögliches Ausbrechen von Bürger-

krieg in Rußland betrachtet (wie jetzt im Kaukasus, in Mittelasien und in Moldawien). (1)

Laut UNO-Flüchtlingskommission leben jetzt 18.000 Flüchtlinge (hauptsächlich aus dem Irak, Somalia, Afghanistan, Äthiopien, Angola und Zaire) in Moskau. Das sind Menschen, die versuchen, über Rußland in westeuropäische Länder zu gelangen und von den Grenzbehörden aufgehalten wurden. Keinen juristischen Status zu haben bedeutet, daß die Flüchtlinge auf den Bahnhöfen und Flughäfen bleiben müssen, um Unterstützung für ihr Überleben oder medizinische Hilfe zu erhalten. Die UNO startete ein Programm, die Flüchtlinge in Lagern in der Nähe von Moskau anzusiedeln. Es wird behauptet, daß die lokalen Behörden in der Region Moskau diese Programme behindern - nachdem sie Geld von der humanitären Organisation bekommen haben. Das Federal Migration Service Rußlands hinderte die Flüchtlinge mit Polizeigewalt daran, die Wohnungen zu betreten. Schließlich wurden die Flüchtlinge doch in die Wohnungen gelassen. Das Problem bleibt aber ungelöst, weil die Behörden jetzt ihre Entfernung fordern. (1)

Militär

Laut einem Bericht des Innenministers (der nur in Militärkreisen veröffentlicht wurde) stieg 1992 die Zahl der Fälle, in denen sich Soldaten selbst verletzten, um dem Militärdienst zu entkommen, im Vergleich zu 1991 auf das Doppelte an. 59 Personen wurden im Zuge von gewaltsamen Konflikten zwischen Soldaten getötet. Die Erwartungen für die Zahl der Einberufungen im Frühling sind sehr gering - der Minister sagte, daß nur 19-20% des Bedarfs an jungen Leuten gedeckt werden würde. Ab dem Frühjahr 1993 können Menschen, die ihre Strafe in Besserungsanstalten absitzen, für die russische Armee rekrutiert werden. Während der Sowjet- und der Peristroika-Periode wurden Menschen, die zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, aus der Armee herausgehalten. Wegen des totalen Kollaps im Einberufungssystem der Armee entschied sich der Verteidigungsminister dazu, diesen verzweifelten Schritt zu machen. Die russischen Medien berichteten auch, daß versuchsweise spezielle Fraueneinheiten geformt würden. Das Militär berichtet über eine Menge Frauen, die zur Armee wollen. Unter ihnen sind viele mit höherer Bildung, besonders Lehrerinnen, die wahrscheinlich genug von den Problemen der staatlich finanzierten Teile der Ökonomie haben. Vom gesetzlich garantierten Sold bekommen Soldaten, die ihren Grunddienst (serve on contract) ableisten, nur 6.000 Rubel pro Monat von 11.250, Soldaten, die länger als die vorgeschriebenen zwei Jahre bei der Armee sind, nur 1.500 von 5.625 Rubel pro Monat. (1)

Strafgefangene

Am 6. April berichtete der Innenminister, daß 533.000 Menschen Strafen in den Gefängnissen, in Arbeitslagern und anderen Besserungsanstalten absitzen. Darunter sind 17.500 Frauen und 17.700 Jugendliche unter 18 Jahren. 61.000 werden als "besonders gefährliche" Kriminelle eingestuft. 500 Menschen warten auf den Vollzug der Todesstrafe. 88 Menschen, die aus Besserungsanstalten geflohen sind, werden gesucht. Die Tendenz bei den Ausbrüchen ist steigend, besonders Fälle, wo Gruppen von Gefangenen flüchten (1992 waren das 70% der Fälle). Es werden oft Waffen eingesetzt und Wärter als Geiseln genommen. Ständig tauchen Berichte über Gefängnisaufstände in den Medien auf. Die Aufständischen fordern Verbesserungen der Gefängnisbedingungen. Obwohl jetzt offiziell der gesamte Geldbetrag, der von Menschen in Arbeitslagern verdient wurde, auch an sie ausgezahlt wird, sind sie von der Arbeitslosigkeit schwer getroffen. 1992 lehnten es 500 Industrieunternehmen ab, den Gefangenen Arbeit zu geben, was für 100.000 Menschen bedeutet, daß sie arbeitslos sind. (1)

Arbeitskämpfe

Die folgenden Berichte über Arbeitskämpfe stammen aus (4)

Rußland

Gesamtrussischer Streik der Bergarbeiter

Am 1. Februar sandte die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter (NPG) ein Telegram an Präsident Jeltsin, in dem das Stadium der Bereitschaft zum Streik der Bergarbeiter im Kuzbas und Vorkuta erklärt wurde. Das Telegramm enthielt die folgenden Forderungen, an die Russische Regierung und die zentralen Verwalter der Kohleindustrie gerichtet: an den Finanzminister der Russichen Förderation, Subventionen an die Kohle-Unternehmen zu zahlen und die Löhne, die den Bergarbeitern zustehen, auszuzahlen. Die Bergarbeiter waren zornig über das Versagen der Regierung bei der Lösung der durch die Umstrukturierung der Kohle-Industrie anfallenden Probleme, über das Fehlen von staatlichen Programmen für die Umstrukturierung und Umorientierung von unprofitablen Minen und das Fehlen von Garantien für die Arbeitsplatzsicherung der Bergarbeiter.

Am 4. Februar wurde ein erweitertes Treffen des Rates der Arbeiterkommitees aus Kuzbas in Kemerovo abgehalten. Die Bergarbeiter betonten, daß die Stimmung in der Region explosiv sei, weil die Einkommen im Jänner auf dem selben Stand wie im 4. Quartal von1992 blieben, während sich die Preise um 70 bis 80% erhöht hatten. Durch das Fehlen einer Indexanpassung sank der Lebensstandard der Bergarbeiter und ihrer Familien dramatisch. Die Situation der Kohle-Unternehmen wurde noch dadurch verschärft, daß die Kunden ihre Kohlelieferungen nicht bezahlten. Die Bergarbeiter sind auch mit dem Programm zur Privatisierung der Kohleindustrie unzufrieden. Ihrer Ansicht nach sollte die Privatisierung erst durchgeführt werden, wenn ein Programm für die Umschulung von Arbeitern aus unprofitablen Minen in Kraft ist. Am 23. Februar wurden auf einem Treffen des Rates der Vertreter der NPG von Kuzbas die Ergebnisse der Abstimmung über die Forderungen der NPG's und über einen möglichen Streik bekanntgegeben. Von den Leuten, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten 18.856 (89,9%) für einen Streik, 2081 (10,1%) waren dagegen. Nachdem die Behörden keine Antwort auf die Forderungen gaben und die Probleme der Kohleindustrie ignorierten, wurde der Streikbeginn für 1. März festgelegt. Es wurde beschlossen, daß unter Rücksichtnahme auf die Notwendigkeit, daß die Kohleindustrie und die Kuzbas-Unternehmen ihre Produktivität aufrechterhalten müssen, zunächst nur den Abtransport der Kohle einzustellen. Wenn die Forderungen der Bergarbeiter jedoch nicht innerhalb von 10 Tagen erfüllt würden, dann würde der Streik ausgedehnt werden. Am 1. März begann der Streik.

Vorkuta besetzt Vorkuta

Am 1. Feburar wurde ein Streik in der Vorgashorskaya-Mine beendet. Der Streik - wegen der verspäteten Auszahlung der Löhne - begann im Dezember. Die Forderungen der Streikenden beinhaltete auch die Wählbarkeit des Bergwerksmanagers durch die Arbeiter. Ivan Guridov, der Vorsitzende der NPG-Zelle der Minenarbeiter, wurde für das Büro nominiert. Die Ruhepause nach dem Streik dauerte nicht lange. Am 12. Februar wurde die Arbeit erneut eingestellt, weil Guridov von Spezialeinheiten der Polizei verhaftet wurde, als er auf dem Weg zu einer Sitzung des Arbeitsplatzkollektivs war, wo er zum 'Volksmanager' gewählt werden sollte. Er wurde an einer Bushaltestelle festgenommen und der Verleumdung an dem Bergwerksmanager Yermakov aufgrund einer Anzeige von 1991 angeklagt. Diese Anzeige beruhte auf einer angeblichen Aussage von Guridov, daß die Bergwerksverwaltung in einen tätlichen Angriff gegen einen Gewerkschaftsfunktionär verwickelt war. Die Arbeiter betrachten die Verhaftung Guridovs als einen Angriff gegen die Gewerkschaft. Am Abend stellten 350 der 1900 Bergarbeiter dem Bergwerk ein Ultimatum: sie würden solange in den Schächten unter der Erde bleiben, bis Guridov freigelassen werde. Der Streik und die Besetzung begannen am 15. Februar. Einige Bergarbeiter begannen einen Hungerstreik. Die Streikenden waren mit schweren Problemen in der Lebensmittelversorgung konfrontiert. Die Bergwerksverwaltung verweigerte ihre Forderung nach Zuweisung von Transportmitteln mit der Begründung, es wäre kein Treibstoff in der Mine vorhanden.

Am 15. Februar blieb die Stimmung in der Mine gespannt. Die Luftzufuhr fiel für über 13 Stunden aus, und die untersten Minenschächte begannen sich mit Wasser

zu füllen, aber die Bergarbeiter bekräftigten ihre Bereitschaft den Streik solange weiterzuführen, bis Guridov zu ihnen herunter kommt. Am 17. Februar wurde Guridov gegen eine Kaution von 1 Million Rubel auf freiem Fuß gesetzt, die von der NPG von Vorkuta gestellt wurde. Die Entscheidung des Gerichts erfolgte nach Protesten von Organisationen in der Stadt, den Gewerkschaften und dem Streikkomitee. Guridov ging sofort zu den Streikenden und gemeinsam kamen sie aus den Bergwerksschächten heraus. Die Bergarbeiter erklärten die beiden nächsten Tage zu arbeitsfreien Tagen, da sie 4 Tage unter Tag verbracht hatten.

Am 19. Februar wurde eine Konferenz zur Wahl des Bergwerksmanagers einberufen. Dabei wurde aufgedeckt, daß der Chefingenieur der Mine angeordnet hatte, die Luftversorgung für 22 Stunden abzuschalten. Trotz des Widerstandes der Bergwerksverwaltung wurde Guridov zum Bergwerksmanager gewählt. In der Erklärung der NPG heißt es: 'Der Kampf zwischen der Verwaltung und der Mehrheit der Bergarbeiter dreht sich um die Frage, wie das Eigentum des Staates verteilt wird, wie das Bergwerk privatisiert wird und ob wir, die Arbeiter, die Möglichkeit haben, uns am Markt zu behaupten oder ob wir mit den Essensresten des Eigentümers zufrieden sein sollen. Unser Ziel ist die Privatisierung zum Wohle des Arbeitskollektivs und zum Wohle Rußlands'.

Die Heftigkeit des Kampfes erklärt sich aus der Tatsache, daß das Vorgashorskaya-Bergwerk eines der profitträchtigsten in Rußland ist. Während die Bergarbeiter anderer Kohleunternehmen um Garantien für die Zeit nach der Schließung des Bergwerks kämpfen, kämpfen die Bergarbeiter von Vorgashorskaya um das Recht der Mitbestimmung und Kontrolle am Unternehmen und um ihren Anteil am Profit durch den Verkauf der Kohle.

Die Gewerkschaft übernimmt die Macht

Am 4. Februar wurde eine Konferenz des Arbeitskollektivs der Khromatograf-Fabrik in Moskau abgehalten, auf der das fehlende Vertrauen in den Fabriksmanager Khoklov ausgedrückt wurde. Das Kollektiv machte den Manager für Massenplünderungen in der Fabrik verantwortlich. Eine neue, unabhängige Gewerkschaft wurde auf der Konferenz gegründet, der beinahe das ganze Arbeiterkollektiv, ca. 360 Leute, beitrat. Die Gewerkschaft wurde Mitglied der Zashchita(Verteidigungs)-Vereinigung von Gewerkschaften. Die Konferenz nominierte außerdem einen Arbeiterrat, der vom Fabriksmanager verlangte, alle Unterlagen, aus denen die wirtschaftliche Lage der Fabrik hervorgeht, zur Überprüfung zu übergeben. Der Rat verlangte außerdem die Unterzeichnung einer Verordnung, der die Chefs der Fabrik verpflichtet, Anordnungen des Arbeiterrates auszuführen.

Die Reaktion auf die Forderungen waren allerdings das genaue Gegenteil. Der Manager verfügte die Entlassung aller Gewerkschaftsaktivisten. Am 9. Februar begann das Fabrikskollektiv einen Streik. Der Manager stellte Wächter - auf Fabrikskosten - ein, die die Aktivisten am betreten des Fabriksgeländes hindern sollten. Aber ein älterer Polizeioffizier war einmal in der Fabrik beschäftigt, und die Polizei machte den Weg für die Arbeiter frei. Am 16. Februar wurde eine weitere Konferenz in der Fabrik abgehalten. Die Konferenz änderte die Betriebsverfassung dahingehend, daß 3/4 der Stimmen im Vorstand dem Arbeiterrat gehören.

Stimme der Arbeiter von Komsomolsk-on-Amur

Das regionale SOTSPROF-Komitee führte eine Umfrage unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern einer Transportmittelfabrik durch. Die Arbeiter wurden befragt, ob sie mit dem Lohn-Preis-Verhältnis zufrieden sind. 100% der Befragten antworteten mit 'Nein', und ihre Unzufriedenheit war nicht passiv. Laut Umfrage sind 50% der Arbeiter bereit zu kämpfen, um ihre Lage zu verbessern. Wir führen weiters einige andere Ergebnisse der Umfrage an. Sie erlauben einen Einblick in das Bewußtsein und die Zukunftsperspektiven. 'Bevorzugen Sie a) friedliche Methoden des Kampfes (Demonstrationen, Streiks) - 72% b) Terror, bewaffneten Aufstand - 22%. (6% beantworteten die Frage gar nicht) 'Vertritt die Gewerkschaft Ihre Interessen? ja - 4%, nein - 88%, Enthaltungen 8% 'Ist Ihnen die Idee von Sozialpartnerschaft vertraut (familiar)' ja - 11%, nein - 89%

Wer wird Eigentümer?

Chelyabinsk. Konflikte zwischen Management und Arbeitern über den Kurs der Privatisierung sind mittlerweile in unserem Land an der Tagesordnung. Aber der Konflikt in einem der größten metalverarbeitenden Kombinat, das 70% des Bedarfs an Spezialstahl des Landes erzeugt, zeigt, wie die Privatisierung der Nomenklatura die Chance eröffnet, sich in Kapitalisten zu verwandeln. Der Skandal entwickelte sich aus der Tatsache, daß 86 Manager des



Unternehmens hinter dem Rücken der Arbeiter eine Aktiengesellschaft organisierten. Diese Manager wurden die Besitzer des Industriegiganten. Sie erhielten einen zinsenlosen Kredit in der Höhe von 1,8 Milliarden Rubel, der mit Stahllieferungen zurückzuzahlen ist. Die 86 'Geschäftsleute' erhielten Aktien im Wert von 15 Millionen Rubel, während die einfachen Angestellten nur das Recht erhielten, Aktien im Wert von 500.000 Rubel zu zeichnen. Diese Machenschaften wurden durch reinen Zufall aufgedeckt. Die Situation wurde dadurch verkompliziert, daß Gewerkschaftsfunktionäre in die Sache verwickelt waren. Kein einziges Machtorgan der Provinz Chelyabinsk getraute sich, das Management des Unternehmens offen zu unterstützen. Sogar der Generalstaatsanwalt der Metallregion Chelyabinsk, der nicht gerade ein systematischer Verteidiger der Rechte der einfachen Arbeiter ist, bestätigte, daß es einige schwerwiegende Ungereimtheiten bei der Gründung der Aktiengesellschaft gegeben habe. Am 12. Februar gab es ein Treffen von über 600 Arbeitern und Ingenieuren des Unternehmens, wo über die Frage, inwieweit sie dem Managment des Kombinats trauen könnten, beraten wurde. Es wurde ein Aufruf zur Gründung eines Streikkomitees verabschiedet. Der Aufruf stellte fest: 'Diese Affäre enthüllt die gefährliche Habgier der Gewerkschaft und der ökonomischen Nomenklatura und ihre krankhafte Mißachtung der Interessen der Arbeiter und Ingenieure. Das Management und die Gewerkschaftsbosse halten die Arbeiter unter ständigem Druck und zeigen ihre Mißachtung für die Ehrlichkeit und Würde der Arbeiter und Ingenieure. Sie demonstrieren damit ihre Kontinuität mit den Methoden der stalinistisch-breschnejwistischen KPdSU und ihren Willen, alle illegalen Mittel auszuschöpfen, um die Privatisierung zu ihrem eigenen Vorteil voranzutreiben. Die Gewerkschaft und die Wirtschaftsmafia des Kombinats sind zu allem bereit, um ihre Pfründe zu sichern. Um den organisierten Widerstand der arbeitenden Menschen des Kombinats gegen die Gewerkschaft und die Wirtschaftsmafia voranzutreiben, müssen wir Streikkomitees auf der Ebene des Kombinats und in allen Geschäften gründen. Wir fordern, daß die Regierung eine vertrauenswürdige Person, einen erfahrenen Metallingenieur, für den Posten des Generalmanagers benennt. Wenn das Managment und seine Unterstützer gegen die Interessen der arbeitenden Menschen agiert, und wenn die Nomenklatura weitere Versuche von Privatisierungen zu ihren Gunsten unternimmt, wird das Streikkomitee den Streik als letztes Mittel zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter ausrufen. Das Streikkomitee ruft zur Gründung von unabhängigen Gewerkschaften auf, um den tyrannischen Aktionen der Verwaltung ein Ende zu setzen.' Dies ist die wichtigste Zeit für das Kombinat in den letzten 50 Jahren. Die Entscheidung geht darum, wer die Eigentümer des Kombinats sein werden, entweder das Arbeitskollektiv oder eine Gruppe aus der mafiösen Nomenklatura.

Vorhersehbare Unfälle?

Moskau. Einige Aktivisten von SOTSPROF, einer der einflußreichsten neuen Gewerkschaften in Rußland, wurden neulich auf der Straße angegriffen. Am 17. Jänner wurde I. Marsakova, Vorsitzender der SOTSPROF-Zelle im Mir-Kino angegriffen und schwer verletzt. Vorangegangen war der Befehl des Moskauer Majors Yuri Luzhkov, das Kino einer französischen Firma zu übergeben. Diese Entscheidung führte zu Protesten der Angestellten des Kinos. Ein Gericht entschied zwar, daß diese Entscheidung illegal sei, es laufen aber noch Prozesse. Marsakova wurde am Tag vor einem Hearing niedergeschlagen. Am 5. Februar wurde auf G. Smirnov, einem Aktivisten der Gewerkschaft der Ducat-Tabakfabrik ein Mordanschlag versucht. Smirnov verteidigte seine Arbeitsgenossen in einem schweren Konflikt zwischen dem Arbeitsplatzkollektiv der Fabrik und der amerikanischen Firma Brook Mill Ltd., an die die Moskauer Stadtregierung den Grund verkaufte, auf dem sich die Fabrik befindet.

Ukraine

Ein weiterer Schlag der ukrainischen Regierung

Kiew. Ende 1992 und Anfang 1993 erhöhte die Ukrainische Regierung einige Male die Preise. Viele politische Organisationen und Gewerkschaften faßten das als weiteren Schlag gegen den Lebensstandard der arbeitenden Menschen auf, weil die Einkommen, Pensionen und Beihilfen nicht in dem selben Masse erhöht wurden. Die Gewerkschaft der Arbeiter der Ukraine hat jetzt Forderungen vorgelegt, darunter folgende: Stop der Privatisierung von Staatsunternehmen; Errichtung eines Staatsmonopols auf den Handel mit Rohstoffen, Erdöl und Lebensmittel; Wiederherstellung der ökomischen und politischen Verbindungen und den Informationsfluß mit allen ehemaligen Sowjet-Republiken; sofortige Einleitung von Maßnahmen, die die Aussaat und die Ernte sicherstellen; Preisstopp bei Lebensmittel und einigen anderen Waren. Die Gewerkschaft verlangt außerdem die Wiederherstellung des Rechts der arbeitenden Menschen auf freie Bildung, Krankenversorgung und die staatliche Versorgung mit Wohnungen. Eine weitere Forderung war die Einstellung der nationalistischen Propaganda.

Donbass-Bergarbeiter im Streik

Feburar 1993

Am 2. Februar gingen die Arbeiter des Stakhanov-Bergwerks in der Stadt Krasnoarmeisk nicht zur Arbeit. Sie protestierten gegen die Senkung ihrer Löhne auf das Niveau von letztem November, die durch ein Dekret der Minister der Ukraine auf nahezu die Hälfte gesenkt wurden. Nach einer Reihe von Gesprächen beruhigte sich der Konflikt, aber am 9. Februar brach er erneut aus. Diesmal initiierten die Arbeiter des Tsentralnaya-Bergwerks den Streik, der dann durch die anderen Bergarbeiter unterstützt wurde. Der Grund war derselbe: der harte Fall des Realeinkommens. Neben den Löhnen sind die Bergarbeiter von der mangelnden Sicherheit in den Bergwerken betroffen. 1992 starben insgesamt 456 Menschen in ukrainischen Bergwerken. Das ist die höchste Todesrate auf der Welt, doppelt so hoch wie in Rußland. Am 12. Februar wurde in fünf Bergwerken Krasnoarmeisk und Dimitrov gestreikt. Das Durchschnittseinkommen der Bergarbeiter beträgt ca. 100.000 Karbovantsy im Monat, das Durchschnittseinkommen in der Region beträgt 16.000 Karbovantsy. Die Bergarbeiter betrachten ihr sogar relativ hohes Einkommen als ungenügenden Ersatz für die Arbeit unter furchtbaren, lebensgefährlichen Bedingungen. Am 10. Februar wurde ein Treffen der regionalen Vereinigung der Streikkomitees des Donbass in Kuznetsk abgehalten. Es wurde der Streik im Krasnoarmeiskugol-Kombinat und die Situation der Kohle-Unternehmen der Region diskutiert. Bergarbeiter beschrieben die Stimmung als explosiv. Die regionale Gewerkschaft erklärte die Bereitschaft zum Streik in allen Minen des Donbass. Am 26. Februar wurde ein Warnstreik in den Donbass-Minen durchgeführt. Nach Angaben der Gerwerkschaften beteiligten sich 32 Bergwerke an dem Streik, während 119 Bergwerke die Auslieferung der Kohle an die Kunden stoppten.

Juni 1993 (6)

Ukraine. Im Juni 1993 führten die Bergarbeiter in der Ukraine einen ungewöhlich langen und ausgedehnten Streik durch. Arbeiter vieler anderer Industriesektoren bekundeten ihre Sympathie. Der Streik begann spontan als Reaktion auf einen hohen Preisanstieg, und während des Streiks diskutierten die Arbeiterorganisationen ihre politischen und ökonomischen Forderungen und entwickelten sie weiter.

Vor dem Sturm

Novogorodovka. Am 28. Mai wurde auf einer Konferenz der Vertreter der Donetesk-Bergwerke die sozio-ökonomische und politische Situation in der Ukraine diskutiert und in einer Resolution festgestellt, daß die Geduld der Arbeiter am Ende sei. Weiters wird ausgeführt, daß die Krise der Republik ihre Ursache in der Steuer-, Bank- und Zollpolitik, die Präsident Leonid Kravchuk und die Regierung verfolgen, habe. Das Steuersystem kurble die Entwicklung und Erneuerung der Produktion nicht an. Wie in Sowjet-Zeiten würden die letzten Tropfen aus dem Donbass herausgequetscht. Die Regierung eignet sich 90% des gesamten Industrieproduktes der Region an, während einige Provinzen der Ukraine kein Geld ins Staatsbudget einzahlen.

Dadurch, daß die Banken sehr knapp an flüssigem Geld sind und die Unternehmen ihre vertraglich vereinbarten Zahlungen an andere nicht einhalten können, ist die Industrie in einer Dauerkrise. Der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Verbindungen mit den anderen GUS-Republiken wird noch durch die neuen Zollbarrieren verschärft. Diese Barrieren behindern nicht nur den Export aus der Ukraine, sondern auch den Import aus den Ländern der GUS. Das hat zu unakzeptablen Arbeitsbedingungen in den Bergwerken und den anderen Unternehmen der Kohleindustrie geführt. Die Anhebung der Löhne der Arbeiter hinkt übelst hinter den permanent steigenden Lebenskosten hinterher. Die Bergarbeiter bezeichnen die Politik der Regierung Fokin und Kuchma als anti-populär und nur darauf ausgerichtet, einen kleinen Kreis der alten und neuen Nomenklatura zu unterstützen. Sie sehen die Aktionen des Obersten Sovjet als unzufriedenstellend an und bezeichen sie als 'Mischung aus kommunistischem Populismus und totalitärem Nationalismus'.

Die Bergarbeiter fordern:

- die Abhaltung eines Referendums in der gesamten Ukraine am 1. September 1991, daß die Vertrauensfrage über Präsident Leonid Kravchuk und die Mitglieder des gegenwärtigen Obersten Sowjet der Ukraine stellen soll
- die Durchführung eines Strafsystems für alle Banken, die nicht rechtzeitig auszahlen, ab 15. Juni 1993
- die Index-Anpassung der Löhne und Kohle-Preise.

Der Streik, Tag für Tag

7. Juni Donetsk. Der Tropfen, der das Faß der Geduld der Bergarbeiter zum Überlaufen brachte, war die Zumutung, daß die Preise in der Ukraine im Juni zwischen 300 und 500% angestiegen sind.

Während der zweiten Preisanhebung am 7. Juni begannen die Abakumov und die Zasyadko-Bergarbeiter spontan zu streiken. Wie 1989 versammelten sich die Bergarbeiter am Oktyabrskaya-Platz. Früher befand sich hier das Gebäude des Provinzkomitees der Kommunistischen Partei, und heute befindet sich das Verwaltungsgebäude der Vertretung des Präsidenten der Ukraine in Donetsk am Platz. Die Transportarbeiter von Donetsk solidarisierten sich mit den Forderungen der Streikenden.

8. Juni Donetsk. Über 50 Bergwerke des Donetsker Kohlebeckens stellen ihre Arbeit ein. Aus Mariupol kommen Vertreter der Arbeiter der metallurgischen Kombinate Azovstal und Ilyich, um über ihre Teilnahme an den Protestaktionen zu beraten. Straßenarbeiter und die Arbeiter vom Donetsker Flughafen erklären ihre Solidarität. Die ersten Meldungen treffen ein, daß die Kohleunternehmen der Provinz Lugansk und des Pavlogradugol-Kombinats ebenfalls ihre Produktion eingestellt haben.

Das regionale Streikkomitee, in dem 2 Vertreter jedes streikenden Betriebes entsandt wurden, verlangt vom Parlament die Durchführung eines Referendums über die Vertrauensfrage in alle Teile der Zentralregierung. Das erste Mal seit 1989 stellen die Bergarbeiter politische Forderungen. Ihrer Ansicht nach ist eine wirtschaftliche Stabilisierung ohne politische Reformen unmöglich.

Kiev. Das Büro des Staatsanwalts der Rebublik fordert eine Untersuchung über

die Rechtmäßigkeit der Streiks im Donbass.

9. Juni, Donetsk. Nicht nur die Kohleunternehmen, sondern auch die metallverarbeitenden und Maschinenunternehmen, die Buran-Werke, eine Konstruktionsfirma, und die größte Zahnklinik haben die Arbeit niedergelegt.

Die Versammlung am Oktyabrskaya-Platz verabschiedet einen Appell an die Bevölkerung der Ukraine, in dem festgestellt wird, daß die Politk und die Aktionen aller Zweige der Regierung, speziell die ökonomischen und die die Produktion betreffenden, und im besonderen die die Schwerindustrie betreffenden, dazu geführt haben, daß die Bevölkerung der Ukraine verarmt ist. Der Appell enthält auch einen Aufruf an die Bevölkerung, die Forderungen der Streikenden zu unterstützen. 'Die erpresserische Politik der Zentralregierung gegenüber dem Donbass hat die Region an den Rand des spontanen Aufstands gebracht und wird die gesamte Ukraine soweit bringen, daß das Land so arm ist, daß ein Überleben unmöglich wird'.

Der regionale Sowjet der Volksdeputierten verabschiedete eine Erklärung zum Streik an Präsident Kravchuk. Die Deputierten erklären sich mit den Streikenden solidarisch

Kiev. Ein Treffen der Vertreter der freien Gewerkschaften (das sind die, die nicht zur Förderation der unabhängigen Gewerkschaften der Ukraine gehören) fordern von der Regierung unter anderem:

die Beeendigung der unmoralischen, anti-sozialen Lohnpolitik, die zu einem unbegründeten und unakzeptablen Mißverhältnis zwischen dem Einkommen der Staatsfunktionäre und der Menschen, die den Reichtum des Landes schaffen, geführt hat. Das Staatsbudget für die Machtorgane und die Verwaltung des Staates muß um mindestens die Hälfte reduziert und die so eingesparten Gelder für die Unterstüzung der unterprivilegierten Schichten der Bevölkerung verwendet werden.

10. Juni In den Provinzen Donetsk, Lugansk und Dnepropetrovsk sind mehr als 200 Bergwerke im Streik. Außerdem haben Arbeiterkollektive von Metall-, Chemie- und Konstruktionsunternehmen ihre Unterstützung des Streiks erklärt. 28 Industrieunternehmen allein in Donetsk beteiligen sich am Streik. In der Stadt Gorlovka, Donetks-Provinz, haben alle Fabriken ihre Produktion eingestellt. 4 Arbeiter des Gagarin-Bergwerks sind im Hungerstreik, mit folgenden Forderungen: - die Preiserhöhungen müssen zurückgenommen und die Preise der staatlichen Kontrolle unterworfen werden; die Neuwahl aller Sowjets auf allen Ebenen.

Kharkov. Die Arbeitskollektive von 31 Unternehmen der Stadt beteiligen sich am Streik, darunter solche Giganten wie die Traktor- und die Flugzeugfabrik.

Kiev. Ein Kabinettstreffen der Minister der Ukraine gab die Anweisung aus, die Forderungen der Streikenden 'so weit wie möglich' zu erfüllen.

12. Juni Donetsk. Auf einem Treffen der Vertreter des Präsidenten mit den Direktoren der Kohleunternehmen schließen sich die Direktoren den Forderungen der Streikenden, auch der politischen, an. Das veranlaßte einige Journalisten dazu, die Arbeitsniederlegungen als 'Direktoren-Streik' zum Vorteil des Managements, zu bezeichnen.

Donetsk. Die Ankündigung des Vizepremiers der Ukraine, Yefim Zvyagilsky, daß die Löhne der Bergarbeiter auf 400.000 Karbovantsy (ungefähr 100 US-$) monatlich angehoben würden, rief bei den Bergarbeitern keinerlei Begeisterung hervor. Auch ein eiliges Dekret von Präsident Kravchuk, das die Einkommensteuer auf die Bergarbeiterlöhne auf 10% reduziert und die Nationalbank der Ukraine anweist, Mittel zur Schuldendeckung der Kohle-Unternehmen der Provinz bereitzustellen, änderte die Haltung der Streikenden nicht. Die Bergarbeiter beharren darauf, daß die wirtschaftlichen Probleme des Donbass nur über einen entschiedenen politischen Wechsel zu lösen sind.

Der Koordinationsrat der streikenden Unternehmen beschloß, für den 13. Juni um 10 Uhr zu Aktionen des zivilen Ungehorsams aufzurufen.

13. Juni Donetsk. Auf einer Demonstration von tausenden von Streikenden wurde auf dem Marsch durch die Straßen und Plätze der Stadt gerufen: 'Regionale Selbst-Regierung für die Provinz Donetsk! Wir trauen dem Parlamentspräsidenten nicht!'. Ähnliche Demonstrationen fanden in anderen Städten der Ukraine statt.

Am selben Tag wurde bekannt, daß das Präsidium des Sowjets der Volksdeputierten der Provinz beschloßen hat, daß, wenn bis 22. Juli keine tiefgreifenden Maßnahmen zur Sicherstellung der sozialen Versorgung durchgeführt würden, die Frage der Autonomie der Provinz Donetsk in der 6. Sitzung des Obersten Sowjets der Ukraine gestellt würde.

Hunderte von Solidaritätstelegrammen erreichten das Streikkomitee. Darunter war eines von der stalinistischen 'Toiling Russia'-Bewegung (etwa: leidgeplagtes Rußland). Als das Telegramm am Platz verlesen wurde, wurde es von den Streikenden demonstrativ zerrissen. 'Gott schütze uns vor dieser Solidarität. Die Bolschewiken haben Rußland schon einmal gerettet, und wir sind immer noch dabei, die Unordnung zu entwirren. Wenn die Ukraine eine Zukunft hat, dann ist sie nicht kommunistisch', erklärten Yuri Makarov und Aleksandr Kalinin, Mitglieder des Streikkomitees.

14. Juni Donetsk. Um 9 Uhr 45 versammelten sich über 40.000 Menschen am Oktyabrskaya-Platz. Um 12 Uhr begann ein Treffen mit den Vertretern aller streikenden Unternehmen im Bezirk.

16. Juni Donetsk. Das branchenübergreifende Streikkomitee entschied, die politischen Forderungen aufrechtzuerhalten und für den 17. Juni weitere Aktionen des zivilen Ungehorsams durchzuführen. Ein 'Marsch der leeren Taschen' solle abgehalten und der Versuch unternommen werden, die Arbeit in einigen staatlichen Institutionen lahmzulegen. Außerdem sollen die Hauptverkehrstraßen nach Donetsk für alle Fahrzeuge außer für Rettung, Feuerwehr und Lebensmitteltransporte blockiert werden.

Dnepropetrovsk. Die metallverarbeitenden Betriebe der Ukraine in Dnepropetrovsk und Zaporozhyse kommen in eine kritische Phase. Die Kohlereserven sind aufgebraucht und die Hochöfen müssen aus Mangel an Koks heruntergefahren werden. Wenn innerhalb von 2 oder 3 Tagen kein Rohmaterial kommt, muß ein Großteil der Produktion eingestellt werden und eine schnelle Wiederaufnahme würde unmöglich sein. Stahlarbeiter appellieren an die Bergarbarbeiter, die Existenz einer Metall-, Koks- und Chemieindustrie in der Ukraine sicherzustellen.

17. Juni Donetsk. Unter den Telegrammen, die im Hauptquartier der Streikenden ankommen, sind einige: 'Ihr seid Marionetten in den Händen von anti-ukrainischen Kräften geworden'; 'Ihr seid Verräter der unabhängigen Ukraine!'; 'Ihr denkt nur an eure Löhne'. Eine Arbeitsgruppe des Streikrats wird gebildet, die die Frage der Lieferung von Kohle an schwer betroffene Metall-, Koks- und Chemiebetrieben klären soll, um eine minimale Produktion aufrechtzuerhalten.

Kiev. Der Oberste Sowjet der Ukraine nimmt das politische Ultimatum der Streikenden an und erklärt, daß ein Referendum über das Vertrauen in den Präsidenten und die Sowjets aller Ebenen am 26. September durchgeführt werde.

Donetsk. Die Diskussionen über die ökonomischen Forderungen der Streikenden begannen um 17 Uhr. Der Koordinationsrat der streikenden Unternehmen verabschiedet eine Resolution. Auzüge daraus: 'Die Gepräche über die ökonomischen Forderungen werden nur geführt, während der Streik weitergeht. Für die Dauer der Gespräche werden die Streikposten auf den Straßen, vor den Banken und Institutionen eingestellt'

In einer Erklärung an den Sowjet der Provinz distanzieren sich die Streikenden entschieden von den Versuchen von 'prokommunistischen Kräften', die Streik-Bewegung für ihre Zwecke zu verwenden. Die Streikenden erklären weiters, daß der Kongreß zur Neugründung der Kommunistischen Partei der Ukraine, der am 19. Juni in Donetsk abgehalten sollte, auf starke Opposition stoßen werden. Die Streikenden fordern, daß 'diese Sammlung einer Partei, die sich schon lange diskreditiert hat', in Donetsk und der Provinz Donetsk verboten werden soll.

19. Juni Donetsk. Das Koordinatioskomitee der streikenden Unternehmen erklärt den Streik für beendet. Die Streikbereitschaft wird allerdings solange aufrechterhalten, bis der Staat die Dokumente, die in den Gesprächen zwischen dem Koordinationsrat und der Regierungskommission erarbeitet werden, ratifiziert und die politischen Forderungen erfüllt sind.

24. Juni Donetsk. Obwohl das Abkommen über die Erfüllung der ökonomischen Forderunger der Streikenden am 18. Juni

vom Koordinationskomitee und der Regierungskomission unterzeichnet wurde, streikten einige Arbeitskollektive in der Ukraine weiter. Am 24. Juni blieben 24 der insgesamt 44 Bergwerke der Arbeit fern, darunter 15 der 17 Gruben des Krivoi Rog Kohlebeckens, und weiters Gruben in den Provinzen Lugansk und Pavlograd. Die Streikenden sind darüber enttäuscht, daß nur einige wenige der 35 Punkte des Abkommens auch erfüllt wurden. Bezüglich aller anderen Forderungen war das einzige, was passiert ist, die Bekanntgabe von Terminen und Zeitspannen, in denen die Forderungen erfüllt werden würden. Die Bergarbeiter haben schon Erfahrungen mit der Unzuverlässigkeit der Regierung, Versprechen auch zu erfüllen.

25. Juni Donetsk. Sieben Bergwerke in der Donetsk-Region streiken noch. Das Ministerkabinett nimmt die meisten der Streikforderungen an. Die Einkommensteuer auf die Bergarbeiterlöhne wurde reduziert, und der Vorgang zur Bildung der Lohnfonds der Unternehmen wurde geändert. Neue Regeln für die Ausgleichszahlungen für Bergarbeiter, die wegen ihrer Arbeit Gesundheitsschäden davontragen, wurden erlasssen, und das Mindesteinkommen wurde verdoppelt. Folgende Resolutionen wurden vorbereitet:

Verbesserung der Lebensmittelversorgung und der Versorgung der Bergwerke mit Öl und Bauholz; Änderungen für die gesetzliche Abfertigung; die Verwendung der Tschernobyl-Fonds zur Sicherstellung der Rückkehr der Einwohner in die Region, die vom Unfall betroffen wurde; die Verbesserung der Umweltbedingungen in den Industrieregionen.

Die Regierung wies allerdings einige der Forderungen der Bergarbeiter zurück, darunter die Indexanpassung des flüssigen Kapitals der Unternehmen, was 15 Billionen Karbovantsys erfordern würde, und die Indexanpassung der Sparguthaben der Bevölkerung, was 9 Milliarden erfordern würde. Die Regierung verfügt nicht über die erforderlichen Geldmittel.

Aus demselben Grund wies die Regierung die Forderung nach 100%iger Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zurück; die Subvention der Kosten für die Energieversorgung; die Erhöhung des Pensionsfonds; die Aufhebung der Kontrolle über den Konsumptionsfonds; die Festsetzung der Löhne gemäß den Lebenskosten und die Lohnzahlung für die Streiktage. Nach Ansicht der Regierung würde das zu einer neuen Inflationsspirale führen. Das Staatsdefizit der Ukraine betrage bereits 11 Billionen Karbovantsys.

Aber der Kampf hat sich schon ausgeweitet; am 21. Juni begannen die russischen Kohlegewerkschafter eine Dauerkundgebung vor dem Regierungsgebäude in Moskau. Mit dem Schwur, daß die russische Kohleindustrie nicht 'lautlos sterben' werde, fordern sie von Präsident Jeltsin und seinen Ministern ein Lohn-Abkommen und die Garantie für die Bereitstellung von notwendigen Mittel für die Unternehmen zur Umstrukturierung und zum Überleben. (5)

Kampagne für Menschenrechte in Sri Lanka und in Tamil Eelam, Bremen

Sri Lanka - Tamil Eelam

Fluchtursachen

Im Mai 1993 unternahm die deutsche Regierung den umstrittenen Schritt, einen gesetzlichen und politischen Rahmen zu schaffen, um die Möglichkeiten für politisches Asyl drastisch zu senken. Es gab zwei zentrale Argumente auf der Seite der BefürworterInnen. Das eine Argument war, daß Rassismus gegen AusländerInnen ansteigen wird, wenn mehr AusländerInnen ins Land kommen - also müssen die Restriktionen an den Grenzen erfolgen - das, so behaupten sie, werde das Anwachsen des Neo-Faschismus zum Stillstand bringen. Die darin enthaltene Logik besagt, wenn die Regierung den Rassismus an den Grenzen steigert, so wird der Rassismus im Lande gesenkt! Die Siegesfeier der Faschisten in Solingen unterstreicht, wie heuchlerisch dieses Argument ist. Das zweite politische Argument, das angeführt wurde, war, daß Deutschland nicht mehr genug Geld hat, um es sich leisten zu können, den "Zustrom" von Asylbewerbern zu unterstützen. Tamilische, und jetzt auch singhalesische Flüchtlinge, die aus Sri Lanka fliehen, werden nach Luft schnappen können. Denn: Die deutsche Regierung hatte anscheinend keine Schwierigkeiten, dem faschistischen Regime von Sri Lanka in der Vergangenheit finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,6 Mrd. DM zu geben - einem Regime, das uns schließlich in die Flucht getrieben hat.

Der wirtschaftliche Grund - ein kurzer Blick auf die Geschichte

Es waren die britischen Kolonialisten, die die tiefste und nachhaltigste Wirkung auf unsere Insel hatten. Um die Verwaltung zu vereinfachen, verschmolzen die Briten das tamilische Königreich im Norden und Osten der Insel mit dem singhalesischen Süden. Des weiteren zerstörten die Briten die Landwirtschaft, die in der Lage war, das Land mit Grundnahrungsmitteln selbst zu versorgen, und ersetzte sie durch eine Wirtschaftsform, die vollkommene Abhängigkeit vom Außenhandel erzeugt. Da die singhalesischen Bauern, denen die Briten ihr Land weggenommen hatten, nicht bereit waren, auf den Plantagen zu arbeiten, holten die Briten dafür rund 1 Mio. Tamilen aus Indien. Die Spannungen, die aus der erzwungenen Verschmelzung der tamilischen und singhalesischen Staatsgebilde entstanden, sowie die Einrichtung der Kaffee- und später der Teeplantagen, waren ideale Bedingungen für die britische Politik des "teile und herrsche". Dies ist die Grundlage für die Entstehung eines aggressiven singhalesischen Chauvinismus auf der Insel.

Indem der Handel mit Tee von den Briten kontrolliert wurde, festigten sie ihre gesamte wirtschaftliche Dominanz auf der Insel. Anders als in Indien, das erfolgreich die britischen Kolonialherren vertrieb, hatte Großbritannien 1948 in Sri Lanka Erfolg damit, die politische Macht reibungslos an eine auserwählte singhalesische Elite weiterzugeben, die schon im voraus sorgfältig auf diese Aufgabe vorbereitet worden war. Seitdem das United National Party Regime 1977 an die Macht kam, hat dessen Politik, die bestmöglichen Bedingungen für die westlichen "Big - Buisness"-Interessen (siehe unten) geschaffen, die die Massen des Volkes nur noch mehr verarmen lassen. Als die Briten die Insel kolonialisierten, erhielt ein tamilischer Plantagenarbeiter 30 - 50% des Lohnes eines ungelernten Arbeiters in Großbritanien. Jetzt, nach 150 Jahren ununterbrochenem, erzwungenem und ungleichen Handel zwischen Sri Lanka und dem Westen bekommt ein tamilischer Plantagenarbeiter nur 2% von dem, was ein ungelernter Arbeiter in Großbritanien bekommt!

Um die wirtschaftlichen Beziehungen zu erhalten oder gar bessere ökonomische Bedingungen zu schaffen, unterstützen Deutschland, USA, England, Japan und andere hochindustrialisierte Staaten die Regierung, genauer gesagt, halten sie durch diese Hilfe ein unglaublich brutales faschistisches Regime.

Das Regime in Sri Lanka

Das UNP-Regime (United National Party) ist seit 1977 an der Macht. Es hat jede auch nur erdenkliche undemokratische Methode benutzt, um sich an die Macht zu klammern, und zwar gegen den Willen des Volkes in Sri Lanka. Der damalige Ministerpräsident Junius Richard Jayewardene, der als "Aynkee Dickie" bekannt wurde, stellte seinen Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung der Insel mit den Worten "let the robber barons come" (laßt die Räuberbarone kommen) vor. Es war die Strategie der UNP, die Insel und ihre Bevölkerung einer rücksichtslosen Ausbeutung durch westliche Multis zu öffnen. Diese Strategie war nur auf die finanziellen Vorteile der sehr kleinen, aber superreichen Elite Sri Lankas ausgerichtet. Um die zu erreichen, setzte die UNP-Regierung die Auflagen der IWF/Weltbank um, indem sie die sozialen Ausgaben rigoros zusammenstrich, und Druck ausübte, um die Arbeitslöhne so niedrig wie möglich zu halten.

Zwangsläufig gab es von großen Teilen der Bevölkerung Widerstand gegen diese harten Maßnahmen. J.R. Jayewardene reagierte darauf in zweifacher Weise. Auf der einen Seite errichtete er einen autoritären Staatsapparat, indem er die Verfassung änderte, sich selbst zum Präsidenten ernannte und die nächsten nationalen Wahlen um sechs Jahre verschob! Andererseits benutzte er die bewährte politische Waffe der "teile und herrsche-Politik", die die herrschende Elite von den britischen Kolonialherren übernommen hatte. Die UNP-Regierung nutzte auch die Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung von singhalesischer Abstammung ist und der singhalesi-

sche Chauvinismus bereits ein starker politischer Machtfaktor war. Indem die UNP verschiedene Methoden benutzte, um die singhalesische chauvinistische Hysterie anzustacheln, gelang es ihr bis zu einem gewissen Grad, die Aufmerksamkeit der singhalesischen Bevölkerung von sich abzulenken. Dem demokratischen Kampf des tamilischen Volkes gegen diesen Rassismus wurde mit nackter militärischer Gewalt begegnet. Durch Ausbau und Training der militärischen Macht versetzte die UNP-Regierung auch diejenigen singhalesischen Bevölkerungsgruppen in Angst und schrecken, die sich nicht dem singhalesischen Chauvinismus anschlossen.

Während der letzten Jahre hat diese Regierung ca. 100.000 Menschen ermordet, jedoch die westlichen Regierungen halten sie dennoch künstlich am Leben.

In der Kolonialzeit, als das Volk auf der Insel gegen die Besatzer kämpfte, bekam das britische Volk diesen Konflikt noch zu spüren, Nachrichten über tote und verwundete Soldaten sorgten für eine Rückmeldung über das, was im damaligen Ceylon geschah. Heute bezahlen die westlichen Nationen nur noch, statt selbst in den Kampf zu ziehen, die Drecksarbeit besorgt das faschistische Regime. Darüber hinaus wird diese finanzielle Unterstützung dem eigenen Volk auch noch als Entwicklungshilfe verkauft, als diene sie dem armen Volk. Das Wissen über die wirklichen Verhältnisse in Sri Lanka geht auf diese Weise den Menschen im hochindustrialisierten nicht nur verloren, sie werden genau entgegen den Verhältnissen über die Situation informiert.

Die Paris-Aid-Group-Bewaffnete Intervention ohne eigene Truppen

Die Unterstützung des Westens für die UNP-Politik drückt sich am deutlichsten an der "Paris Aid Group" aus. Diese Gruppe besteht aus den sogenannten G7-Staaten und einigen anderen. Sie trifft sich jährlich um den "Fortschritt" der wirtschaftlichen Strategie in Sri Lanka zu prüfen. Nach jedem Treffen der "Paris Aid Group" wurde Sri Lanka durch die Weltbank ein finanzielles Hilfspaket aus Darlehen und Zuschüssen gewährt, um die "strukturellen Anpassungen" im Lande zu unterstützen. Diese "strukturellen Anpassungen" bedeuten, daß sich der Lebensstandard des größten Teils der Bevölkerung dramatisch verschlechtert hat.

Das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), über das der deutsche finanzielle Anteil an die "Paris Aid Group" abgewickelt wird, hat neue politische Kriterien aufgestellt, an denen zukünftige Entwicklungshilfeleistungen gemessen werden sollen: a) Achtung der Menschenrechte, b) Vorhandensein von gesetzlichen Grundrechten und c) Marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft, sind wichtige Vorbedingungen um Hilfe zu erhalten. Weiterhin wird erklärt, daß wenn a) und b) nicht vorhanden sind, auch c) zurückgewiesen wird. Genau dies ist der Fall bei Sri Lanka, das eine eher marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft hat, aber die beiden ersten Kriterien nicht erfüllt. Weiterhin knüpft das BMZ Bedingungen an Militärausgaben, wozu die beiden folgenden Punkte gehören:

- Der Prozentanteil für Militärausgaben im Verhältnis des Bruttosozialproduktes und des gesamten Regierungsbudget.
- Das Verhältnis der Ausgaben für das Militär hinsichtlich der Ausgaben für andere Ressorts, insbesondere dem für Bildung und Gesundheit.

Nach offiziellen Regierungsangaben sind die Ausgaben für Bildung von 1987 bis 1991 von 7% auf 3,7% des Regierungsbudgets zurückgegangen und die Ausgaben für Gesundheit von 5,6% auf 2,7%. Dagegen sind die Militärausgaben von 2% auf 12% gestiegen. Während dieses Zeitraums hat die "Paris Aid Group" ständig ihre Hilfe an das Regime bis zu einem Betrag erhöht, der nun doppelt so hoch liegt wie die jährlichen Militärausgaben.

Wir bitten diejenigen Menschen, die der Meinung sind, daß das Leben und die Menschenrechte des leidenden Volkes in Tamil Eelam und Sri Lanka wichtiger sind als die westliche "Big - Business - Interessen" darum, diese dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Bonn zu schreiben und deutlich zu machen.

Bitte senden Sie Kopien Ihres Schreibens an unsere Kampagne.
Spende: Sparkasse Bremen, Konto 17 111 063, BLZ 290 501 01, - Stichwort "Menschenrechte Sri Lanka"
Kampagne für Menschenrechte in Sri Lanka und in Tamil Eelam
KMSLTE, Dritte Welt Haus,
Buchstr.14-16, 2800 Bremen 1, Germany. Fax 0421 498 7276

Der mehrheitlich singhalesisch bewohnte 'Süden' - Ausbeutung, Unterdrückung und Widerstand

Die Machtübergabe 1948 von den britischen Kolonialisten an die singhalesische Elite hatte überhaupt nichts mit einer Unabhängigkeit des Landes zu tun. Die neuen Herren waren sehr unterwürfig und bloße Verwalter der westlichen Interessen. Die von den Briten errichteten Teeplantagen waren geradezu klassische Beispiele von brutaler Ausbeutung und einer 'teile und herrsche-Politik', bei der ganze Heerscharen von tamilischen ArbeiterInnen unter sklavenähnlichen Bedingungen auf Ländereien arbeiten mußten, die man singhalesischen Bauern gestohlen hatte. Genauso wie Ceylon nach der Pfeife der Teepflanzer getanzt hatte, tanzte nun die UNP - Regierung seit 1977 nach der Pfeife des IWF und der Weltbank. In den 'Freihandelszonen' arbeitete ein Heer von jungen, hauptsächlich singhalesische Mädchen zu sklavenhaften Arbeitsbedingungen und stellten Textilien für den westlichen Konsum her. Davon profitierten westliche große Handelsriesen und eine winzige Schicht reicher BürgerInnen in Sri Lanka, währenddessen das Volk zu leiden hatte. Schamlos verkauft die UNP - Regierung Menschen und Rohstoffe der Insel, um sich westliche Devisen zu beschaffen. Ein beträchtlicher Teil dieses Geldes wurde für Luxusgüter und militärische Ausrüstungen ausgegeben, um die Diktatur zu bewaffnen. Es wurde für Frauen die Möglichkeit geschaffen, als Hausmädchen in die Golfstaaten zu gehen, was harte Devisen für das Regime aber Demütigung für die Betroffenen brachte. Schöne Badestrände und Kinderprostitution sollen TouristInnen auf die Insel locken, damit sie hier ihre Deutsche Mark, Pfund, Dollars und Yen ausgeben. Natürlich gibt es gegen all das auch Widerstand. Die JVP (Volksbefreiungsfront) spielt dabei die größte Rolle. Die JVP, die Ende der 60er Jahre gegründet wurde, ist eine Bewegung, die ihren Ausgangspunkt im mehrheitlich von SinghalesInnen bewohnten Gebieten genommen hat; sie versteht sich als revolutionär und antikapitalistisch. 1971 wurde die noch junge JVP gnadenlos ausgemerzt, aber ihre Ideale und Ziele überlebten und erwachten wieder in den 80er Jahren. Die JVP wurde 1983 von der Regierung verboten, weil sie angeblich an den Ausschreitungen gegen die TamilInnen schuld gewesen sein soll. Heute ist es eine anerkannte allgemeine Tatsache, daß UNP - Schläger in Zusammenarbeit mit der Armee dieses skrupellose Massaker angestiftet hatten, bei dem 2.000 TamilInnen ihr Leben verloren. Für die internationale Öffentlichkeit versuchte die UNP die Schuld von sich selbst auf die JVP zu lenken und benützte dies gleichzeitig als Vorwand, die JVP zu verbieten. Das Verbot gegen die JVP ist bis heute nicht aufgehoben worden! Nach dem Jahr 1987 als die IPKF (indische "Friedenstruppe") ins Land kam, formierte sich im Süden eine machtvolle Bewegung gegen die indische Intervention. Die JVP rief zu einer Reihe von Streiks für höhere Löhne auf und übernahm auch die Führung dieser Massenbewegung gegen die Regierung und gegen die IPKF. Die srilankische Armee gebrauchte nun ihre Erfahrung, die sie bei der Unterdrückung des Kampfes des tamilischen Volkes für Selbstbestimmung gesammelt hatte, um die Widerstandsbewegung im Süden zu zerstören. Dieses Gemetzel war auch für die Verhältnisse in Sri Lanka beispiellos. Allein 1989 wurden 60.000 Menschen getötet, darunter fast die gesamte Führung der JVP. Der Druck des von der JVP geführten Widerstands im Süden und der Druck der LTTE im Norden führte jedoch dazu, die IPKF wieder von der Insel herauszuwerfen.

Der mehrheitlich tamilische Norden und Osten: Rassistischer Terror und der Kampf für Freiheit

1948 übergaben die britischen Kolonialherren die Macht an die singhalesische Elite, die zu diesem Zeitpunkt von der UNP und später von der SLPF (srilankische Freiheitspartei) gestellt wurde. Beide Parteien verinnerlichten die britische 'Teile und Herrsche - Politk' und stachelten den anti-tamilischen Rassismus an, um ihn für eigene Zwecke zu benutzen. Der singhalesische Chauvinismus wurde aufgepeitscht und als ein einflußreiches Herrschaftsinstrument benutzt. Daraus entstanden in den Jahren 1956, 1958, 1961, 1974, 1977, 1979, 1981, und 1983 Tumulte und Aufruhr gegen Tamilen. Gegen die 'ghandianischen' friedvollen Proteste der TamilInnen für Gleichberechtigung wurde die Armee eingesetzt. Der tamilischen parlamentarischen Opposition gegen diese rassistische Politik wurde mit einem verstärkten singhalesischen Chauvinismus im Parlament begegnet. Als schließlich allen Bemühungen nach gleichen Rechten oder für eine Koexistenz auf eine verhärtete, unüberwindliche Front bei den singhalesischen FührerInnen stieß, gab das tamilische Volk ihren Parlamentsabgeordneten das Mandat für einen unabhängigen, eigenen Staat. Anfang der 70er Jahre wurden die tamilischen Befreiungstiger (LTTE) gegründet. Die LTTE ist eine revoltutionäre Organisation, die für die Selbstbestimmung des tamilischen Volkes im Norden und Osten der Insel kämpft - für das Recht auf einen unabhängigen Staat Èelam'.

Je deutlicher es wurde, daß der allgemein angestrebte Weg, einen unabhängigen Staat durch einen Prozeß von Verhandlungen zu gründen, nicht realisierbar war, weil jeder Versuch hierfür von vorne herein abgeblockt wurde, desto stärker setzte sich revolutionäre Strategie der LTTE durch. Und zwar in einem Maße, daß auch viele andere Organisationen auf diesen Zug aufsprangen. Obwohl die meisten tamilischen revolutionären Organisationen die gleichen Ziele hatten, war ihre Standfestigkeit und Prinzipientreue einer ernsthaften Prüfung unterzogen, als Indien 1987 in Sri Lanka intervenierte. Der Krieg der srilankischen Regierung gegen das tamilische Volk erreichte seinen Höhepunkt 1987, als der Verteidigungsminister die berüchtigte Vadamarachchi-Schlacht mit den Worten einleitete: 'Wenn die Terroristen nicht von den Zivilisten unterschieden werden können, dann können sie eben nicht unterschieden werden'. Einer der vielen Faktoren, die bei der indischen Intervention eine Rolle spielten, war der internationale Druck auf Sri Lanka, den Terror gegen die TamilInnen zu stoppen. Aber Indien wollte sich wohl eher selbst seiner Rolle als regionale Großmacht versichern und seinen Willen auf die Kontrolle seines Einflußbereiches unter Beweis stellen, als die Rechte der Tamilen zu verteidigen. Tatsächlich war auch das Indo-srilankische Friedensabkommen, in dessen Namen die indische Invasion stattfand, eine Übereinkunft zwischen der indischen Regierung und dem rassistischen srilankischen Regime, bei dem die Rechte der TamilInnen für beide Seiten ohne Belang waren. Ziel der indischen Regierung war es, ihren eigenen Einfluß in den tamilischen Gebieten zu stärken und eine politische und militärische Führung zu installieren, die ihr dienlich war. Die tamilische Befreiungsbewegung kam unter starken Druck, sich der indischen Position anzuschließen, und nur die LTTE kämpfte weiterhin für die Interessen der TamilInnen. Die indische Reaktion darauf war sehr brutal und als die IPKF (indische 'Friedenstruppe') die Insel wieder verlassen mußte, hatte sie 5.000 TamilInnen getötet. Innerhalb weniger Monate nach dem Rückzug der IPKF begann nun wieder die Regierung Sri Lankas den Krieg gegen die TamilInnen (im Juli 1990). Sie tat dies, weil klar war, daß bei einer Wahl die LTTE an die Macht kommen würde. Durch diese Attacken der Regierung haben in den letzten drei Jahren bereits über 30.000 TamilInnen ihr Leben verloren.



Sri Lanka - Tropenparadies??

Den meisten Menschen in Europa ist Sri Lanka als 'tropisches Paradies im indischen Ozean' bekannt, ein Bild, das vor allem die Hochglanzbroschüren der Reiseunternehmen vermitteln. Von 'malerischen Stränden' und orientalischen Attraktionen ist die Rede. Doch die 'Realität in der 'demokratischen sozialistischen Republik'- so die offizielle Bezeichnung, sieht anders aus.

Seit Jahrzehnten ist die tamilische Minderheit einer brutalen Verfolgung durch die mehrheitlich singhalesische Regierung ausgesetzt. Nach langen erfolglosen Versuchen, mit friedlichen Mitteln die Gleichberechtigung zu erreichen, setzt sich das tamilische Volk nun für einen eigenen Staat ein: Tamil Eelam. Daraufhin unterdrückte das Regime bis heute alle Unabhängigkeitsbestrebungen. Im Juni 1990 begann die Armee erneut mit einem flächendeckenden Bombardement der Jaffna-Halbinsel. Weit über 30.000 Menschen wurden seitdem durch Bombenabwürfe getötet - und mehr als eine Million sind auf der Flucht. Zudem herrscht eine Handelssperre. Das hat zur Folge, daß eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten unmöglich geworden ist. Doch auch im Süden mordet das Terrorregime, wie in diesem Flugblatt bereits geschildert. Zahlreiche AugenzeugInnen berichten vor allem im Sommer 1989 über das Grauen. In den Flüssen trieben die Leichen 'Verschwundener'. Überall in den Straßen waren die verstümmelten Körper angeblicher und tatsächlicher Oppositioneller zu sehen.

Eine wichtige Devisenquelle für das Land ist der Tourismus. Alleine aus Deutschland reisten im vergangenen Jahr 90.000 Menschen nach Sri Lanka. Der weitaus größte Teil der Einnahmen geht an die Touristenkonzerne und an die Regierung. Die Mehrheit der Bevölkerung hat keinerlei Vorteile davon, Tourismus stärkt einzig das Terroregime und damit die Unterdrückung.

Reisen Sie nicht nach Sri Lanka!

Die neuen kapitalistischen Eroberer in China und die wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich

China ist als großes Kraftwerk an wirtschaftlicher Entwicklung aufgetaucht. Mit der höchsten Wachtumsrate der Welt scheint es ein erfolgreiches Modell für kapitalistische Entwicklung in der 3. Welt zu sein. Aber Tatsache ist, daß die am schnellsten wachsende Ökonomie die Ungleichheit seiner Entwicklung verbirgt. Die hohen Wachstumsraten zeigen hauptsächlich die Entwicklung im Küstenstreifen des Landes. Die Einkommensungleichheiten sind seit Mitte der 80er Jahre ständig gewachsen. Und was momentan in China auftaucht, ist eine zwei-stufige Ökonomie, die den Unterschied zwischen Arm und Reich verbreitert.

Die Städte werden reicher, die ländlichen Gegenden ärmer

Im Sozialismus wurden reichere Gegenden wie Schanghai dazu verwendet, um die ärmeren Regionen zu subventionieren. Aber mit der Rückkehr des Kapitalismus wird diese Politik nicht weiter verfolgt, sondern ihr genaues Gegenteil. Die Regierung konzentriert sich auf die Entwicklung der reicheren Küstenregionen als Modell für eine neue kapitalistische Entwicklung. Und sie hoffen, ausländisches Kapital in diese Regionen zu locken und sie dann als Beispiel zu verwenden, was in anderen Regionen möglich ist. Als Resultat bleibt das Innere des Landes sehr arm, während die Gegenden entlang der Küste belebt werden - für die kapitalistische Entwicklung.

Auf dem Land wurden die Kommunen, die im Sozialismus existierten und die die Bauern mit kollektiver Arbeitsweise und verschiedenen Sozialleistungen einschließlich Gesundheitsversorgung und Bildung versorgten, aufgelöst. Und die Kontrolle über das beste Land und die landwirtschaftlichen Resourcen und Ausrüstungen ist in den Händen einer kleinen Zahl von reichen Landbesitzern und kapitalistischen Unternehmern konzentriert. Der Unterschied zwischen arm und reich hat sich auf dem Land wirklich vergrößert, und viele Bauern leben mittlerwelie am Rand des Hungers.

Seit 1980 versorgen arme innere Gegenden wie Guizhou die reicheren Küstenregionen wie Guangdong und Jiangsu mit Kohle, Bauholz und anderen Rohmaterialien zu festen staatlichen Preisen. Die Regierung behauptet, daß durch die Konzentration der Entwicklung auf diese Küstenregionen Reichtum und Wachstum in die armen Gegenden ´tröpfeln´ werde. Die landwirtschaftliche Entwicklung in China bleibt in der Realität hinter dem industriellen Wachstum zurück: 1992 wuchs die Industrie um 20,8%, während die Landwirtschaft um magere 3,7% wuchs. 1992 war das Einkommen eines Bauern weniger als die Hälfte des Einkommens eines Stadtbewohners. Diese Vergleichszahlen berücksichtigen nicht einmal den Unterschied zwischen Brutto- und Nettoeinkommen. Wenn die Subventionen für Stadtbewohner und die Steuern der Bauern mit berücksichtigt werden, dann ergibt sich ein viermal so hohes Einkommen für Stadtbewohner im Vergleich zum Einkommen der Bauern.

Die Städte und die Küstenregionen sind reich geworden, die 900 Millionen Bauern in China leiden. Viele Bauern haben nicht genug zu Essen und kein Geld, um Kleidung zu kaufen. Sie sind mit Korruption vor Ort und hohen Steuern konfrontiert. Die Preise, die die Regierung für Getreide zahlt, sind so gering, daß die Landwirtschaft zu einem Verlustgeschäft wird. Aus einem Bericht der Regierung geht hervor, daß ein Drittel der Bauern in der Provinz Anhui ihr Land brachliegen lassen. Und viele andere bebauen nur ihren eigenen Landanteil.

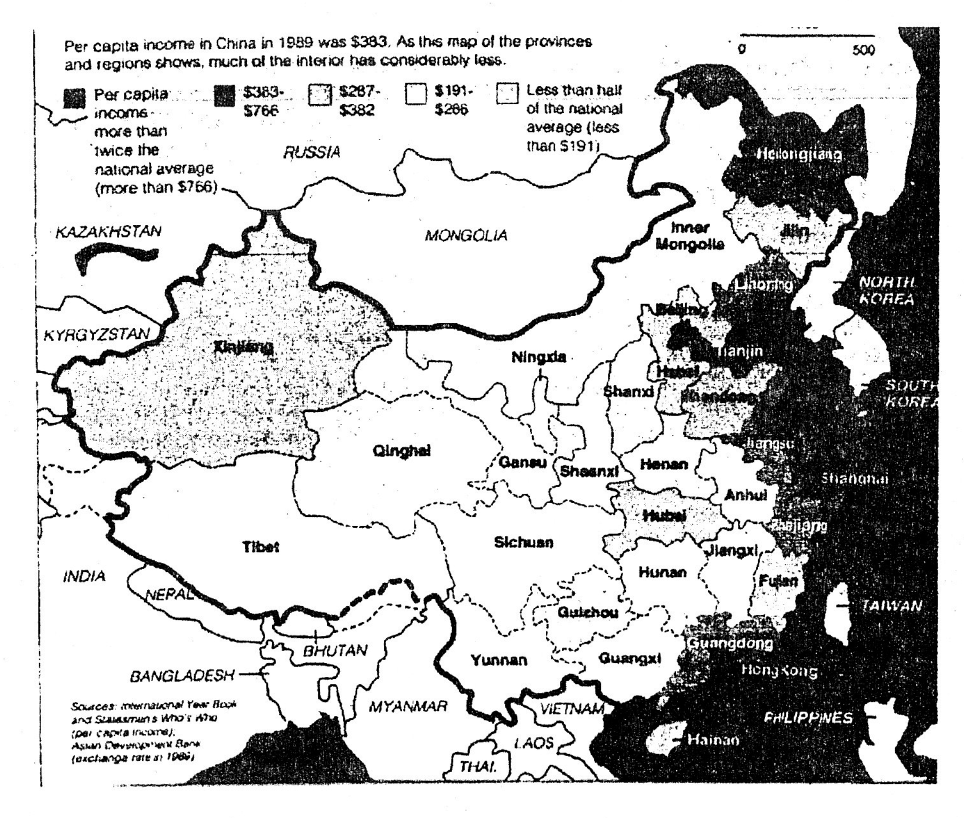
In Guizhou, einer südlichen Landprovinz schlägt die Armut voll durch. In der bergigen Umgebung der Stadt sind die Kinder sichtbar unterernährt und laufen halbnackt herum, weil sich ihre Eltern nicht leisten können, Kleidung zu kaufen. Hüte werden aus Baumzweigen und Stroh gemacht. Letztes Jahr war das typische Einkommen 125$ pro Jahr - ungefähr ein Sechstel des durchschnittlichen Einkommens von Shanghai.

Das ist eine potentiell explosive und gefährliche Situation für Chinas neue Herrscher. Es gab mehrere Berichte von weitverbreiteter Unzufriedenheit und Unruhen auf dem Land. Am 12. Juni 1993 berichteten Zeitungen aus China über einen größeren Protest in der Prozinz Sichuan, wo tausende von Bauern gegen die hohen Steuern demonstrierten und die Polizei eingesetzt wurde. Laut New York Times gab es in der gleichen Provinz 1993 bereits ähnliche Proteste. Im Bezirk Renshou, Provinz Sichuan griffen 1000 Bauern, bewaffnet mit Stöcken, Sensen und Steinen, Beamte an, die Steuern für den Bau einer Autobahn einheben wollten. Ein Chinese, der Zeuge der Revolte war, berichtete, daß kurz darauf 10.000 Bauern - das sind mehr als die Hälfte der Einwohner des Bezirks - ein Polizeiauto anzündeten und die Häuser einiger Stadtpolitiker zerstörten. Die Auseinandersetzungen wurden nur dadurch beendet, daß der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung (deputy governor) die Rückzahlung des Geldes inklusive Zinsen an die Bauern anordnete.

Große kapitalistische Würfe und Großindustrielle

Die Provinz Guangdong an Chinas Küste ist zu einem internationalen Fabrikzentrum geworden. Chinas Führer haben sie kürzlich als nationales Vorbild gepriesen. Sie ist zu einer der weltweit größten Fabriksbasis für Produkte wie Micky-Maus-Spielzeugen, Wendy Walker-Puppen, Adidas-Sport-Hosen, Yashica-Kameras, Accord-Uhren und allen möglichen anderen Exportartikeln geworden.

Bei diesem ´Vorbild´ einer neuen Entwicklung kommt die krankhafte Gier und die Korruption des Kapitalismus scharf zum Ausdruck und die Herrschaft des imperialistischen Kapitals über China wird



sichtbar. Die führende Rolle in dieser kapitalistischen Entwicklung hat das ausländische und das neue chinesische Privatkapital. In der Provinz Guangdong kommen 40% der industriellen Produktion aus Unternehmen, die von ausländischem oder privaten Kapital finanziert werden, 35% der Produktion kommen aus dem staatlichen Sektor. Aber die staatlichen Unternehmen sind kein bißchen weniger profitgierig und korrupt als die in privatem oder ausländischem Besitz. Einige der korruptesten Mitglieder von Chinas neuer Millionärsklasse sind Regierungsangehörige und Parteimitglieder. Ein chinesischer Unternehmer behauptet: ´Hier kriegt man alles hin´, und zum Beweis für seine Aussage erklärt er, wie er mit 2000 $ Bestechungsgeldern zu einer Handelslizenz und staatlicher Unterstützung für sein prosperierendes Unternehmen in Guangzhou (Kanton, die Hauptstadt der Provinz Guangdong) gekommen ist.

Die kapitalistischen Modelle an der Küste

Seit 1980 hat die chinesische Regierung bestimmte Regionen wie die Provinz Guangdong und Fujian als Ziel zur Entwicklung eines kapitalistischen Modells erklärt. In den beiden Provinzen wurden alle Reformen mit dem Ziel eingeführt, die Entwicklung von privatem und Investition von Fremdkapital zu ermuntern. Diese Reformen hatten einerseits die Auswirkung, daß es staatlichen Unternehmen ermöglicht wurde, Arbeitskräfte abzubauen und Arbeiter rauszuschmeißen. Den privaten Unternehmen wurde die Freiheit gegeben, alle Formen der Ausbeutung einzuführen. Das führte zu repressiven Arbeitsbedingungen, höheren Arbeitslosenzahlen - und wachsendem Unmut bei den Arbeitern.

Letztes Jahr brachte die New York Times einige Berichte, aus denen sich die wachsende Unzufriedenheit und der Protest der Arbeiter herauslesen lassen. Ein entlassener Arbeiter einer Zahnpastafabrik fuhr mit seinem Lastwagen seinen Chef nieder, der westliche Managementmethoden eingeführt hatte. In Fabriken in Xian, Tianjiin und Dalian stoppten wütende Arbeiter ihre Arbeit und zerstörten in einigen Fällen die Maschinen. 1992, nachdem in einer Uhrenfabrik in Tianjiin 2400 Arbeiter vorübergehend entlassen hatte, kam es zu Unruhen, Sabotage und militärischem Eingreifen überall in Beijing.

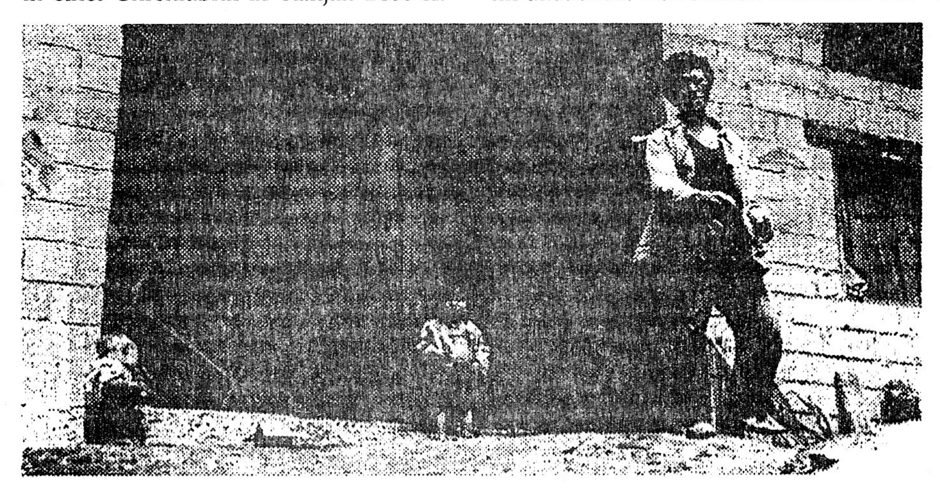
Die chinesische Regierung hoffte, daß Guangdong durch die verbesserten Möglichkeiten der Kooperation mit Außen genügend Fremdwährung durch den Verkauf von Gütern und den Abschluß von Abkommen mit ausländischen Regierungen und Unternehmen erzeugen würde und dadurch mehr Güter importieren werde können. Zum Beispiel könnte die Kooperation mit Kapitalisten in Hong Kong einen Technologietransfer zur Unterstützung des Ausbaus der Leichtindustrie in Guangdong bewirken. Und Guangdong könnte eine Schlüsselrolle für die Erhöhung der Fremdwährungseinnahmen Chinas spielen, die dringend für den Kauf von Technologie und Maschinen gebraucht würden. Regierungsfunktionäre sagen, daß wenn in Guangdong Erfolge vorgezeigt werden können, es leichter wäre, ähnliche kapitalistische Reformen in anderen Gegenden Chinas durchzuführen.

Die Politik der Zentralregierung erlaubt den Provinz-Regierungen von Guangdong und Fujiian, die führende Rolle bei der Festsetzung der Import- und Exportpläne zu übernehmen. So wurden den Provinzen in der Verwaltung von Landwirtschaft, Industrie, Transportwesen, Gesundheitswesen, Kultur und Maßnahmen zur technischen Entwicklung mehr Unabhängigkeit erlaubt. Sie haben mehr Freiheit zur Gestaltung des Außenhandels. Und einige Zweige der nationalen Handelsgesellschaften konnten sich abspalten und unabhängig werden.

Den Provinzen Guangdong und Fujiian wurde auch die Steuerhoheit überlassen. So können die Regierungsbeamten der Provinz eigenständig die Preise für die exportierten Güter festlegen. Sie konnten Organisationen zur Werbezwecken und Informationssammlung in Hong Kong und Macao gründen. Die erhöhten Fremdwährungseinnahmen aus den Auslandsverkäufen bleiben zum Großteil in Guangdong und Fujiian.

Den Banken wurde mehr Leine für eigene Investitionsentscheidungen gegeben. Für die Verwendung von Fremdwährungsmittel müssen sie nur mehr die Zentralregierung informieren, aber nicht um Erlaubnis ansuchen. Den beiden Provinzen wurde erlaubt, unabhängige Finanzinstitutionen zu gründen, die direkt mit Überseefirmen und Institutionen handeln können. Sie haben mehr Einfluß auf die Verteilung und Vorratshaltung von Materialien und Rohstoffen innerhalb der Provinz. Sie können unabhängige Unternehmen, die früher im Besitz der Zentralregierung waren, übernehmen. Sie können die Löhne höher als in den nationalen Richtlinen festgelegt bestimmen und entscheiden, wie die Löhne festgesetzt werden. Sie können die Preise bestimmter Waren festsetzen und andere Preise vom Mark bestimmen lassen.

All das ermöglicht es den Provinzen Guangdong und Fujiian, die führende Rolle bei der Einführung neuer kapitalistischer Reformen in China zu übernehmen. Und all das erweitert die Kluft zwischen arm und reich und zwischen dem Land und den Städten.



Die Politik des revolutionären Chinas zur Angleichung von Stadt und Land

Alle politischen Maßnahmen, die oben beschrieben wurden, sind genau das Gegenteil von dem, was zu Lebzeiten Maos getan wurde. Als China noch sozialistisch war, arbeiteten die Bauern- und Arbeitermassen kontinuierlich daran, alle Ungleichheiten und Formen der Unterdrükkung, die aus der Klassengesellschaft stammen, zu beseitigen. Daß hieß, das der Klassenkampf in der Regierung, in der kommunistischen Partei und unter den Massen fortgeführt wurde, darum, welche Maßstäbe und welche Politik angewendet werden müssen, um die Gesellschaft weiter zu revolutionieren und die Restauration des Kapitalismus zu verhindern.

Im Sozialismus war der Außenhandel nur ein sehr beschränkter Bereich der sozialistischen Ökonomie Chinas. Eines der Hauptziele der Revolution war es, sich von der imperialistischen Kontrolle über Chinas Menschen und Rohstoffe loszureißen und eine allzugroße Einbindung in den imperialistisch kontrollierten Weltmarkt zu vermeiden. Das revolutionäre China verfolgte eine Politik der ´Selbst-Abhängigkeit´. Es hing nur von den eigenen Anstrengungen für die Versorgung mit den Grundgütern ab, nicht von Importen oder ausländischen Investitionen. Der Außenhandel, der betrieben wurde, wurde von der Zentralregierung reguliert. Und der Maßstab dafür waren die Bedürfnisse des ganzen Volkes und die Entwicklung einer sozialistischen, nicht kapitalistischen Ökonomie.

Die einzelnen Provinzen und Regionen konnten nicht selbst entscheiden, Resourcen in die Produktion von Exportgütern zu stecken. Das hätte die Entwicklung und Koordination der Gesamtökonomie des Landes unmöglich gemacht. Die Revolutionäre in China haben verstanden, daß, wenn das passieren würde, China vom ausländischem Imperialismus geprägt werden würde und seine Rohstoffe und Arbeitskräfte an den Meistbietenden gehen würden - so wie es heute passiert.

Zum Prozeß gegen fünf Arbeiter aus der Türkei

Wer ist hier die Mafia?

Fünf - zum Teil sehr junge - aus der Türkei stammende Arbeiter, darunter der Vorsitzende der *Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich (ATIGF)*, waren **8 Monate lang** in Untersuchungshaft.

Der anfängliche Vorwurf, sie hätten in türkischen Lokalen *Erpressung von Schutzgeldern* betrieben, war bereits bei der ersten Verhandlung am 8. Juli 1993 nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die vor der Untersuchungsrichterin Partik-Pablé (FPÖ) und vor der Polizei getätigten Aussagen wurden von zwei der drei Zeugen widerrufen.

So hatte es beim ersten Zeugen geheißen: "Aus dem gesamten Verhalten der Männer war es klar, daß etwas Arges passiert, wenn ich nicht zahle". Vor Gericht wird es als "Mißverständnis bei meiner Einvernahme" - die bei der Polizei ohne Dolmetsch verlief - zurückgenommen.

Der zweite Zeuge, der formuliert hatte: "Das ganze Auftreten, die ganze Inszenierung flößte uns Angst ein", meinte dazu bei der Verhandlung: "Nein, das war nicht so!" Drei Fragen des Richters, zwei eines Verteidigers quittierte er mit Schweigen.

Der dritte gebraucht den gleichen gestelzten, dem der anderen auffallend ähnelnden Kanzleistil: "Das gesamte Auftreten und die Art, wie bei uns gesprochen wurde, war geeignet, uns verständlich zu machen, daß etwas Böses passiert, wenn wir nicht auf die Forderungen eingehen". Und: "Das Auftreten einer größeren Gruppe hat meiner Meinung nach auch den Zweck, uns einzuschüchtern". Ersteres widerruft er zwar nicht, aber zum letzteren meint er: "Die Anzahl der Sammler hat bei mir *keine* Angst hervorgerufen".

Aber alle Zeugen sagen aus, es seien *keine* Zahlungen ergangen, es habe keinen Druck, keine Erpressung gegeben, und sie hätten den um eine Spende Ansuchenden erklärt, sie würden einen *freiwilligen* Beitrag leisten.

Drei weitere geladene Zeugen - wie die vor Gericht vernommenen stammen sie aus dem mit der türkischen Mafia und der Faschistenorganisation der Grauen Wölfe verquickten Gastwirtemilieu - waren beim ersten Verhandlungstermin, am 8. Juli, nicht erschienen, sollten sich auch beim Folgetermin am 3. August nicht zeigen.

Wo sollten die vermutlichen Erpressungen stattgefunden haben? Der Vorsitzende der ATIGF, Musa Demir, weist auf eine - nicht nur Wiener - Spezialität hin: bei einem der (in Ottakring gelegenen) Lokale, dem Café *Mutlu*, handle es sich um eine Art illegales Spielcasino. Es werde dort mit Einsätzen von bis zu 10.000 Schilling gewürfelt.

Seine Organisation sei dauernd mit jungen Türken konfrontiert, die zu Opfern des Spielerunwesens werden und auf die schiefe Bahn geraten. Häufig kommen solche Jugendliche, die nicht weiter wissen, in den Verein und bitten um Hilfe.

Die in der Türkei und in türkischen Kreisen längst etablierte Tradition des Spendensammelns für soziale und politische Zwecke wollte eine Verteidigerin des Vereinsvorsitzenden bei der zweiten Verhandlung am 3. August mit der Anhörung von weiteren Zeugen belegen, wie auch die enge Zusammenarbeit der Belastungszeugen (also der Spielhöllenbetreiber) mit den Grauen Wölfen, "die für Waffenschiebereien, Drogenschmuggel und Menschenhandel bekannt sind", durch Befragung von zwei gut mit der Materie vertrauten Polizisten. Der Position der Anklage, der schon während des ersten Verhandlungstermins die Argumente ausgingen, stand also reichliches - beim Folgetermin zu verarbeitendes - Gegenmaterial gegenüber.

Die Enthaftungsanträge der fünf Anwälte hatten aber keine Chance. Der Staatsanwalt bestand am Ende der Verhandlung auf Fortsetzung der Haft. Seine trouvaille: Es sei ihm **"seitens der Polizei" am 8. Juli - also erst am Tag der Verhandlung! - mitgeteilt worden, "daß die heute geladenen Zeugen in letzter Zeit mit Mord bedroht wurden, um sie von der Zeugenaussage abzuhalten.** Angesichts der "behaupteten und offensichtlich auch gefallenen Drohungen" bestehe Verdunkelungsgefahr.

Der dritte Zeuge versuchte - als einziger! - diese Nachricht zu untermauern, es gelang ihm aber nur mit Mühe: er habe einen Anruf, allerdings in *deutscher Sprache*, erhalten, man wolle "mit ihm spazieren gehen". "Eine Drohung war es nicht", so meinte der Zeuge wörtlich. Auf andere Äußerungen konnte sich der Staatsanwalt nicht stützen; und beim Folgetermin war das Ganze - im Rahmen der sich stets selbst korrigierenden österreichischen Gerüchtejustiz - gar kein Thema mehr!

Einer der jüngeren Angeklagten - er hatte die anderen bei der Erstvernehmung belastet - berichtete, er sei eine Stunde lang - mit einer kurzen Unterbrechung - vernommen worden. Dabei sei auf ihn "psychologischer Druck" ausgeübt worden; und man habe gedroht, ihn auszuweisen.

Einem anderen Angeklagten droht die Ausweisung unmittelbar - aufgrund solcher Erstvernehmungen. Mit 14. Juli erging an ihn von einem *Dr. Michel* aus dem Innenministerium ein Bescheid, dessen Begründung unter anderem lautet: seine "kriminelle Neigung" sei daraus zu erkennen, daß er "unter dringendem Tat**verdacht**" stehe, "Tatbestände der Nötigung, gefährlichen Drohung, Erpressung und schweren Erpressung ... verwirklicht zu haben". Mithin wird dem Urteil vorgegriffen, die Unschuldsvermutung außer Kraft gesetzt.

Rache der türkischen Mafia, die einen ihrer Stützpunkte in den Spielhallen hat? Komplott, Einflußnahme türkischer Behörden, die der - oppositionellen - Arbeiterorganisation eins auswischen wollen? Unheilige Einfalt der österreichischen Behörden? Zumindest wollte der Staatsanwalt zur fortgesetzten Verhandlung am 3. August um 9 Uhr im Landesgericht die Untersuchungsrichterin Partik-Pablé und die Dolmetscherin vorladen, zwecks Klärung der Undeutlichkeiten und Widersprüche, die in den Aussagen der Zeugen aufgetreten sind. Die Belastung sei "aus *politischen Gründen* erfolgt", so argumentiert auch ein Teil der fünf Verteidiger explizit.

Die Behauptung eben dieses dritten Zeugen, 20.000 Schilling seien für den Kauf von *zwei Raketen* gesammelt worden, wird von einem anderen bestritten: er könne sich an den Zweck der Spende nicht erinnern!

Im Gegensatz zur mehrmals vorkommenden Behauptung, das Geld wäre für kurdische Belange gesammelt worden, betont ein Zeuge: es sind Spenden für die Türkei gewesen. Die Behauptung, es wären im Rahmen der Spendensammlung PKK-Plakate aufgehängt worden, wird von der Verteidigerin durch Vorlage eines (ATIGF-) Plakates gegen Ausländerfeindlichkeit und Menschenhaß widerlegt. Das Plakat bezieht sich auf eine Veranstaltung im Kongreßhaus Margareten; es ist auf ihm weder organisatorisch noch inhaltlich ein PKK-Bezug sichtbar!

Ein Prozeß, dem bis jetzt kaum eine adäquate inhaltlich-juridische Sorgfalt zuteil wurde. Belegbar durch ein "Bonmot", ein wahrhaft fahrlässiges Ungefähr des Staatsanwaltes zum Abschluß der Verhandlung: "**Es kann ja jemand Spenden sammeln und nebenher noch erpressen!**" Mehr begriffliche Schärfe wäre angesagt.

Ein salomonisches Fehlurteil

Die Vorwürfe der österreichischen Justiz sind beim zweiten Verhandlungstermin praktisch in Nichts zusammengefallen!

Am 3. August fand eine Fortsetzung der ersten Verhandlung vom 8. Juli statt. Bei der Juliverhandlung hatte der Staatsanwalt die Behauptung aufgestellt, er wäre - in der Früh vor der Verhandlung! - von der Polizei telefonisch darüber benachrichtigt worden, daß Zeugen mit Mord bedroht wurden. Das hat sich als offenbar haltloses Manöver herausgestellt. Die Behauptung wurde während des Folgetermins auch nicht mit einem Wort erwähnt. Von - wie der Staatsanwalt angekündigt hatte - durchzuführenden Erhebungen nicht eine Spur! Rechtsanwalt Prader: *Eine Behauptung aus dem Blitzblauen!* Mit ihrer Hilfe war Verdunkelungsgefahr begründet worden, wurde es ermöglicht, daß die Beschuldigten noch einen Weiteren Monat im Justizgewahrsam bleiben mußten, mit ihr sollte das Mafiakonstrukt wohl atmosphärisch ein wenig bereichert werden.

Aber auch was die vermutete Erpressung betrifft, so war aus den Zeugenaussagen nichts mehr herauszupressen. Hatten bereits die beim ersten Termin vernommenen Zeugen - mit einer Ausnahme - klar ausgesagt, daß es keine Erpressung und keine Drohung gegeben habe, so

wurde dies von einem weiteren, beim 2. Verhandlungstermin am 3. August vorgeladenen türkischen Gastwirt - er betreibt ein Lokal in der Gudrunstraße in Favoriten - weiterhin bestätigt.

Drei andere Zeugen aus dem türkischen Gastwirtemilieu scheinen jedoch offensichtlich Scheu vor dem Justizbereich zu haben. Sie waren bereits beim ersten Termin nicht erschienen, waren für dewn Folgetermin nochmals vorgeladen worden und erschienen wieder nicht. Ein Vorführungsversuch verlief erfolglos. Sie seien möglicherweise "zu spät" vorgeladen worden, meinte ein Rechtsanwalt kryptisch.

Neben dem Verpuffen des Staatskonstrukts und der auffallenden Labilität dieser Zeugen besteht ein unbestreitbar ganz zentraler Fakt, Rechtsanwalt Riess wies darauf hin: es wurden Spenden *quittiert!* Und gerade daß es Quittungen gab, wurde in der Hauptverhandlung außer acht gelassen, so der Rechtsanwalt. Seit wann stellen Erpresser Quittungen aus? Diese Frage stellt sich auch ein - kleiner - Teil der österreichischen Öffentlichkeit seit nunmehr mehr als 9 Monaten.

Ein recht interessantes Kapital österreichischer Polizeirealität ergab die Anhörung eines Gruppenleiters und eines Kriminalbeamten seiner Gruppe. Beide waren mit den Vernehmungen der Leute aus der Türkei befaßt, wurden vorgeladen. Und sie kamen.

Ihre Gruppe ist mit Erpressungen, Drohungen und Raubüberfällen auf Geschäftsleute betraut, also einigermaßen milieu- und sachkundig; und so drückt es der Kriminalinspektor aus: "Wir bewegen uns natürlich in dieser Szene". Umso sonderbarer die Aussage des Gruppenleiters, es sei ihm von sonstigen kriminellen Delikten - damit sind Glücksspiele, Drogenhandel und ähnliches in einem der Lokale, in denen Erpressungen stattgefunden haben sollen - nichts bekannt!

Die ATIGF hatte bereits im September 1992 ein Flugblatt gegen Glücksspiele in türkischen Lokalen mit deutlicher Nennung des Lokals *Mutlu* in Ottakring und Herausstreichung der Gefährdung und Kriminalisierung der türkischen Jugendlichen durch diese Praxis, die in der Hand der Grauen Wölfe und türkischer Faschisten liegt, herausgegeben. Diese Dokumentation wurde auch dem Gericht vorgelegt.

Der Gruppenleiter will aber über diesen Teil der türkischen Halbwelt - "in der sie sich natürlich bewegen" - und ihren Einfluß auf dieses Lokal keine Informationen besitzen.

Allerdings scheint dort auch noch mit Drogen gehandelt zu werden, und die Polizei ist offensichtlich involviert. Denn immerhin berichtet er, er habe "gehört", daß es dort einmal eine Hausdurchsuchung wegen Drogenhandels gegeben habe, weiters habe er "gehört", daß dort einmal ein Kriminalbeamter festgenommen worden sei. Immerhin - nolens oder volens, das war nicht genau auszumachen - ein kleiner Beitrag Milieu dieser "Zeugen".

Ansonsten haben die Antworten des Gruppenleiters einen offenbar systematisch vagen Charakter, weichen den Fragen in allen Fällen aus.

Die Kernformulierung des von ihm mitverantworteten Berichts "verschiedene Banden und Parteien" würden "Schutzgelder bis zu 15.000 Schilling erpressen" nimmt er bei seiner Befragung vor Gericht zurück, und zwar zweimal jeweils mit den Worten: *"Ich habe das mit diesen Worten nicht geschrieben", "das würde ich nicht schreiben".* Er sei bei der Niederschrift übrigens in Urlaub gewesen.

Für einen verantwortlichen Vertreter der Exekutive ist sein Gedächtnis äußerst schwach ausgebildet. Ob im Fall des türkischen Lokals Maradona ein vertraulicher Hinweis an ihn ergangen sei, - bereits der Betreiber des Lokals in der Gudrunstraße war von der Polizei mit einem dieser "Hinweise" konfrontiert worden, man hätte erfahren, er wäre um 15.000 Schilling erpreßt worden, was er von Anfang an der Polizei gegenüber bestritt - diese Erinnerungsfrage beantwortet er mit: *"Des is a Joa hea, glaum Sie I meak ma jedn Bericht und jeden vertraulichen Hinweis?"* An das Lokal Maradona kann er sich - so wörtlich - "konkret nicht erinnern".

Nun wird ihm in Erinnerung gebracht, wie er bei der Vernehmung einem Beschuldigten mitgeteilt hatte, daß die anderen bereits gestanden hätten. Jetzt vor Gericht befragt, will er sich daran nicht mehr erinnern. Der Akt wird ihm zu lesen gegeben. Er liest und äußert darauf: "Vielleicht ist es ein bisserl unglücklich geschrieben". Auf die Frage, was er dem mit dem Geständnis der anderen konfrontierten Beschuldigten denn vorgeworfen habe, formuliert der Gruppenleiter, wörtlich mitstenographiert: "Ich kann mich *nicht* so erinnnern".

Ein Typus, dessen ungebrochene Selbstsicherheit Auftrumpfen und Agressivität nur mühsam beherrschen kann. An einigen Stellen schlägt es um. Einer der Rechtsanwälte kann eine der angeführten Niederschriften im Akt nicht orten. Als er einige Male gezielt danach fragt, wird er vor Gericht von diesem Polizisten drohend mit den Worten angefahren: "Vielleicht haben *Sie* keine Aktenkenntnis!" Da ist sogar der Richter gezwungen, auf diesen Polizisten beschwichtigend einzuwirken.

Ein Prozeß, der "ein bisserl unglücklich" verläuft, ein bisserl schon bald türkische Ausmaße hat.

Aus der Befragung des Kriminalbeamten nun geht hervor, daß es in Wien keine Zerstörungen von türkischen Lokalen in Folge auf etwaige Erpressungen gegeben hat. Mit einer Art einmütiger Selbstverständlichkeit weiß dieses - dem Bereich des Sicherheitsbüros zugehörige - Exekutivorgan, das sich "natürlich in dieser Szene bewegt", darüber befragt, *nichts* davon, ob die Gastwirte bei den Grauen Wölfen sind, und über das Lokal Mutlu berichtet er schlicht: *"Wenn ich hereinkomm, ramens schnö die Wiafö weg!"* So einfach die Sachen, so konsequenzlos.

Als nachgebohrt wird, ob er Beobachtungen gemacht habe, die "der Gegenseite nicht angenehm sind", verschanzt er sich hinter dem "Amtsgeheimnis". Das Amtsgeheimnis scheint aber ein Knackpunkt zu sein, und zwar ein politisches Geheimnis.

Von einer Mafia der türkischen Grauen Wölfe keine Spur; aber das Spendenkassieren für eine Arbeiterorganisation, das wird unbewiesen als "Mafia" bezeichnet, so auch die von ihm verantwortete Formulierung im Akt. Der Verantwortung will er sich entziehen: Das sei nur "als Beispiel" gewesen, meint der Inspektor.

Und schließlich eine Aussage dieses Kriminalbeamten, die sowohl von der eines Gastwirtes als auch der seines eigenen Gruppenleiters grell divergiert. Den Zeugen seien nicht nur 5 Photos, sondern mehrere vorgelegt worden, berichtet er, zwecks Identifikation via Auswahl - die sogenannte Wahlkonfrontation. RA Riess knapp: Er war der einzige, der dies behauptet!

Die Verahndlung neigt sich dem vagen Ende zu und bringt den Verdächtigten die Freiheit, da der Richter ein - bedingtes - Strafmaß verhängt, dessen Dauer sonderbarerweise gerade dem Ausmaß der übermäßigen Untersuchungshaft entspricht. Sämtliche Angeklagten erheben gegen das Urteil Einspruch.

Eine Verhandlung, bei der immerhin auf die Aussage des *Acar* hin verurteilt wurde. RA Prader über ihn: Von den Polizisten ist indirekt bestätigt worden, daß Acar ein Informant, ein Spitzel sei. Allein auf seine Aussage wird man nicht verurteilen können.

Eine Verhandlung, in der der Staatsanwalt sich zuerst erkundigt, ob die fehlenden Zeugen Belastungszeugen seien, und sodann die Einvernahme beantragt.

RA Ambrosch schließlich: "Der Tatbestand der Erpressung erfordert die gefährliche Drohung. Er muß objektivierbar sein." Eine Verhandlung hiemit, in der eine solche Objektivierung nicht ausgearbeitet wurde, oder nicht ausgearbeitet werden konnte. Eine Objektivierung, die von den vernehmenden Polizisten offenbar von Anfang an nicht mit kohärenter Beweisbildung und Konsequenz auch nur beabsichtigt wurde. Ambrosch: "Man will nur eine Antwort bekommen, die den Verdacht bestätigt!"

Eine Verhandlung - in einer Stadt, in der die türkische, russische und besonders italienische Mafia immer mehr auf das wirtschaftliche und politische Leben zugreifen -, in der es auch nicht mit der geringsten Anstrengung unternommen wird, die Struktur der türkischen Mafia, die ja zentrales Thema der Verhandlung sein müßte, der Grauen Wölfe und der Faschisten zu definieren, und *deren* permanente, für ihre Struktur ja konstitutiven Erpressungen zu "objektivieren".

Für den Richter Dr. Fischer ist jedoch "der dringende Tatverdacht nach wie vor gegeben". "Ein Urteil, ohne die Zeugen (die offensichtlich den Grauen Wölfen zugehören und denen es mühelos gelang, sich zweimal dem Gericht zu entziehen) zu hören, ist nicht möglich". Er will auf die Grauen Wölfe nicht verzichten.

Daß "Zahlungen, Spenden" erfolgt sind, sei *"an sich noch nicht strafbar"*, meint der Richter, entgegen der binären Logik,

die feststellt, ob etwas strafbar ist, oder ob es nicht ist. Mildernd sei es, daß es "beim Versuch geblieben ist", sagt er meint hiermit: a) sei *gleich der Potentialität* von b): ein rhetorisches, aber kaum in die juristische Wissenschaft hinüberzutransponierendes Wienerisches Meisterstückchen. Meint er damit: versuchte Erpressung im Gegensatz zu vollzogener oder, daß Nicht-Erpressung selbstverständlich schon den Keim von Erpressung in sich trägt - etwa in dem Sinn, daß ja ein jeder konstitutionell ein übles Subjekt ist? Kaum dubium, aber contra reum!

Soweit der bisherige Versuch, fünf bisher Unbescholtene zu kriminalisieren.

Drei von ihnen sind nur durch dieses Strudel-Verfahren potentielles Freiwild von Löschnak und Konsorten geworden.

Durch die Frist, die seit Neuestem für die Verlängerung von Visaanträgen gilt, sind drei der Angeklagten direkt bedroht. Wenn zwar von ihnen zwei um die Verlängerung des erforderlichen Visums noch fristgerecht und bevor das Gesetz in Kraft trat angesucht haben, so ist ein weiterer der Angeklagten, der seine zehntausend Schilling netto verdiente, für ein Kind zu sorgen hat und dessen Arbeitserlaubnis bis April 1994 läuft, durch diese U-Haft in eine gefährliche Lage hineinmanövriert worden. Der Antrag auf Asyl, den er gestellt hatte, war eine Woche nach der ersten Verhandlung in 2. Instanz negativ beschieden worden; die Ablehnung wurde durch die kriminellen Delikte begründet, die in diesem Prozeß aufgestellt wurden - dem vagen Urteil vorgreifend.

Bei einem weiteren der Angeklagten ist der Sichtvermerk abgelaufen. Er ist allerdings noch in Besitz eines Visums, das zur Arbeitsaufnahme berechtigt, und das seit 4 Jahren besteht!

Die Annahme, die Hoffnung, beim ersten Verhandlungstermin schon rauszukommen, der psychologische Druck sowohl auf die Betroffenen als auch die Angehörigen bedeutete: Konzentration auf die Betreuung, die unmittelbar erforderlichen rechtsanwaltlichen Kontakte, die Haft und die Verhandlung betreffend, heißt andererseits: keine Kraft mehr haben für sonstige an sich strafrechtsferne Verwaltungsvorgänge wie die Verlängerung des Sichtvermerks. Da kann es passieren, daß trotz unterschriebener Autorisierung für terminlich anstehende Verwlatungsgänge diese nicht beansprucht wird, wie es bei einer Verwandten dieses Angeklagten der Fall war.

Das sind Nuancen, die schwer in eine gerichtskompatible Sprache zu übersetzen sind, subjektive mitkonstituierende Momente eines umgreifenden, handlungshemmenden Drucks. Zu einer von meinem Willen nicht abhängigen Behinderung meiner Entscheidungsfähigkeit, meiner Freizügigkeit durch Zwangsverwahrung - durch eine grob-fahrlässige Justiz verschuldet - gesellst sich eine subjektive Gebrochenheit, in die Staat, Behörde und *vis maior* verstärkt eingreifen, zusätzlich übergroß einwirken.

Bei einem weiteren Angeklagten ist der Sichtvermerk kurz vor der Inhaftierung abgelaufen.

So werden schließlich durch eine bröckelige Justiz ausländische Arbeiter den Deportationsbehörden zugetrieben.

Neueste Entwicklung: Zweien der Beschuldigten wird das Visum verweigert

Am 2. September sprachen *Musa Demir* und *Hildir Gelmez* bei der Fremdenpolizei vor und wollten eine Neuausstellung ihres Visums beantragen.

Demir wurde nach einer Stunde Warten ins Zimmer 206 gerufen. Eine Mappe liegt offen auf dem Tisch. **Zualleroberst ein Bericht der Kronenzeitung,** darunter befinden sich noch mehrere Artikel.

Die Auskunft des Beamten lautet: **Es gibt kein Visum!** Aber man werde es sich noch überlegen. Er soll in drei Wochen wieder vorsprechen. Abgefertigt!

Gelmez hatte im Jahr 1989 um Asyl angesucht. Sein Begehren war in 2. Instanz abgewiesen worden, und zwar mit der Begründung seiner Involvierung in einen vermeintlichen Erpressungsvorgang: dessen Urteil noch gar nicht ergangen war! Eine Stunde Warten. Er wird in Amtszimmer gerufen. Das Visum wird verweigert!

Gelmez fragt den Beamten: *Glauben Sie denn, was in der Kronenzeitung steht?* Der Beamte: "Das (damit meint er wohl: diese Argumentation, d.A.) *interessiert mich nicht!* Sie waren 8 Monate im Gefängnis. Deshalb gibt es für Sie keine Chance. Gute Reise."

Gelmez war geflohen. Er war in der Türkei über Jahre zu wiederholten Malen über eine oder mehrere Wochen lang von zu Hause geholt, verhaftet und gefoltert worden.

Der Terror der Kronenzeitung bestimmt über die Entscheidung der Fremdenpolizei. Die Fremdenpolizei kollaboriert mit der Folterdiktatur.

Die Geschichte von Hildir Gelmez

Erbarmungslose Folter der türkischen Polizeidiktatur an einem Oppositionellen - den die Löschnak-Behörden ausweisen wollen

Für sein Engagement in einem legalen Solidaritäts- und Unterstützungsverein, in dem sich anfang der 80er Jahre Schüler, Studenten und Leute aus anderen Teilen der Bevölkerung trafen - damals war die Gründung von Organisationen der politischen Opposition noch nicht möglich! - mußte *Hildir Gelmez* in der Türkei Haft, Mißhandlungen und Folter erdulden.

Das erste Mal wurde er von der Polizei im Jahre 1982 direkt am Flughafen verhaftet, als er von Österreich in die Türkei kam. Er war daraufhin 10 Tage lang im Gefängnis. Von Anfang 1984 bis Juli 1985 war er vier bis fünfmal zum Verhör in Polizeigewahrsam. Die Dauer des jeweiligen Aufenthalts bewegte sich zwischen 10 und 25 Tagen. Wenn er freigelassen wurde, ging er nicht mehr nach Hause, da er Angst hatte; er hielt sich bei Verwandten oder Freunden auf.

Prügeleien, Salzwasser in Wunden

Bei diesen Verhören wurde er mit einem Schlagstock geschlagen, auf den Rükken und auf die Fußsohlen. Die Fußsohlen wurden mit einem selbstgefertigten Gerät aus Holz so lange geschlagen, bis sie platzten. Nachdem die Fußsohlen geplatzt waren, wurde er zu wiederholten Malen an den Armen genommen, ein Stück lang durch den Raum geschleift und dann absichtlich zu Boden fallen gelassen. Darüber hinaus wurden die Füsse mit den geplatzten Sohlen *in Salzwasser* getaucht!

Als er Ende 1985 von Neuem verhaftet wurde, wurde er schwer gefoltert. Diese Behandlung dauerte insgesamt 22 Tage. Ein Foltermal ist auf seinem Körper noch zu sehen.

Bevor er gefoltert wurde, wurde er beschuldigt, er hätte mit illegalen Organisationen zusammengearbeitet. Und es wurde ihm gedroht, er solle "sich da raushalten". Das Geständnis unterschrieb er unter Zwang. Dennoch wurde es vom Gericht anerkannt.

Folter mit dem Autoreifen

Er hatte sich mit dem Oberkörper ganz auf die Beine niederzubeugen, worauf Kopf wie Beine in einen Autoreifen gepreßt wurden. Sobald er aus dem Reifen wieder herausgelassen wurde, hatte er überall Schmerzen, im Magen, im Inneren des Körpers. Er konnte kaum aufs WC gehen, und wenn, dann nur mit großen Schmerzen.

Es war dies die Folter, die er am häufigsten erleiden mußte. Während der 22 Tage wurde er *mindestens zehnmal* in den Reifen gezwängt.

Palästinenserhaken

Hier wurden zwei Varianten in Anwendung gebracht. Die erste: man wird aufgehängt, und zwar *an einem einzigen Arm!* Er kann sich erinnern, daß er während der 22 Tage mindestens sechsmal auf diese Weise behandelt wurde.

Oder: es werden beide Hände zusammengebunden und zwischen die nach hinten gebogenen Arme und den Rücken wird ein Stock durchgesteckt.

Stromfolter

Dabei wurde er mit eiskaltem Wasser angeschüttet. Weiters wurden Ohrläppchen, Lippen und Geschlechtsteile *unter Strom gesetzt* - auch während der Behandlung mit dem Palästinenserhaken. Besonders in letzterem Fall wurde er mit Wasser beschüttet.

Im allgemeinen wurde er bewußtlos, kurz nachdem er unter Strom stand.

Schläge verursachten Schnittwunde

Eine noch immer deutlich sichtbare Verletzung rührt von einem Ereignis her, das am 12. Tag der Folter stattfand. Neben dem Gefängnis befand sich ein Büro, in dem die Aussagen protokolliert wurden. An diesem Tag wurde er ins Büro gebracht, um sein Geständnis zu unterschreiben. Er weigerte sich mit den Worten: "Das sind schwere Anschuldigungen, das unterschreibe ich nicht!"

Sofort darauf schlug ihn ein Zivilpolizist ins Gesicht. Als er sich umdrehte, um sich zu schützen, schlug ihn jemand von hinten, sodaß er mit der Hand auf eine Fensterscheibe fiel. Durch diese durch den Schlag verursachte Reflexbewegung hat er sich die Hand aufgeschnitten. Die - ober-

halb des Pulses rundherum verlaufende - Narbe ist heute noch zu sehen.

Zusatzbehandlungen und zusätzliche Auswirkungen

Die ersten acht Tage ließ man ihn nicht schlafen. Es gingen ständig Polizisten umher, redeten auf die Gefangenen ein, schütteten sie mit kaltem Wasser an.

Insgesamt *viermal* wurde er während dieser acht Tage *bewußtlos!* Nach dem Aufwachen aus der Bewußtlosigkeit befand er sich stets längere Zeit in einem Zustand von Benommenheit, der den Charakter einer Art von Depression annahm.

Personen, die als Ärzte verkleidet waren, gaben ihm Spritzen, mit denen die Pulsfrequenz auf gleicher Höhe gehalten werden sollte, und gleichzeitig bewirkt wurde, daß er wach blieb - um *weiter gefoltert werden zu können!*

Psychologische Folter

Es wurde ihm gedroht, man würde seine Schwester oder seine Mutter ebenso behandeln wie ihn.

"Eine der größten Schmerzen war es", so wörtlich Hildir Gelmez, daß ihm ganz offen eine gefolterte Frau gezeigt wurde. Im allgemeinen wird verhindert, daß die einzelnen Folteropfer einander sehen. In seinem Fall wurde offenbar bewußt intendiert, daß er die Frau zu Gesicht bekommt.

Als er zwischen zwei Folterungen zum Verhör gebracht wurde, befand sich im selben Raum eine nackte Frau, bei der man sah, daß sie offensichtlich gefoltert worden war, da sie *ständig aus dem Mund blutetet.* Weiters fiel auf, daß sie *extrem müde* wirkte, also lange nicht geschlafen haben mußte. Am unteren Teil des Rükkens waren blaue Schwellungen zu sehen.

Nach den 22 Tagen, während derer er gefoltert wurde, kam er vor Gericht, und nach dem Urteil gleich ins Gefängnis.

Der Folterort

Die Folterungen fanden in *Elazig* statt, einer Stadt im Bezirk *Evler.* Die Adresse ist: *1800 Evler.* Das Gefängnisareal trägt folgenden Namen: *Karayolari Sahasi*; der Name rührt von einer Straßenbaufirma her.

Dem Areal ist von außen nicht anzusehen, daß es sich um ein Folterzentrum handelt. Es ist mit einem Zaun umgeben, liegt oben auf einem Hügel, und es soll tatsächlich der Anschein erweckt werden, daß es sich um so etwas wie eine Straßenbaufirma handelt: am Rand des Grundstückes innerhalb der Umzäunung befinden sich mehrere Häuser und kaputte Maschinen, darunter Bagger und ähnliches, sodaß visuell jegliche Assoziation mit Polizeiaktivitäten ausgeschlossen wird. Über dieses Folterzentrum gibt es noch keine Nachrichten in der Presse der Türkei!

Die Verhöre finden zuerst auf den Polizeikommissariaten statt. Von dort werden die Leute im allgemeinen um Mitternacht aus dem Gefängnis gebracht, und zwar *mit verbundenen Augen.*

Dem Betroffenen wurde von den österreichischen Behörden das Asylansuchen sowie kürzlich der Neuantrag auf Ausstellung eines Visums abgelehnt!

Özgur Gündem vom 2. 9.1993 und 12. 9. 1993

Die türkische Botschaft in der Schweiz ...

... fühlt sich wie zu Hause

Am 24. Juni wurde Semsettin Kurt bei einer Demonstrantion von Kurden, die vor der türkischen Botschaft in Bern (anläßlich der Botschaftsbesetzungen) stattfand, ermordet, als aus der Botschaft auf die Demonstration geschossen wurde. Durch Fotos eines Journalisten unserer Zeitung und durch die Ermittlungen der schweizer Polizei wurde nachgewiesen, daß von Botschafter Kaya Toperi der Befehl an Sicherheitsbeamte der Botschaft gegeben wurde, gezielt auf die Demonstranten zu schießen. Die schweizer Regierung verlangte daraufhin die Aufhebung der Immumität des Botschafters und des Sicherheitsbeamten, der Semsettin Kurt erschossen hat. Die Türkei zog stattdessen Toperi in die Türkei zurück und forderte die Abberufung des schweizer Botschafters in Ankara und zwei weiterer schweizer Diplomaten. Das führte zu einem weiteren Protest der Schweiz.

Eine regierungsnahe schweizer Quelle erklärte dazu: "Die vorhandenen Beweise reichen aus, um die Türkei in dieser Sache für schuldig zu befinden. Aber die Gesetze und die internationale Justiz machen es unmöglich, ein Urteil zu fällen, ohne die Angeklagten anzuhören. Die Türkei ist sich dessen bewußt und deswegen geht sie den Weg, die Auslieferung der beiden Angeklagten zu verweigern und ihre Immumität nicht aufzuheben."

Schweiz: Asyl-Flüchtlingsakten wurden an die türkische Botschaft weitergegeben

Nachdem es zwischen der Türkei und der Schweiz vor kurzer Zeit eine diplomatische Krise gegeben hat, ist jetzt ein Spionageskandal bekanntgeworden. Es wurde festgestellt, daß Nevin Karadag, die bei der Fremdenpolizei Bern arbeitet, die Akten von Flüchtlingen, die in der Schweiz um Asyl angesucht haben, heimlich an die türkischen Behörden weitergegeben hat. Karadag hat vor einiger Zeit im türkischen Konsulat in Zürich als Vertragsbedienstete gearbeitet.

Die Sekrätärin Nevin Karadag hat bis 1986 in der Botschaft in Bern gearbeitet und ist mit einem Schweizer verheiratet. Sie hat später als Übersetzerin bei der Fremdenpolizei in Bern gearbeitet und hat im Laufe ihrer Arbeitszeit Dokumente von politischen Flüchtlingen aus der Türkei, die in der Schweiz um Asyl angesucht haben und andere offizielle Dokumente der Schweizer Behörden an die türkische Botschaft weitergegeben. Dies wurde in der Sendung 'Rundschau' des schweizer Senders DRS berichtet und mit Dokumenten belegt. In dieser Sendung wurden Dokumente gezeigt, und zwar der Asyl-Antrag von Mehmet Topal, einem Flüchtling aus Elbistan (Nordkurdistan), der mit amtlichen Stempeln der türkischen Behörden, und zwar des Justizministeriums versehen war. Weiters wurden in der Sendung weitere Aktivitäten der türkischen Botschaft in der Schweiz gezeigt. Die Fragen, die wir in diesem Zusammenhang an den Regierungssprecher Casanova gerichtet haben, blieben unbeantwortet. Nevin Karadag vermied es, mit Journalisten zu sprechen. In einer Erklärung der Berner Polizei wurde gesagt, daß die Ermittlungen weitergingen und manche MitarbeiterInnen der schweizer Asylbehörde ihr Amt mißbraucht hätten. Die Haltung der türkischen Diplomaten führt dazu, daß es immer mehr öffentliche Reaktionen gibt.

Agentenkette der türkischen Diplomaten

Nachdem die Entwicklungen der vergangenen Tage bekannt wurden, kamen weitere Beweise an die Öffentlichkeit, die die Existenz eines breiten Spionagenetzes der Türkei in der Schweiz belegen. Es wurde der Vorwurf erhoben, daß die Türkei auch schweizer Staatsbürger als Spitzel für sich arbeiten ließ. In einer Erklärung an die Öffentlichkeit hat der schweizer Diplomat Heinrich Maurer den Vorwurf erhoben, daß der Berner Rechtsanwalt Werner Spereg Informant der Türkei in Sachen Spionage und Politik sei. Die immer breiter werdende Spionagekette legt eine Qualität dar, die zeigt, daß die offiziellen Behörden der Schweiz an die Geschehnisse unvorsichtig und uninteressiert herangegangen sind. Ein Parlamentarier, der seinen Namen nicht veröffentlicht haben will, hat folgendes gesagt: "Die schweizer Regierung muß entschlossener ihre Sicherheitsprobleme wahrnehmen, ohne sich um die Vorwürfe der Türkei, die Schweiz unterstütze die Kurden, zu kümmern". Die Wochenzeitung WOZ, die über diese Sache ausführlicher berichtet hatte und auch von einer Unsensibilität des schweizer Justizministeriums sprach, berichtete weiter, daß der von DemokratInnen aus der Türkei und kurdischen Flüchtlingen abgelehnte Dolmetscher Onur Saydam jahrelang Informationen des Asylbüros an die Türkei weitergegeben hat. Von Onur Saydam, der gleichzeitig Vorstandsmitglied des islamischen Kulturzentrums in Bern ist, wissen alle außer den Schweizer Behörden, daß er seit langem diese Aktivitäten ausführt. Er ist bekannt dafür, daß er ohne Angst vor den offiziellen Behörden der Schweiz den Flüchtlingen vorwarf, sie würden die Türkei schlecht machen. Es gibt einen Brief des türkischen Konsulats an einen Flüchtling, dessen Adresse nur über Saydam aus den Asylakten bekannt geworden sein kann.

LeserInbrief

Liebe GenossInnen vom Infoverteiler in Wien!

Wir haben zu unserer Freude euren Artikel "Autonomer Abschied von der Politik - der 1. Mai in Berlin" im Infoverteiler Nr. 35 vom Juli 1993 gelesen und möchten euch unsere Kritik zu eurem Artikel mitteilen.

Zuerst einmal hat es uns gefreut, daß ihr zu Ereignissen über eure Landesgrenzen hinaus Stellung genommen habt, weil das den Internationalismus voraussetzt. Wir teilen eure Kritik an den Berliner Autonomen ganz. Auch die Kritik an den Opportunismus in Teilen des revolutionären Plenums teilen wir, zumal wir ihn ja selbst erfahren haben. Was jedoch fehlt, und wir euch kritisieren wollen, ist eine Kritik an der Theorie und Praxis der sogenannten RIM. Die sogenannte RIM kommt einfach zu gut weg bei euch. Es sind nicht nur Autonome, die Kritik an der RIM haben, sondern auch wir. Wir kritisieren die sogenannte RIM (TKP/ML Maoistische Parteizentrale, Revolutionäre Kommunisten etc.), wie wir es auch in unserer Stellungnahme zum 1. Mai getan haben, nicht mit der selben Absicht, wie es die Autonomen tun, um den Anti-Kommunismus zu schüren oder die internationale Solidarität auch mit revolutionären Parteien wie der PCP fallen zu lassen, nur weil die sogenannte RIM hier in der Stadt viel Mist baut, sondern um in der revolutionären Bewegung vorwärts zu kommen und dabei die Fehler und Schwächen zu überwinden. Der Anti-Kommunismus der Autonomen findet seine Bestätigung vollauf in der Praxis der "K-Gruppe" RIM, mit dem wir dann als Gruppe, die vorgibt, die eigentliche Vertreterin des Kommunismus zu sein, zu kämpfen haben. Sowohl der Anti-Kommunismus der Autonomen, der beim diesjährigen 1. Mai zur Spaltung und zum Scheitern einer gemeinsamen revolutionären Politik geführt hat, als auch die Praxis der sogenannten RIM sind schädlich. So wichtig es für uns ist, in erster Linie den Anti-Kommunismus der Autonomen zu bekämpfen, so darf jedoch mit Kritik an der provokativen und zum Teil sektiererischen Praxis der sogenannten RIM nicht gespart werden und das ist der Mangel eures Papiers. Es ist abgesehen von ihrer anti-ML-Linie und ihrer "wir sind die einzigen Revoluzzer - alle anderen sind Kapitulatoren"-Ideologie, vor allem auch ihre Praxis, die uns ziemlich nervt. Da sie die größten Revoluzzer sind, müssen sie bei jeder Aktion auch die Vorhut spielen, provokatives Verhalten gegenüber den Bullen an den Tag legen und ihr Revoluzzer-Sein auch am allerlautesten hinausschreien. Da wo sie mitlaufen, ist immer ein unstabiler Teil der Demonstration, was die Demo immer als Ganzes gefährdet. Sie brauchen sich nicht an allgemeingültige Verhaltensregeln zu halten, große Revoluzzer tun dies nicht, sie ziehen ihre Sache durch. Es ist so, daß die sogenannte RIM z.B. unbedingt, obwohl es nicht abgesprochen ist, immer einen eigenen Lauti zwecks Agitation auf den 1. Mai-Demos dabei haben muß. Wenn das alle 200 Gruppen für sich beanspruchen würden, dann hätten wir die totale Lautischlacht auf den Demos. Obwohl die Lautis neben Propaganda auch für die Leitung, den Ablauf und die Sicherheit der Demos gedacht sind und unter einer gewissen Kontrolle der Organisatoren stehen, muß die RIM, die sich nicht an der Vorbereitung beteiligt, immer ihren Lauti dabei haben und die anderen übertönen. Die Arroganz der sogenannten RIM macht sie für Kritik unangreifbar, sie schottet sich einfach ab und ist für Diskussionen nicht offen.

Mit ihrer Praxis, die teilweise brutal ist (siehe Stellungnahme vom 1. Mai 1992) fördert sie den Anti-Kommunismus, den wir dann auszubaden haben.

Um die Praxis der sogenannten RIM verstehen zu können, ist es sinnvoll, sich auch deren Ideologie mal anzuschauen. Dazu schicken wir euch eine alte Bewertung von uns. Auch wenn sie nicht direkt die sogenannte RIM meint, so ist die ideologische Grundlage der sogenannten RIM übereinstimmend mit der, (mit der sich) unsere Bewertung auseinandersetzt.

Anbei schicken wir euch auch noch eine Stellungnahme zum 1. Mai 1993. Wir wünschen euch viel Spaß bei der Lektüre und hoffen auf fruchtbare Auseinandersetzungen.

Mit solidarischem Gruß, für BP, 17.8.1993

Bolsevik Partizan

Verurteilen wir Provokationen, die nur den Bullen nützlich sein können

Stellungnahme zu den Ereignissen in und um den Internationalistischen Block am 1. Mai 1992

Wir als Bolsevik Partizan (BP) waren die einzige ausländische Organisation, die an der Demo-Vorbereitung beteiligt war. Es war uns von Anfang an wichtig, daß es auf der Demo einen starken Internationalistischen Block, mit deutschen und ausländischen Revolutionären gibt. Als InitiatorInnen des Inter-Blocks haben wir ein Vorbereitungstreffen organisiert, zu dem wir auch etliche Gruppen aus der Türkei/ Nordkurdistan (T/NK) eingeladen hatten. Zu dem besagten Treffen kam nur eine einzige Organisation, TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei), die sich auch organisatorisch (z.B. Wagenschutz) an dem Block beteiligen wollte. Abgesprochen hatten wir mit dieser Gruppe noch, daß sie vor dem Lauti laufen soll und wir als BP, zwecks Lauti-Schutz, dahinter.

Erst zwei Tage vor dem 1. Mai, am Mittwoch, 29.4.1992, kamen Partizan (ATIF), Dev-Sol-Gücler, TKP/ML Hareketi (die in West-Deutschland ein gemeinsames 1.-Mai-Demo-Bündnis gebildet haben) zu einem Vorbereitungstreffen und wollten Rederecht auf der 1. Mai-Demo haben, legten sich aber nicht fest, wo sie mitlaufen wollten, übernahmen keinerlei Aufgaben und blieben auch nicht zur anschließenden Vollversammlung (VV). Bei einem weiteren Vorbereitungstreffen, am Donnerstag, 30.4., zu dem zwei Vertreter des oben genannten Bündnisses kamen, wurde vereinbart, daß diese OrganisatorInnen als Block hinter dem Inter-Block (mit dem sie nichts zu tun haben wollten, keinen Schutz, kein Wagenschieben) laufen und ihre Redebeiträge halten können.

Am 1. Mai selbst, vor Beginn der Demo, als der Inter-Block gerade dabei war sich zu formieren, versuchten Partizan-Leute BP-Leute, die sich hinter dem Lauti aufgestellt hatten, gewaltsam von dort zu verdrängen. Aggressiv und um sich herumschlagend, versuchten sie den Lauti zu beschlagnahmen. Die Partizan-Leute behaupteten, daß vom Komitee (ihr eigenes wohl) beschlossen worden sei, daß sie direkt hinter dem Lauti laufen könnten, obwohl es vom Koordinierungstreffen des 1. Mai und von den zuständigen Leuten für den Inter-Block so einen Beschluß niemals gab. Die Partizan-Leute sprachen den Leuten von BP aus dem Vorbereitungskomitee für den Inter-Block jegliche Entscheidungsbefugnis ab und schlugen teils mit Transpi-Stöcken auf sie und alle anderen BP-SympathisantInnen ein. Es entstand ein größerer Tumult, in den sich zunehmend mehr Partizan-Leute einmischten und prügelten. Die zahlenmäßig unterlegenen BP-Leute, die eine gewalttätige Auseinandersetzung ablehnten, versuchten verbal den Streit zu schlichten. Eine BP-Frau aus dem Vorbereitungskomitee bat die Demo-Leitung am ersten Lauti um Hilfe, da die Situation völlig eskaliert war. Nach mehrmaligen Lauti-Durchsagen, daß BP hinter dem Lauti läuft, hörten die Partizan-Leute mit Prügeln erst dann auf, als unerwartet die RIM mit ihrem Lauti plötzlich in die Menge fuhr und sich mit ihrem Schlägertrupp einen Weg durch die DemonstrantInnen in die Mitte der Demo schlug. Als BP-Leute aus dem Vorbereitungskomitee die RIM aufforderten, ihre Schlägertrupps zurückzuziehen, schlugen diese auf sie ein. Im Nachhinein entstand eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen RIM und Autonomen, in der sowohl antikommunistische/antistalinistische Parolen gerufen, als auch Flaschen und Gegenstände völlig ziellos und verantwortungslos geworfen wurden. Ein Teilnehmer aus dem Vorbereitungstreffen des 1. Mai wurde dabei erheblich verletzt.

Als die Demo dann schließlich losging, lief die TDKP auf Vereinbarung mit den Komiteemitgliedern vor dem Lauti auf, und davor stellten sich gegen die Abmachung Partizan, Dev-Sol Gücler und TKP/

ML Hareketi. Die drei letztgenannten Gruppen wollten aber nicht direkt hinter der RIM laufen und hielten soviel Abstand, daß Autos, Bullen etc. dazwischen durchfahren konnten und es praktisch zwei Demos gab. Auch innerhalb ihrer Blöcke hielten sie extremen Abstand und hielten ständig zum Parolenrufen an. Auch bei verstärkter Bullenpräsenz waren sie nicht bereit aus Sicherheitsgründen zu schließen.

Fazit zu der Partizan-Provokation:

* durch ihre Provokation hat Partizan die Demo gefährdet und den Bullen die Möglichkeit gegeben einzugreifen
* als sie die zahlenmäßig unterlegenen BP-Leute sahen, haben sie versucht, das Recht des Stärkeren gedwaltsam durchzusetzen und den Lauti für sich zu instrumentalisieren
* ihr Verhalten unterscheidet sich im Kern nicht von dem der RIM. Entgegen jeder revolutionären Moral und demokratischen Prinzipien unter RevolutionärInnen haben sie Gewalt gegen eine revolutionäre Gruppe angewendet und versucht, ihre Gruppeninteressen gegen die Abmachungen gewaltsam durchzusetzen
* das durch Partizan entstandene Chaos wurde von der RIM ausgenutzt.

Wir Bolsevik-Partizan-SympathisantInnen verurteilen entschiedenst die Provokation von Partizan und rufen sie auf, solch ein Verhalten in der Zukunft zu unterlassen. Jegliche Provokationen müssen aus den Reihen der RevolutionärInnen verbannt werden. Ferner fordern wir von Partizan eine Selbstkritik hinsichtlich ihres Verhaltens.

Zu den anderen Organisationen aus der Türkei/Nordkurdistan:

Sie haben ein zutiefst unsolidarisches und gruppenegoistisches Verhalten an den Tag gelegt. Trotz mehrmaliger Aufforderung haben sie keinen einzigen Menschen für den Lauti-Schutz bereitgestellt, aber Terror (hier vor allem Partizan) wegen des Rederechts gemacht.

Zu den Autonomen:

Die Reaktion der Leute auf der Demo (Nichtverhalten, die Falschen treffen, antikommunistische/antistalinistische Parolen) zeigt uns, wie wenig sich die Autonomen mit ausländischen Organisationen auseinandersetzen und sie ernst nehmen. Die Wut auf das unsolidarische und brutale Vorgehen der RIM richtet sich auf Demos immer mehr gegen alle kurdisch und türkisch aussehenden Menschen. Die 1. Mai-Vorbereitungsleute fühlten sich in dieser Situation auch von den Autonomen bedroht, die antikommunistische/antistalinistische Parolen schrieen und wahllos zuschlugen. Wir haben als BP, als MarxistInnen/LeninistInnen, als KommunistInnen eine ganz klar verteidigende Position zu Stalin und wollen, daß das in Bündnissen auch respektiert wird und Differenzen politisch ausgetragen werden. Wir als BP distanzieren uns von RIM, die für uns keine MarxistInnen/LeninistInnen, keine KommunistInnen sind und lehnen die zusammenarbeit mit ihnen ab, solange sie keine Selbstkritik an ihrer provokativen und gefährlichen Praxis üben und ihr Verhalten sich nicht ändert. Das Verhalten einiger sich kommunistisch gebender Gruppen darf nicht dazu benutzt werden, den Kommunismus und andere ihn vertretende Gruppen in den selben Schmutz zu ziehen.

Die antikommunistische/antistalinistische Propaganda muß beendet werden.

Es ist Zeit, daß die Autonomen differenzierter an die ausländischen Gruppen herangehen.

Zum Abschluß noch: Obwohl bei der VV ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß es kaum Schutz für den Inter-Block gibt, weil wir als BP als einzige ausländische Organisation zahlreiche andere Aufgaben mit übernommen haben, waren bei der Demo kaum Schutzleute da. Während auf der VV vorgeschlagen wurde, sogar Bullenwannen anzugreifen, um die Flüchtlinge zu schützen, waren es letztendlich die Flüchtlinge und UnterstützerInnen, die den Lauti geschützt und geschoben haben und der Autonome Block im vorderen Teil der Demo nicht wußte, was Sache war.

SympathisantInnen von BP in Berlin

Diese Stellungnahme wurde an Interim geschickt und NICHT veröffentlicht!

Stellungnahme zur revolutionären 1. Mai Demo

Spaltung zwischen Reformisten und RevolutionärInnen:

Im Vergleich zu der vorjährigen 1. Mai Demo hat die diesjährige an Entschlossenheit, Militanz und Ausdrucksstärke verloren. Stattdessen bestimmten Zerstreuung, Chaos, Schwäche gegenüber Bullen und Unsicherheit bei der Vorgehensweise den Charakter der Demo. Im Zusammenhang mit der revolutionären 1. Mai Demo haben die schon lange andauernden Auseinandersetzungen in der linken Szene zu einer offenen Spaltung zwischen einem reformistischen und einem revolutionären Flügel geführt. Das fing im Vorfeld der Vorbereitungen zur revolutionären 1. Mai Demo mit verleumderischen Artikeln von TAZ bis Interim und der damit einhergehenden antikommunistischen Hetze an: "Die Mai-Vorbereitungsgruppe wird von dogmatischen Gruppen und ML-Sekten dominiert. (...) Dogmatiker und Zentralisten" (Aufruf des Autonomen 1. Mai Vorbereitungsplenums, Interim Nr. 237, S. 12) "Immer mehr ML-Kader (von Soft- und Hardcore-"StalinistInnen" bis TrotzkistInnen)" (Interim Nr. 235, S. 8), ging zum Putsch der Vollversammlung (VV) durch den Teil um die autonome Aristokratenkaste am 1. April über und zeigte sich schließlich in ihrer reformistischen Ausdruckslosigkeit auf der Demo selbst. Einem Teil der autonomen Szene geht es keineswegs um revolutionäre Politik, sondern um die Beibehaltung des Status Quo, um die Einzwängung jedes revolutionären Ansatzes in staatskonforme Bahnen. Ihnen geht es keineswegs um revolutionäre Veränderung der bestehenden Ordnung, sie wollen nur ihre heile WG-Welt und das autonome "Lebensgefühl" aufrechterhalten. Mit diesem Teil der Autonomen haben wir gewiß kaum Gemeinsamkeiten, jedoch viel mit dem Teil, der das patriarchale-imperialistische System nicht reformieren, sondern durch eine Revolution auf den Müllhaufen der Geschichte befördern will, der die Internationale Solidarität nicht bei einem Lippenbekenntnis beläßt, sondern sie praktisch zeigt, der eine revolutionäre Organisierung einem Haufen Unorganisierter vorzieht. Natürlich gibt es Differenzen ideologischer, organisatorischer und praktisch-politischer Art unter uns, die jedoch kein Hindernis für eine Zusammenarbeit sein dürfen. Unsere Bündnisfähigkeit gegen kapitalistische Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung und faschistischen Terror dürfen wir am Vorhandensein dieser Differenzen nicht scheitern lassen.

Unsere Differenzen müssen politisch-ideologisch ausgetragen werden, so daß wir z.B. gegen die Staatsbüttel und Faschisten freie Hand haben und keinen Angriff aus den eigenen Reihen befürchten müssen. Für uns gehören alle Gruppen, die für eine revolutionäre Umwälzung der bestehenden Ordnung kämpfen, auf eine Seite. Differenzen und Konflikte dürfen unter uns nur friedlich und nicht mit Gewaltmethoden gelöst werden.

Die heraufbeschworene Spaltung zwischen ML-Gruppen und Autonomen durch die autonomen Aristokraten ist ein letzter Versuch, die eigene Perspektivlosigkeit mit verleumderischen Mitteln zu vertuschen und die eigene Unfähigkeit, revolutionäre Politik zu machen, zu verdecken, indem die Basis mit dem Gespenst des Kommunismus abgeschreckt wird.

Autonomismus und Antikommunismus!

Der immer wieder selbst zugegebene Fehler einer nicht geführten inhaltlichen Auseinandersetzung mit Gruppen wie Bolsevik Partizan, in diesem Zusammenhang auch über Stalin, wird bisher ganz schnell, wie auch in den einschlägigen autonomen Blättern nachzulesen ist, nur mit einigen demagogischen Schlagwörtern unter den Tisch gekehrt. Eine theoretische Analyse, die auf wissenschaftlicher Methode, auf Dokumenten und geschichtlichen Tatsachen beruht, scheitert schon in ihren Anfängen, weil etliche Autonome faul sind und ein bequemes "Lebensgefühl" haben. Wozu auch selber nachforschen, wenn andere AntikommunistInnen die Arbeit schon gemacht haben. Wenn, wie in Interim Nr.235, S.9 behauptet wird: "... unsere Hauptkritik an Stalin ist, daß sich seine Verfolgungspolitik hauptsächlich gegen

einige Leute gerichtet hat. Wir verbinden mit 'Stalinismus' immer die Verfolgung von linken KritikerInnen", so ist das nichts Neues, sondern das, was die Bourgeoisie (Herbert Wehner läßt grüßen) und andere AntikommunistInnen schon immer zur Verleumdung Stalins behauptet haben. Es ist nichts Neues, was die erklärten Feinde des Kommunismus zur Anschwärzung Stalins behaupten; und zurecht sieht die Weltbourgeoisie rot, wenn sie den Namen Stalins hört. Sein Name steht als Symbol für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, für die Überlegenheit des Sozialismus über den Imperialismus, für die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der Befreiung der Völker der Welt vom faschistischen Joch, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Im Grunde ist der Anti-"Stalinismus" nur ein platter Anti-Kommunismus.

Für die Autonomen, die sich über die Geschichte der SU unter Stalin etwas schlauer machen wollen, seien hier zunächst einmal zwei Literaturhinweise angegeben: Wen die Verfolgung der sogenannten linken KritikerInnen interessiert, die/der sollte mal die Protokolle der Moskauer Prozesse aus dem Jahre 1936 nachlesen, die vor der Weltöffentlichkeit durchgeführt und die bei Red Star Press nachgedruckt worden sind. Die zweite ziemlich spannende Lektüre ist über den geheimen Krieg gegen die SU und liest sich wie ein Agentenroman: "Die große Verschwörung" von Michael Sayers und Albert E. Kahn.

Wir als Sympis von Bolsevik Partizan haben immer wieder in Verbindung mit dem revolutionären 1. Mai die Erfahrung gemacht, daß die Autonomen ihre Haltung zu Stalin uns aufdrücken wollen. Eine Ablehnung Stalins wird als Vorbedingung der Zusammenarbeit gemacht, obwohl sie genau wissen, daß wir in dieser Frage keinen Konsens erreichen können. Ein Verbot oder eine Zensur in dieser Frage ist ein blanker Hohn gegenüber revolutionären Gruppen, was einer Zensur durch Staatsschutzorgane gleich käme.

Auch auf der diesjährigen revolutionären 1. Mai-Demo gab es antikommunistische/antistalinistische Äußerungen und Praktiken. Bei der Auseinandersetzung mit der sogenannten RIM wurden antikommunistische Parolen gerufen; mehrere Male wurde versucht, das Transpi mit den fünf Köpfen (Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao), das FreundInnen von ATIF trugen, herunterzureißen. Keine Gruppe darf sich anmaßen, eine andere Gruppe in ihrer Agit-Prop-Freiheit einzuschränken, ihnen Verbote auszusprechen und womöglich diese auch noch mit Gewalt durchzusetzen. Dagegen setzen wir "Einheit in der Aktion, Freiheit in der Agitation und Propaganda" als ein allgemeines Prinzip der Zusammenarbeit von verschiedenen revolutionären Gruppen. Gerade an diesem Punkt der Auseinandersetzung zeigt sich, wie autoritär die "antiautoritären" Autonomen gegen andere revolutionäre Gruppen vorgehen. Sie schrecken nicht einmal vor der autoritärsten Form der Auseinandersetzung, nämlich der Gewalt zurück. Welch ein Hohn ist es, wenn diese Zensoren sich gegen "Stalinismus" stellen, weil der Stalinismus angeblich "linke KritikerInnen" verfolgt haben soll!

Ein Vorwurf, womit die Selbstisolation im Ghetto gerechtfertigt wird, ist der des Dogmatismus, den Autonome auch Bolsevik Partizan vorwerfen. Vorschläge, die vom revolutionären Vorbereitungsplenum gemacht wurden, um die Selbstisolierung im Ghetto aufzubrechen, andere soziale Kämpfe wie die der ArbeiterInnenklasse mit in die Demovorbereitung einzubeziehen, werden von autonomen Betonköpfen als Dogmatismus angeprangert. Alle sozialen und politischen Rechte in diesem Land, auf denen sich auch etliche Autonome gerne ihren Arsch platt sitzen, sind in erster Linie Produkte der Kämpfe der ArbeiterInnenklasse, die sie mit viel Schweiß und Blut bezahlen mußte. Hier seien nur zwei Ereignisse erwähnt, einmal die Revolution von 1918 und der Kampf gegen den Hitlerfaschismus, wo die besten VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse KommunistInnen/SozialistInnen an vorderster Front für die Revolution und den Sozialismus, der die weitestgehenden Rechte und Freiheiten garantieren kann, gekämpft haben. Für die sozialistische Revolution hat es 1918 zwar nicht gereicht, dafür wurde die Monarchie hinweggefegt und die bürgerliche Demokratie eingeführt. Welche Rechte haben die Autonomen erkämpft, daß sie so verachtend über die Maloche und MalocherInnen sprechen können? Es ist eine typische Form des Dogmatismus, wenn Autonome immer wieder sich aufs Kreuzberger Ritual vom Mai 1987 berufen, was sich im Routenvorschlag (Kreuzberg/Neukölln) des autonomen Vorbereitungsplenums widerspiegelte. Auf den Vorschlag, aufgrund der brisanten Arbeitskämpfe am 1. Mai zum DGB zu gehen und ihm tüchtig in die Suppe zu spucken. antworteten autonome Ritualisten: "... eine Vorbereitungsgruppe ... die mit einigen unserer autonomen 'Prinzipien' brechen will, brechen wollte. Genannt sei hier nur 10.30 Uhr Neptunbrunnen ..., statt 13.00 Uhr O-Platz ...", (Interim Nr. 235, S. 8). Ein Aufbrechen der verkrusteten Riten stößt bei Steinzeitautonomen, die zudem auch noch unverschämterweise das Wort Revolution in den Mund nehmen, auf scharfen Protest. In der Interim Nr. 234 S. 17 schreibt ein weiterer Steinzeitautonomer, entsprechend seiner kleinbürgerlichen Anatomie: "Interessieren würde uns viel mehr, warum wir schon um 10.30 Uhr auf der Matte stehen sollen, um dann nach j.w.d. zu latschen. Glaubt ihr im Ernst, ihr tut der Klasse damit einen Gefallen?" Der 1. Mai ist ein Tag, an dem auf der ganzen Welt die Werktätigen auf die Straße gehen, um ihern Haß gegen das bestehende System zum Ausdruck zu bringen. Es ist ein Tag der Einheit, der Solidarität und des Kampfes der ArbeiterInnenklasse der ganzen Welt, so wie er vor ca. hundert Jahren aus der Taufe gehoben wurde. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, diesen Tag mit dem richtigen Inhalt zu feiern, der reformistischen Politik der Klassenversöhnung eine revolutionäre Klassenpolitik entgegenzusetzen. Und aus diesem Grund kann es schon mal passieren, daß die Klasse auch mal um 10.30 Uhr auf der Matte sein muß. Wenn du das nicht kannst, dann bleib zu Hause. Projeziere aber nicht deine Trägheit auf die ArbeiterInnenklasse, die jeden Tag ziemlich früh auf der Matte ist, um ihr Brot zu verdienen.

Viele Autonome sind mit ihrem Latein am Ende! Mit dem Zusammenbruch des sozialfaschistischen Ostblocks und der Einverleibung der DDR durch den BRD-Imperialismus ist die heile WG-Welt der Autonomen verstärkt ins Wanken geraten. Wie über Nacht hat die Faschisierung nach innen, die militärische Aggression nach außen, die Kapitaloffensive und damit einhergehend der Sozialabbau die Autonomen überrollt. Immer mehr Strukturen werden vom Staat zerschlagen, immer mehr Terrain geht verloren. Die herkömmlichen autonomen Mittel sind unbrauchbar, sie können dem Feind nichts entgegensetzen. Anstatt mit effektiveren Organisationsformen, wir meinen den Aufbau einer bolschewistischen Partei, die sich als soziale Basis auf die ArbeiterInnnenklasse bezieht, weil nur die ein Interesse an grundlegenden Veränderungen hat und es schaffen könnte, angemessen zu reagieren, wird umso mehr mit Durchhalteparolen an überlebten Sitten festgehalten. Das autonome "Lebensgefühl" steht im krassen Widerspruch zum Leben der werktätigen Menschen, das von Arbeitsdruck, Streß, rassistischer und sexistischer Anmache am Arbeitsplatz, ständiger Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes, für viele Millionen vor allem Frauen (ehemalige DDR) Arbeitslosigkeit, soziale Verelendung etc. etc. bedeutet. Die Autonomen sollten sich mal fragen, warum kaum ausländische Menschen sich in ihren Strukturen befinden.

Die Praxis als Spiegel der Politik

Ein Fehler von uns war, daß wir nicht rechtzeitig und offensiv genug die Einbeziehung vieler reformistischer Gruppen, was in erster Linie von FELS und Autonomen KommunistInnen gefordert wurde, unterbunden haben, um stattdessen die Beteiligung radikaler autonomer Gruppen durchzusetzen, was eher unser Wunsch war. Dazu kam, daß viele autonome Gruppen durch ihren unbegründeten Ausstieg aus der Vorbereitung und durch ihre Weigerung einer Zusammenarbeit mit ML-Gruppen die chaotische Situation selber geschaffen haben, und eine gemeinsame revolutionäre Politik am 1. Mai somit verhindert haben. Die revolutionäre 1. Mai-Demo hat gezeigt, daß ein Bündnis von wirklich revolutionären Gruppen geschaffen werden muß, die einen aufrechten Willen zur Zusammenarbeit haben. Wir dürfen keine reformistischen Gruppen in unseren Bündnissen dulden, wie es beim diesjährigen 1. Mai der Fall war, und wo vor allem durch ein langes Hinhalten

durch die reformistischen kritischen GewerkschafterInnen die ganze Vorbereitung gebremst wurde. Die Demo hat noch einmal gezeigt, daß die Grenze zwischen Reformismus und Revolution und nicht zwischen verschiedenen revolutionären Gruppen verläuft.

Eine revolutionäre 1. Mai-Demo braucht auch keine Leute, denen die eigene Selbdarstellung wichtiger ist, als kraftvolle und ausdrucksstarke Blöcke hinzukriegen. Diese Kritik gehört besonders den Autonomen KommunistInnen, die sich bei der Vorbereitung besonders wichtig getan haben, aber nicht einmal eine Handvoll Leute für das Leittranspi und erste Ketten mobilisieren konnten. Auch ATIFs Erscheinung glich eher einem Sonntagsspaziergang als einer kämpferischen Manifestation. Überhaupt keine Ketten und viel Luft zwischen den eigenen Reihen, obwohl wir festgestellt hatten, daß vor allem der erste Teil der Demo ihren Charakter bestimmt.

Die Demoleitung und das Meldesystem sind auch zusammengebrochen und es herrschte fast nur noch Chaos. Es bleibt zu hoffen, daß es bei der nächsten Demo besser gemacht wird.

Noch zwei Worte zu Dev-Sol: Wie vielleicht einige wissen, wurde den beiden Flügeln von Dev-Sol sowohl mündlich als auch schriftlich mitgeteilt, daß aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen unter ihnen das Vorbereitungsplenum nicht die Verantwortung übernehmen würde, wenn sie den Konflikt auf der Demo austragen wollten. Deshalb wurde an beide Flügel appelliert, nicht auf der Demo zu erscheinen, um auch eventuelle Provokationen von Seiten des VS, Bullen, MIT (türkischer Geheimdienst) zu unterbinden. Es wurde auch bekannt gegeben, daß im Falle des Erscheinens einer dieser Gruppen die Demo aufgelöst werden würde, was trotz des Erscheinens des DK-Flügels nicht geschah. Es war falsch, das anzukündigen und dann nicht zu tun! Dieses verantwortungslose und unsolidarische Verhalten führte nicht zu einer direkten Konfrontation, weil sich der Bedri Yagan-Flügel an unseren Appell gehalten hatte und nicht erschienen war.

Zur sogenannten RIM

Der Konflikt um die sogenannte RIM schwillt schon seit längerer Zeit an und in dieser Auseinandersetzung wird sowohl von autonomer als auch von der RIM-Seite der Versuch unternommen, diesen Konflikt mit Gewalt für sich zu entscheiden. Wie jede/jeder beobachten konnte, gab es im Zusammenhang damit auch viele Verletzte auf der Demo und gefährdete die Demo als ganzes. Die sog. RIM, darunter fallen TKP/ML Maoistische Parteizentrale, RKs und andere, fällt mit ihrem provokativem und sektiererischen Verhalten auf, sie hat z.B. trotz Ablehnung durch das Vorbereitungsplenum einen eigenen Lauti zur Demo mitgebracht. Auch wenn es Mißverständnisse gab, wo sie rein sollten, so gibt es nicht eine einzige Rechtfertigung dafür, sich rumzuprügeln, wo sie rein sollen, "dürfen" oder können. Von keiner Seite aus, weder von RIM noch von Autonomen. Was Lauti angeht, muß die RIM gezwungen werden, sich an Absprachen zu halten.

Die Autonomen werfen Stalin die Verfolgung sogenannter linker KritikerInnen vor, aber die Methoden, die die Autonomen Stalin vorwerfen, wenden sie selber an. Anstatt die RIM politisch zu isolieren, durch eine bessere Politik und Arbeit, versuchen sie, durch Gewaltmethoden, durch das Recht des Stärkeren, so wie es die RIM auch praktiziert, den Konflikt für sich zu entscheiden. Sowohl in ihrem unsolidarischen Verhalten als auch zum Teil in ihrer Kritik an Stalin gleichen sich viele Autonome und RIM. (Das habt ihr noch überhaupt nicht mitbekommen, daß die RIM Stalin angreift.) Die RIM ist für uns keine kommunistische Gruppe. Es ist bezeichnend für viele Autonome, daß das Verhalten der RIM dafür benutzt wird, antikommunistische-antistalinistische Propaganda zu betreiben. Sie sind unglaubwürdig, wenn sie alle K-Gruppen in einen Topf werfen, anstatt zuzugeben, daß es auch anders arbeitende Gruppen gibt. Zuletzt noch auf der diesjährigen 1. Mai-Demo wurde sogar soweit gegangen, den Rausschmiß der sogenannten RIM aus der Demo durch die Bullen zu beklatschen und in der Interim Nr.240 S.8 es auch noch zu rechtfertigen. Die Gewaltanwendung unter Revolutionären kann früher oder später nur in objektiver Zusammenarbeit mit der Polizei, in Unterstützung der Konterrevolution münden.

Für eine starke kommunistische Organisierung!

Für einen revolutionären kommunistischen 1. Mai 1994!

SympathisantInnen von Bolsevik Partizan in Berlin, 18.5.1993



Ja es stimmt: Wir lieben Stalin nicht

Kritik des **Stalin lebt**-Artikels aus Linksspur, August 1993 und Info-Verteiler 36

Die Entscheidung, diese Kritik zu schreiben, ist uns im Angesicht der besonderen Borniertheit dieses Artikels nicht gerade leicht gefallen. Obwohl sich dieses Machwerk selbst zur Genüge diffamiert, haben wir uns entschlossen, mit aller zu Gebote stehenden Gründlichkeit darauf einzugehen.

Den AutorInnen ist immerhin zugute zu halten, daß sie sich nicht von Stalins Politik distanzieren, sondern diese verteidigen und propagieren. Sie halten das, was in der jungen Sowjetunion geschehen ist, offensichtlich für eine fortschrittliche sozialistische Politik. Wir vertreten hier grundsätzlich eine andere Auffassung:

Die gewaltige und gewaltsame Umwandlung der Sowjetunion in ein Industrieland wird uns da als besondere sozialistische Leistung verkauft. Was an den besonderen Zuständen in modernen Industrieländern so besonders Sozialistisches dran ist, wird uns nicht erklärt. Ist das Kommando der Fabriksgesellschaft *"Produktion in den Händen der assoziierten Individuen"* (MEW, Bd.4, Berlin 1959, S.482)? Nein, die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht sind, *"den Stücklohn, Anwendung von Vielem, was an Wissenschaftlichem und Fortschrittlichem [?!? im Taylorsystem enthalten ist, die Abstimmung des Verdienstes mit den Gesamtergebnissen der Produktionsleistung bzw. mit dem Betriebsertrag..."* (Lenin, Ausgewählte Werke, Moskau 1975, S.456) praktisch anzuwenden und zu erproben. Ein Yuppi-Programm?

Das bolschewistische Entwicklungsprogramm war so sozialistisch, daß nicht nur die Lohnarbeit beibehalten wurde, sondern in all ihren Ausformungen der modernsten Strömungen der Epoche angepaßt wurde: Technologisierung, Intensivierung und Rationalisierung der Arbeit. Das Verhältnis der Lohnarbeit wurde nicht einmal tendenziell aufgehoben, sondern verschärft. Ein rückständiges Agrarland wurde kapitalisiert; die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals - mit all ihren bekannten Folgen - durchgezogen. Entgegen der Marxschen Analyse des Kapitalverhältnisses wurde der **Charakter der Arbeit** nicht angetastet. Oder wie sagte der Redner des Obersten Volkswirtschaftsrates Genosse Prof. Bagdanov bei der ersten ... allrussischen Konferenz für Initiativen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und Betriebsführung vom 20. bis 27. Januar 1921 in Moskau: *"... welche Stimuli muß man anwenden, welche Interessen muß man in dem russischen Arbeiter wekken, um aus ihm in der sozialistischen Gesellschaft die maximale Arbeitsleistung bei der größten Arbeitsfreude* ***herauszuholen****."* (nach: Autonomie Nr.1, 10/1975, S.10) Wer diese "größte Arbeitsfreude" aufgrund welcher Ursachen auch immer nicht leisten konnte, dem standen alle Wege nach Osten offen. Heute machen sie das in weniger (?) sozialistischen Ländern mittels Videorekorder und Betriebsturnen.

"Die kapitalistische Form der unmittelbaren ***Arbeit*** *liegt also den ökonomischen Kategorien zugrunde, d. h. dem Privateigentum, dem Tausch, dem Verhältnis von Kapital und Arbeitskraft, den Produktionsverhältnissen. Logisch ist ihr gegenüber ein isolierter Versuch, das Kapitalverhältnis durch Beseitigung von Konkurrenz und Privateigentum aufzuheben, nicht Revolution, sondern ein Kurieren am Symptom, geschichtlich regelmäßig eine Anpassung an die jeweilige organisatorische und technologische Stufe der unmittelbaren Produktion."* (Hartmann Jürgen, Leben als Sabotage, Zur Krise der technologischen Gewalt, Berlin 1989, S.24)

Der Wohlstand für die breiten Massen der Werktätigen in der Sowjetunion kann im Angesicht der "sozialistischen Arbeitsorganisation" (laßt uns nicht die Helden der Arbeit à la Stachanow vergessen!) allenfalls ein kapitalistischer gewesen sein: Grundversorgung der nötigsten Bedürfnisse und Reproduktion der Arbeitskraft zur Verwertung im industriellen Reproduktionsprozeß: **das ist nicht Wohlstand für die Werktätigen, sondern deren optimale Verwertung!**

Die Politik der Sowjetunion und damit Stalins kurz vor und im 2. Weltkrieg als Heldentat verkaufen zu wollen, grenzt nicht nur an Zynismus. Wer hat mit Hitler einen Nichtangriffspakt unterzeichnet, sich große Teile Polens unter den Nagel gerissen, deutsche exilierte Kommunisten und andere Verfolgte an die Gestapo ausgeliefert (solche, die sie nicht selbst umbringen wollten?)? Welche Armee stand kurz vor Warschau, als der Aufstand im Ghetto losbrach und griff nicht ein?

Die Politik Stalins war theoretisch und praktisch der Niedergang und die Zerschlagung der kommunistischen Weltbewegung. Nicht nur, daß KommunistInnen in der Sowjetunion reihenweise an die Wand oder sonstwo gestellt wurden, sondern in allen relevanten revolutionären Bewegungen der 20er und 30er Jahre waren Stalinisten bestrebt, diese Bewegung zu neutralisieren und für die Außenpolitik der Sowjetunion zu instrumentalisieren. Das waren die praktischen Auswirkungen von Stalins Revision der kommunistischen Theorie der Weltrevolution zum "Sozialismus in einem Land". Unter Umständen hätte die Rote Fahne schon 20 Jahre vorher am Berliner Reichstag wehen können!

Wer die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung studiert hat, sich mit den Theorien des Sozialismus und der Kapitalanalyse beschäftigt, sich in reale Klassenkämpfe einbindet und von sich behauptet, er/sie sei StalinistIn, lebt im Widerspruch zu den historischen Erfahrungen der internationalen proletarischen Klasse. Kapital und Arbeit sind gesellschaftliche Verhältnisse, die sich als gesellschaftliche Kämpfe auflösen lassen. Keine VertreterIn der ArbeiterInnenbewegung kann eine solch besondere Position in den Klassenkämpfen erlangen, um über die kollektive Bewegung gestellt zu werden. Klassenkämpfe sind **Klassen**kämpfe, und nicht mittelalterliche Turnierkämpfe, in denen sich exponierte Personen den Schädel einschlagen und sich nach errungen geglaubtem Siege in kryptoreligiöser Manier verehren zu lassen. *"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen"* (MEW, Bd.4, Berlin 1959, S.462)

Im Sinne dieses Artikels fallen wir sicherlich in die Kategorie "undogmatische" Dogmatiker. Ja, dogmatisch sind wir in unserer Feindschaft gegen den Kapitalismus und alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein unterdrücktes und geknechtetes Wesen ist. Undogmatisch sind wir insofern, als wir an keinen Alleinvertretungsanspruch für alle ProletarierInnen glauben. Wir bedienen uns für unsere aktuellen Kämpfe und die Analyse der jetzigen Gesellschaft durchaus auch "alter" TheoretikerInnen, aber verehren diese nicht abgöttisch.

Das ist aber kein Grund, irgend jemand zu lieben oder zu hassen; das sind Kategorien, die in den Bereich individueller Gefühlswelten fallen, und keine gesellschaftspolitischen Forderungen. Im Gegenteil, es ist sogar zutiefst bedenklich, so etwas in linksradikalen Publikationen zu schreiben, wenn die kapitalistische Ideologiemaschinerie versucht, die objektive Erkennbarkeit realer gesellschaftlicher Verhältnisse zu verleugnen und dafür emotionalisierte und mythologisierte Erklärungsmuster propagiert. Wer fordert oder aufstellt, daß eine Politik und ihre ProtagonistInnen gehaßt und dadurch folglich auch geliebt werden kann, reiht sich in den ideologischen Verblendungszusammenhang der herrschenden Gesellschaft ein.

Der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung ist keine Frage des "Mithalten können" mit Stalinschem Politikverständnis, sondern der Bewußtwerdung, daß die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse umgestürzt werden müssen, um *an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen [tritt] eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist* (MEW, Bd.4, Berlin 1959, S.482), zu setzen.

Gerade in der heutigen Situation in Österreich, wo die ganzen revolutionären Erfahrungen verschüttet sind und nur sehr schwer praktische Kampferfahrungen gemacht werden und analysiert werden können - gerade bei uns ist es wichtig, auch die Schriften von Stalin zu studieren...,

...um nicht die gleichen fatalen Fehler zu wiederholen.

Die Schwarze Distel und weitere autonome Genossen

1993 - das Jahr der indigenen Völker

"Die Ureinwohner drücken - auch wenn sie kein Verschulden trifft - ihr Bedauern (wegen dem verletzten Polizisten) aus und wünschen ihm gute Genesung. (...) Die Ureinwohner drücken ihren Respekt gegenüber all jenen Beamten und Polizisten aus, welche sich korrekt verhalten haben." Xokonoschtletl Gomora, Delegierter der mexikanischen Menschenrechtsorganisation Humanos und offizieller Delegierter des South American Indian Council bei der Menschenrechtskonferenz.

104 Tage lang reisten Azteken aus Mexiko durch 13 Länder Europas, um ihre Forderung nach Herausgabe der Federkrone der Azteken zu deponieren. Diese Federkrone ist im Besitz des Völkerkundemuseums in Wien, das sich seit Jahren beharrlich weigert, das Stück herauszurükken. Die Azteken demonstrieren deswegen seit Jahren in Wien, meist am Stephansplatz (Zentrum). Seit 1992 ("500 Jahre Ungerechtigkeit") führen sie Demos von der UNO-City zum Heldenplatz, wo sich das Völkerkundemuseum befindet, durch, zuletzt anläßlich der UNO-Menschenrechtskonferenz im Juni 1993 "Entdeckung Europas durch Eingeborene".

Am 13.9.1993 wiederholten sie diese Demonstration. Ca. 40 Azteken marschierten in ihrer traditionellen Kleidung mit Federkronen und Schildern begleitet von UnterstützerInnen von der UNO-City weg. Bereits auf der Reichsbrücke kam es zu den ersten Provokationen, die Polizei wollte die Demo von der Fahrbahn abdrängen.

Am Stephansplatz wurde dann verlautbart, daß am Ring die Fahrbahn erst ab einer Stärke von 100 DemonstrantInnen benutzt werden dürfe. Daraufhin riefen die Azteken Passanten zum Mitmarschieren auf, zahlreiche Menschen schlossen sich der Demo an. Trotzdem verwehrte die Polizei die Benützung der ersten Fahrspur, mehrere Leute, darunter Kinder und alte Menschen wurden von den Bullen zur Seite gezerrt und gestoßen. Gegen 16.00 Uhr kam es zu einem Zwischenfall am Ring, als ein Bulle einem Azteken dessen Flagge von Anahuak entreissen wollte. Dabei kam der Azteke zu Fall, und der Bulle bekam die Fahnenstange ins Gesicht.

Nach weiteren Herumstreitereien mit der Polizei kam die Demo dann doch zum Heldenplatz, wo die Azteken 6 Tipis aufstellten und erklärten, daß sie hier in der Nähe ihrer Federkrone übernachten werden. Kurz vor 20.00 Uhr am 14.9.1993 fuhren ca. 300 Polizisten auf und verlautbarten, daß das Gelände innerhalb von 10 Minuten zu räumen sei, was schon angesichts der abzubauenden Tipis unmöglich gewesen wäre. Die Azteken setzten ihre Federkronen auf, versammelten sich vor den Tipis, entrollten Transparente und erklärten, den Platz nicht zu verlassen, sondern friedlich hierbleiben zu wollen.

Daraufhin stürmten Spezialeinheiten und Staatspolizei den Platz und nahmen die Azteken gefangen. Dabei kam es zu schlimmen Prügeleien, Federkronen und Schilder wurden mutwillig zerstört, Xokonoschtletl erlitt Trittverletzungen an Hoden und in der Magengegend.

Die über 20 Festgenommenen wurden in das Schubgefängnis an der Rossauer Lände verfrachtet. Gegen 21.00 erschien eine Anwältin der Azteken im Gefangenenhaus. Nach einer Stunde durfte sie endlich zu den Verhafteten, die alle in einem Raum gefangen waren. Der Amtsarzt erreichte eine Überstellung von Xokonoschtletl ins Wilhelminenspital. Einige Vertrauenspersonen, die zu den Gefangenen wollten, wurde der Zutritt verwehrt, die Gefangenen durften auch nicht mit ihnen telefonieren. Die Auskunft der Bullen lautete, daß die Vertrauenspersonen nicht in den Schubhäfen kommen wollten. Es gab auch keinen Dolmetsch. Während die Rechtsanwältin mit Xokonoschtletl beim Amtsarzt war, versuchten die Bullen, die Azteken ohne irgendeine vorhergehende Ankündigung mit Polaroidkameras zu fotografieren.

Die Kinder der Azteken (zwischen 8 und 13 Jahre alt) wurden in ein Heim überstellt, obwohl österreichische FreundInnen sich bereit erklärt hatten, sie aufzunehmen.

Am 14.9.1993 wurden den Azteken Bescheide ausgehändigt, wonach über sie ein 5-jähriges Aufenthaltsverbot verhängt worden sei und sie bis zum 17.9.93 Österreich zu verlassen hätten. Außer Xokonoschtletl wurden alle Azteken inzwischen abgeschoben, Xokonoschtletl selbst wurde mitgeteilt, daß gegen ihn ein Haftbefehl erlassen wurde, Begründung dafür gab es keine. Inzwischen wurde er - angeblich - unter der Auflage, das Land nicht zu verlassen, freigelassen.

Sämtliche Verhafteten werden gegen die diversen Bescheide Rechtsmittel einlegen. Dazu brauchen sie Geld: Spendenkonto PSK 93002266 - RA Dr. Helga Neuberger, Fremdgeldkonto Yankuikanahuak.

Info-Verteiler in Nöten

Wie aufmerksamen LeserInnen nicht entgangen sein dürfte, ist dieser Verteiler reichlich spät dran, aber dafür etwas schöner gedruckt. Das liegt daran: zuerst ist die Druckmaschinen eingegangen, das war eine Katastrophe. Na gut, dachten wir uns, kopieren wir das Ding halt, es muß dringend raus. Tja, einmal kopieren oder Druckenlassen des Verteilers: ein Sechstel einer neuen Druckmaschine. Aber es kam noch schlimmer: die erpresserischen Methoden des modernen Kapitalismus (und Imperialismus!!!) stellten vor Reparaturkosten von 4/5 einer neuen Druckmaschine. Also entschlossen wir uns, Schulden (in der Höhe von 36.000 öS) zu machen, um ein weiteres Erscheinen des Verteilers sicherzustellen, und gleich eine neue Maschine zu kaufen. Liebenswerte GenossInnen haben mittlerweile öS 4.500,- gespendet.

Keinesfalls wird es so sein, daß, wenn keine Spenden reinkommen, den Verteiler einstellen werden. Wir müssen dann noch mehr Zeit in Lohnarbeit stecken (bereits jetzt arbeiten wir ca. 1/4 unserer Zeit, nur um den Verteiler zu finanzieren) und haben weniger Zeit, die Zeitung zu machen! Was für euch heißt, der Verteiler kommt weniger oft heraus.

Also, wir hoffen auf Spenden (wie immer im Kuvert an den Infoladen Wien), um unsere Schulden zahlen zu können, und wir erhöhen hiermit das Abo auf öS 25,– für Österreich und öS 30,– fürs Ausland (auch wegen der hohen Versandkosten, die bisher ca. die Hälfte der Verteiler-Produktionskosten ausmachten).

Bis bald
InfoverteiIer-ProduzentInnen

P.S. Für Leute, die der Post nicht vertrauen: der Infoladen ist jeden Donnerstag von 19-21h geöffnet.

Flugblatt IGARA (10/93)

Die für Freitag, den 24.9.1993 geplante antirassistische Demonstration (mit dem Treffpunkt Urban Loritz-Platz und einer Route durch den 16. Bezirk) wurde mit fadenscheinigen Argumenten behördlich untersagt und verhindert. Das ist in etwa die zehnte Demonstration in letzter Zeit, die unter ähnlicher Begründung untersagt wurde.

Einen Grund für das Verbot sehen wir darin, daß der Inhalt und Zweck dieser Demonstration (aber auch die teilnehmenden Personen) sich entscheidend von den bisherigen Kundgebungen für „menschlichere" rassistischen Gesetze unterschieden hat.

Im Gegensatz zu bisher ging es bei dieser geplanten Demonstration nicht darum, als händchenhaltende Lichterlkette Humanitätsduseleien zu verbreiten. Unser Anliegen war es nicht, bei den Herrschenden dieses Landes um mehr Verständnis und Toleranz für „AusländerInnen" zu bitten oder für die Rentabilität von „ausländischen" Werktätigen zu werben.

Ganz im Gegenteil stellten sich die an dieser Aktionseinheit teilnehmenden fortschrittlichen und revolutionären, in- und ausländischen Gruppierungen gegen eine nur vage „Verbesserung" des Aufenthaltsgesetzes. Zweck dieser Demonstration war es beim Protest gegen die Ausländergesetze konkret

✗ den gemeinsamen Kampf (von In- und AusländerInnen) für volle rechtliche Gleichstellung zu propagieren, weiters

✗ gegen die rassistischen Sondergesetze und die rassistische Propaganda in Schulen und Medien aufzutreten.

✗ „Grenzen auf und Bleiberecht für alle von Imperialismus und Reaktion Unterdrückten und Ausgebeuteten" bzw. „Verhindert Abschiebungen" waren die weiteren Anliegen, die uns notwendig erschienen, auf die Straße zu gehen.

Zwanzig Minuten nachdem sich die ersten DemonstrantInnen versammelt hatten, wurde der polizeiliche Entscheid zur Untersagung der geplanten Demonstration übergeben. Wieviel den Behörden neuerdings der Schutz der persönlichen Freiheit und Gesundheit der Bürger – und damit die Menschenrechte – wert ist, mag verwundern. Zur Veranschaulichung die wichtigsten Punkte aus dem Untersagungsbescheid, der in seiner Begründung versucht, die Verletzung der Menschenrechte durch die Abhaltung der Demonstration wie folgt nachzuweisen:

„Durch die Abhaltung der beabsichtigten Versammlung würde" sowohl *„der Individualverkehr temporär lahmgelegt werden*", als auch. *„der öffentliche Verkehr"* ... *„stark beeinträchtigt. Nicht nur das zweifellos entstehende Verkehrschaos würde das Wohl der Allgemeinheit beeinträchtigen, Erfahrungen von gleichartigen Versammlungen zeigen auch, daß es zu Aggressionen zwischen Straßenbenützern und Demonstrationsteilnehmern kommt, welche eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen."* In der Folge wären *„die Bewohner der betroffenen Straßenzüge einer erhöhten Lärmbelästigung sowie Gesundheitsgefährdung durch erhöhten Ausstoß von Abgasen ausgesetzt."* Daher zur *„Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, des Schutzes der Gesundheit sowie des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer die Untersagung der beabsichtigten Versammlung erfordern*" würde. Nebenbei wird auch bemerkt, daß Versammlungen, bei denen durch den Einsatz der Versammelten der Verkehr blockiert würde, keine friedlichen Versammlungen seien und daher von *„Blockadeversammlungen"* das Demonstrationsrecht nicht in Anspruch genommen werden könne.

Einige Aspekte veranlassen uns zu der Vermutung, daß es weniger um das Wohl der Bevölkerung, sondern eher um die Einschränkung des Demonstrationsrechts für „AusländerInnen". Wir meinen, daß es Weisung von „oben" gegeben haben dürfte, diese Demonstration unter allen Umständen zu verhindern.

Trotz etlicher Vorschläge eine Routenänderung auszuhandeln, blieben die Büttel des Staates knallhart bei ihrem „Nein". Sowohl beim Urban Loritz-Platz als auch bei der Stadthalle waren mehrere Hundertschaften Polizei postiert, bereit, jeden Versuch die Demonstration trotz Verbot durchzusetzen, im Keim zu ersticken. Schon in der U 6-Station unter dem Urban Loritz-Platz gab es gezielte Ausweiskontrollen gegenüber offensichtlich „ausländisch" aussehenden Personen. Wir wissen leider nicht, ob es zu Festnahmen kam.

Auch in Vorarlberg war für den 25.9.1993 von ATIGF (Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei) eine Demonstration gegen die Ausländergesetze geplant und angemeldet. Dort kam die Mitteilung, daß das Innenministerium solche Demonstrationen, die gegen den Staat und seine Gesetze gerichtet seien, nicht zugelassen würden. Es gab massive Einschüchterungsversuche in Form von Durchsuchungen von Personen und Kontrollen wegen mitgeführter Flugblätter und Transparente. Die Demonstration wurde, im Gegensatz zu Wien, schließlich gerade noch geduldet.

Ein De facto-Demonstrationsverbot für fortschrittliche in- und ausländische Personen und Gruppen darf auf keinen Fall hingenommen werden. Für ein uneingeschränktes Demonstrations- und Versammlungsrecht!

IGARA (Initiative gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus) c/o Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8

Aus: Internationale Rote Bewegung Nr. 1

Eine Protestkundgebung und Demonstration von revolutionären Gruppen aus der Türkei/Nordkurdistan gegen die Ministerpräsidentin des faschistischen türkischen Staates Tansu Çiller wurde von der Polizei angegriffen. Die Kundgebung sollte am 9.10.1993 um 10h30 vor dem Austria-Kongreßzentrum in Wien, Kagran, stattfinden.

Der faschistische türkische Staat verübt zahlreiche Massaker am Volk und den revolutionären Kräften in der Türkei/Nordkurdistan mit Unterstützung der imperialistischen Kräfte. Die Vertreterin des türkischen Staates Tansu Çiller ist nach Österreich gekommen, um u.a mit den Vertretern der imperialistischen Staaten die weitere Unterdrückungspolitik gegen die Minderheiten zu besprechen und zu planen. Konferenzen dieser Art haben die Aufgabe, dem Volk Sand in die Augen zu streuen und Widersprüche, die sich aus der imperialistischen Ausbeutung zwangsläufig ergeben, scheinbar zu lösen. Durch die Massenpropaganda, die mit solchen Veranstaltungen betrieben wird, wird versucht, fortschrittliche Lösungen zu verdecken und als einzige Alternative die der Herrschenden dargestellt.

Die angemeldete Demo wurde vor Ort untersagt (nicht zum ersten Mal, siehe z.B. den Bericht über die Demo vom 24.9.) und die Menschen, die zur Demonstration kommen wollten, mit Gewalt an der Teilnahme gehindert. Schon vor Kundgebungsbeginn wurden in den U-Bahn-Stationen in der Umgebung des Treffpunkts der Demonstration Polizeikontrollen mit Überprüfung von Paß, Aufenthaltsgenehmigung etc. durchgeführt. Trotzdem gelang es einigen Menschen, sich zu sammeln und zu versuchen, die Demonstration durchzusetzen. Die Polizei hat die Demonstration gewaltsam aufgelöst. Dabei wurden 16 Personen verhaftet. Es gab bei den Demonstranten viele Verletzte. Einige Einheiten der Polizei zogen die Waffen, um die DemonstrationsteilnehmerInnen einzuschüchtern. Die Verfolgung durch die Polizei wurde bis in die U-Bahn fortgesetzt. Der brutale Polizeieinsatz nahm auch keinerlei Rücksicht auf die zahlreich anwesenden Kinder, die angesichts der Repression gegen ihre Eltern in Angst und Schrecken versetzt wurden.

Laut Auskünften vom 16.10. sind 6 Personen aus der Haft entlassen worden, acht Personen noch in Haft, von 2 Personen ist unbekannt, wo sie sind. 2 Menschen haben eine Anklage wegen Mordversuch, versuchten Raub, Körperverletzung und Landfriedensbruch!

In der Zerschlagung dieser Demonstration sehen wir die Verwirklichung der rassistischen Grundsätze der österreichischen Regierung. Vor einem Jahr kündigte Minister Löschnak das Verbot aller türkischen und kurdischen Versammlungen an. An diesem Beispiel zeigt sich auch die umfassende Anwendung der Ausländergesetzgebung in dem Versuch, jeden Widerstand von Einwanderern zu verhindern.

Trotz aller Verbote und Angriffe – der Widerstand geht weiter!